

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pro Nummer 10 Pf.
Wochenblatt 2.50 Mk. monatlich 1.10 Mk.
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern
eine oder deren Raum 20 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 20. September 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Nürnberger Parteitag.

Nicht wüsten Krafteel und Parteischädigung hat uns der
Nürnberger Parteitag gebracht, sondern innere Festigung, die
unerlässliche Einheitslichkeit der Aktion. Daß damit nicht für
alle Zeiten der Streit um die einzuhaltende Taktik beigelegt
ist, wissen wir selbst am allerbesten. Aber wenn auch die
Frage der Budgetbewilligung nur solange als entschieden gilt,
wie das nach Annahme der Lübecker Resolution geschah, näm-
lich auf sechs Jahre, so wäre das schon ein Gewinn. Und wenn
von revisionistischer Seite wieder behauptet wird, die ganze Aus-
einandersetzung, die uns 2 1/2 Tage des Parteitags gekostet habe, sei
eine müßige, sei eine nutzlose Zeitvergeudung gewesen, so
kennt man nachgerade die Weise und ihre Hinterabsichten.
Unsere revisionistischen Freunde sollen doch nicht glauben, den
Massen einreden zu können, daß es „Bagatellen“ seien, um
die sie selbst doch so leidenschaftlich gestritten haben! Um
Kleinigkeiten kämpft man nicht so zäh und erbittert wie in
Nürnberg. Nein: es ist die neue Taktik des Parlamentarismus
nach bürgerlichem Muster, von der man sich — natürlich aus
ehrsüchtiger Ueberzeugung heraus — Wunderdinge verspricht,
der man Duldbung innerhalb der Partei verschaffen
wollte. Und nach dem bekannten Worte: „So
was tut man, so was sagt man aber nicht“,
versuchte man diese neue Taktik in aller Stille und ohne jede
programmatische Ankündigung einfach in die Praxis zu über-
setzen. Als das nicht gelang, drehte man entrüstet den Spieß
um und warf den Vertretern des bisherigen Standpunktes
der Sozialdemokratie nicht nur Konservatismus vor, sondern
sogar einen Rückfall in die Auffassungen der sogenannten
„Jungen“. Nun, das alles hat nicht verfangen. Mit 258
gegen 119 Stimmen bestätigte der Parteitag auf Vorschlag
des Parteivorstandes und der Kontrolleure sowohl die grund-
sätzliche Auffassung der Dresdener Resolution als auch die
aus diesen Grundsätzen abgeleitete Taktik des Lübecker
Beschlusses.

Ueberhaupt verdient die Redensart von der Vergeudung
der kostbaren Zeit der Parteitage durch taktische und
prinzipielle Erörterungen immer wieder ins rechte Licht gesetzt
zu werden. Als ob es nicht gerade die Hauptaufgabe
einer demokratisch-proletarischen Kampfespartei sei, durch Aus-
sprachen und Beschlüsse für die stetige Geschlossenheit unserer
Sturmkolonnen zu sorgen. Das Zentrum veranstaltet
pomphafte Paraden, es agiert den Massen etwas vor; die
sozialdemokratischen Parteitage dagegen dienen in erster Linie
der Aussprache, der inneren Verständigung, der nächsten
organisatorischen Arbeit. Sind wir einig und geschlossen,
steht unsere Organisation auf der Höhe, so haben wir wirk-
samere Mittel der Demonstration und Agitation, als sie
Paraden nach dem Muster der Katholikenversammlungen oder
der Zirkus Vusch-Vorführungen der Agrarier und neuerdings
auch des Freisinnigen darstellen!

Wir wiederholen deshalb: die Nürnberger Debatten haben
uns nicht geschadet, sondern genützt. Sie waren notwendig,
um der Partei den Charakter einer sozialistischen Klassen-
kampfespartei zu erhalten, der allein ihr dauernde Gegenwärtig-
keit und den Triumph unserer Zukunftsideale verbürgt.
Ein Hinabgleiten auf die schiefe Ebene eines nach reinen
Zweckmäßigkeitsgründen handelnden Reformismus könnte nur
die Gegner stärken, müßte die proletarische Bewegung aber
ihres Idealismus berauben, zerklüften und auf das Niveau
jener kleinlich-nüchternen „Erfolgs-politik“ herabdrücken, die
viele Jahrzehnte hindurch gerade das angeblich so „praktische“
englische Proletariat in politischer Ohnmacht er-
halten hat!

Der Parteitag hat dieser Politik von neuem eine energische
Abfrage erteilt. Trotz aller Stimmungsmache, trotz des drohenden
„Unannehmbar“ der süddeutschen Genossen erneute der Partei-
tag mit mehr als Zweidrittelmehrheit die Beschlüsse von
Lübeck und Dresden. Nicht, um die Minderheit zu „ver-
gewaltigen“ oder zu „brüskieren“, sondern aus dem unbeug-
samen Pflichtgefühl heraus, daß der Partei nicht nur die
äußere organisatorische, sondern auch die innere
prinzipielle und taktische Einheitslichkeit erhalten
bleiben müsse! Wie sehr die Mehrheit von dem Gefühl
ernster Pflichterfüllung durchdrungen war, bewies die würdige
Ruhe, mit der sie die Verkündung des Resultats der Ab-
stimmung aufnahm. Man wollte alles vermeiden, was einen
Stachel in der Brust der Minderheit zurücklassen könnte.

Bei der Beratung der Maisierfrage hat der Parteitag
der Vereinbarung des Parteivorstandes mit der Genera-
lkommission seine Zustimmung versagt, weil er mit Recht von
einer lokalen Regelung der Unterstützungsfrage eine Be-
einträchtigung der Arbeitsruhe befürchtete. Der Parteitag hat
dem Parteivorstand den Auftrag gegeben, in nochmalige Ver-
handlungen mit der Leitung der Gewerkschaften einzutreten.

Dieser Beschluß bedeutet durchaus kein Misstrauensvotum für
Parteivorstand oder Generalkommission. Er entspringt lediglich der
begründeten Ansicht, daß sich auch bei Schonung der Partei-
und Gewerkschaftskassen sehr wohl ein Mittel finden lassen
dürfte, um die Unterstützungsfrage einheitlich zu regeln. Die
Annahme der von Frankfurt a. M. vorgeschlagenen Resolution,
die Partei- und Gewerkschaftsangehörige sowie diejenigen
politisch organisierten Genossen, die den 1. Mai nicht durch
Arbeitsruhe begehen können, zur Abführung eines Tages-
verdienstes verpflichtet, vermag vielleicht doch einen Fingerzeig
zu geben, wie ganz erhebliche Unterstützungssummen aufgebracht
werden können. Wo der gute Wille ist, da ist auch ein Weg!
Und es wäre doch nicht nur vom Standpunkte der Partei,
sondern auch von dem einer weitächtigeren Gewerkschafts-
bewegung aus ein unübersehbarer Fehler, wenn man die
Maisier in Gestalt der Arbeitsruhe aufgeben wollte. Das
Kraftgefühl des Unternehmertums und der herrschenden
Klassen überhaupt würde dadurch nur gestärkt werden. Die
Arbeitsruhe am 1. Mai bedeutet für das Proletariat aber
nicht nur die Behauptung einer bereits eroberten Position,
sondern auch eine Bekundung des Willens zu opfermutiger
Tat, den zu pflegen und zu stärken die deutsche Arbeiterklasse
angesichts der ihr bevorstehenden schweren Kämpfe wahrlich
alle Veranlassung hat!

Eine strittige Frage für die Partei bildete auch die
Jugendorganisation. Indessen ist diese Frage durch
eine, wie uns scheint, sehr glückliche Verständigung zwischen
den verschiedenen Richtungen und Anschauungen gelöst worden.
Den Gewerkschaften ist die Konzession gemacht worden,
daß durch die vom Parteitag einstimmig angenommene Reso-
lution die wirtschaftliche Interessenvertretung zur Sache der
Gewerkschaften erklärt worden ist, so daß jede Kollision mit der
Jugendorganisation auf diesem Gebiete vermieden wird. Ebenso
wenig braucht die Partei zu befürchten, daß selbständige
Jugendorganisationen sich in ihre Angelegenheiten hinein-
mischen könnten, selbst wenn das gelegentlich möglich wäre.
Andererseits ist jedoch durch Streichung einiger Worte in der
ursprünglichen Fassung der Resolution und durch eine ihr
angefügte Deklaration ausdrücklich ausgesprochen worden, daß
der Beschluß des Parteitages keineswegs bedeutet, daß der
Existenz von selbständigen lokalen Jugend-
organisationen irgend etwas in den Weg gelegt werden
sollte. Diese Organisationen können vielmehr ihre Entwic-
klungsfähigkeit und Existenzberechtigung erweisen. Zur
Pflege der proletarischen Weltanschauung aber werden
örtliche Bildungs-Ausschüsse eingesetzt, die
aus Vertretern von Parteiorganisationen und der
Gewerkschaftskartelle unter Hinzuziehung von Vertrauens-
personen der jugendlichen Arbeiter zu bestehen haben. So ist
der Gewerkschaft gegeben, was der Gewerkschaft,
der Partei, was der Partei ist, und auch die
Jugendlichen selbst haben die Möglichkeit, durch Selbst-
verwaltung ihre Mitglieder zu organisatorischer Umsicht und
Verantwortlichkeitsgefühl zu erziehen.

Der Rest des Parteitages gehörte der Erörterung all-
gemeiner politischer und wirtschaftlicher Fragen, über die in
der Partei nur eine Meinung herrscht. Das
Referat Mollenbuhrs über die Sozialpolitik
im Zeichen des Bloks sagte die allseitig anerkannten
Forderungen zusammen, die im Interesse des Proletariats
zu stellen und von allen Teilen der modernen Arbeiter-
bewegung mit äußerster Energie zu fordern sind.
Trotz der Ungunst der politischen Verhältnisse, trotz des Wider-
standes des immer machtvoller organisierten, immer annähernder
auftretenden Unternehmertums wird die Partei kein Mittel
unversucht lassen, keine Anstrengung scheuen, um der
herrschenden Klasse dennoch Zugeständnisse im Interesse der
Gesundheit, der Wohlfahrt und der kulturellen Empor-
entwicklung zu entreißen! Nicht minder wird die
Sozialdemokratie ihre ganze Kraft daran setzen, von
den ungeheuerlichen Steuerattentaten, die
Genosse Geher in seinem trefflichen Referat über die
Reichsfinanzreform so eindringlich in ihrer ganzen
Gemeingefährlichkeit ausbedeute, abzuwenden, was sich irgend
abwenden läßt, dagegen an sozial gerechten Steuern durch-
zusetzen, was irgend durchgesetzt werden kann.

Aber nicht nur den innerpolitischen Aufgaben war dieser
Teil der Parteitagsarbeit gewidmet. Die Vertretung des
deutschen Proletariats war sich noch einer anderen Pflicht be-
wusst, der Pflicht, namens der Dreimillionenpartei flammenden
Protest zu erheben gegen die internationalen
Kriegstreiberereien, die frivole Völkerverhetzung. Die
Bruderparteien der anderen Länder dürfen dessen versichert
sein, daß die deutsche Sozialdemokratie im Kampfe gegen
die weltpolitische Gefahr, gegen die diplomatischen
Zutrigen und kapitalistischen Zettelungen vollauf ihren Mann
stehen wird!

Der Parteitag hat geleistet, was von ihm gefordert
werden mußte. Er hat gesprochen, und an den Genossen ist
es nun, dafür zu sorgen, daß sein Spruch allerorten Geltung
hat. Die ersten Auseinandersetzungen über die Budgetfrage
werden das Gute haben, ihnen die innere Situation der
Partei so zu zeigen, wie sie ist, werden sie erkennen lassen,
was not tut. Das muß uns der Gewinn der Nürnberger
Tagung werden.

Die deutsch-englische
Friedensdemonstration.

Den Konservativen und ihrem Interessenauschuß, der
preussischen Regierung, ist die für morgen, den 20. September,
geplante Friedensdemonstration in der „Neuen Welt“ höchst
unbequem. Am liebsten würde man, wie einst dem Genossen
Jaurès, der Deputation englischer Arbeiterführer das Reden
verbieten und sie höflichst anweisen, den gaslichen preussischen
Boden zu meiden; aber die Mitglieder der englischen
Deputation nahmen größtenteils an der Interparlamentarischen
Konferenz teil, und es würde doch die schöne Rede Bülow's über die
Friedensliebe der deutschen Regierung allzu stark desavouieren,
wenn man die englischen Teilnehmer an der Konferenz daran hindern
wollte, den deutschen Arbeitern die Grüße der englischen Ar-
beiter zu überbringen und ihnen darzulegen, daß die englischen
Arbeiter in gleichem Maße die jingoistische Kriegshetze ver-
urteilen, wie die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter. Ein
solches Verbot der englischen Ansprachen würde nicht nur die
so sorgsam ausgearbeitete Bülow'sche Friedensrede im Aus-
lande diskreditieren; sie würde nicht nur das Gespött der
gesamten ausländischen Presse herausfordern, sondern auch in die
Verhandlungen des Interparlamentarischen Unions im Reichstage
eine höfliche Spannung, einen großen Mißton bringen haben —
und darauf wollte man es an leitender Stelle doch wohl nicht
ankommen lassen. So behilft man sich in der gouvernementalen
Presse damit, die geplante Friedensdemonstration möglichst tot-
zuschweigen oder die Motive der deutschen sozialdemokratischen
Arbeitererschaft zu verdächtigen und den englischen Arbeiter-
deputierten zu versichern, daß sie ihr Ansehen schädigten, wenn
sie als nationalgesinnte Engländer mit der international-
gesinnten sozialdemokratischen Arbeitererschaft Berlins fraterni-
sierten.

Die „Konserv. Korrespondenz“ befolgt die zweite Methode,
die Methode der Verunglimpfung der Berliner Arbeitererschaft.
Sie schreibt nämlich:

Nächsten Sonntag wird in Berlin „dem Kriege der Krieg
erklärt werden“. So versichern in schätzbaren Artikeln die sozial-
demokratischen Blätter. Das will, verständlich gesprochen, besagen,
daß eine Abordnung englischer Arbeiter mit den sozialdemokratisch
organisierten Berufsgenossen Berlins eine gemeinsame Demonstra-
tion zugunsten des Friedens veranstalten wird. Es ist gewiß an-
erkenntniswert, daß auch die gewerkschaftlich organisierten englischen
Arbeiter, die bekanntlich auf das sozialdemokratische Programm
noch nicht eingeschworen sind, das Bedürfnis empfinden, sich den
friedlichen Annäherungsbestrebungen zwischen Deutschland und
England anzuschließen. Ob sie aber diese Bestrebungen dadurch
fördern, daß sie mit der deutschen Sozialdemokratie gemein-
same Sache machen, ist mindestens fraglich. Gerade
die deutsche Sozialdemokratie hat sehr viel
dazu beigetragen, daß die Beziehungen
zwischen Deutschland und England sich ver-
schlechtert haben; denn sie hat im Auslande un-
aufhörlich Mißtrauen gegen die Deutschen
verbreitet, und sie versucht auch heute noch, die Annäherungs-
bestrebungen auf beiden Seiten zu hintertreiben.

Es ist seit länger als einem Menschenalter der Frieden gewahrt
worden, so ist das wahrlich nicht das Verdienst der deutschen
Sozialdemokratie. Welcher selbst hat vor einigen Jahren gefordert,
daß Deutschland dem russischen Reiche den Krieg erklären solle.
Wenn die deutsche Sozialdemokratie sich als Friedenshort hinstellt,
so ist das ein ungeheurer Hohn. Denn die Umsturzpartei
spricht vom Frieden nur in dem Sinne, daß der deutsche
„Militarismus“ beseitigt werden solle. Und dieses
„Friedenswort“ würde natürlich von Frankreich, England usw.
freudig unterstützt werden. Die sozialdemokratische Friedensliebe
hat also überhaupt nur die Bedeutung, den Umsturz zu fördern.
Die englischen Arbeiter müßten ohne Verstand sein, wenn sie
nicht den nicht zu überbrückenden Unterschied zwischen ihrer
und der Bestimmung der deutschen „Genossen“ nicht er-
kennen sollten. Die englischen Arbeiter sind in erster Linie
national gesinnt, die deutschen Sozialdemokraten empfinden
international. Jene treten für Ehre, Macht und Ansehen ihres
Vaterlandes manhaft ein, diese suchen ihr Vaterland heraus-
zusetzen, verächtlich zu machen und zur Ohnmacht
zu führen.

Wenn die englischen Arbeiter, von ihrem kräftigen nationalen
Empfinden ausgehend, die sozialdemokratischen Bestrebungen in
Deutschland — keineswegs aber bei sich zu Hause —
fördern und die sozialdemokratische Friedensbewegung, die für
Deutschland eine die nationale Wehrkraft schwächende Bewegung
ist, unterstützen, so kann man das verstehen. Aber daß
sie damit wirklich dem Frieden dienen, den sie im Munde führen,
werden sie selbst nicht glauben und werden es auch keinem Ver-
ständigen in Deutschland und außerhalb seiner Grenzen weis-

machen können. Hinter all den sozialdemokratischen Friedensphrasen lauert der Gedanke, das Deutsche Reich wehrlos zu machen. Auf diese Weise kann die Friedensdemonstration am nächsten Sonntag nur den Eindruck eines Possenspiels erwecken.

Wir finden ganz begreiflich, daß die „Konserv. Korresp.“ die sozialdemokratische Arbeiterkraft begeistert, denn gar oft hat die sozialdemokratische Presse das chauvinistische Treiben der führenden konservativen Blätter, der „Kreuzzeitg.“ und der „Deutsch. Tageszeitg.“, energisch zurückgewiesen und ihre frivolsten Machinationen aufgedeckt. Ist es doch noch gar nicht so lange her, daß wir die systematische Englandhebe, die sich Herr Professor Schiemann in der der „Konservativen Korrespondenz“ recht nahe stehenden „Kreuzzeitung“ leistete, als eine Verlogene, auf die deutsche Unkenntnis englischer Presseverhältnisse spekulierenden Macho nachgewiesen haben. Es ist deshalb in Anbetracht der moralischen Qualitäten der „Konserv. Korresp.“ ganz selbstverständlich, daß sie die sozialdemokratische Presse beschuldigt, sie habe sehr viel dazu beigetragen, die Beziehungen zwischen Deutschland und England zu verschlechtern, und zwar dadurch, daß sie im Auslande „unaussprechlich Mißtrauen gegen die Deutschen verbreitet“ habe. Aus dem chauvinistischen Jargon in die gewöhnliche Sprache überseht heißt das: wir hätten aus sogenanntem Patriotismus über das jingoistische Gebaren der konservativen Blätter schweigen und sie ruhig ihre frivole Verheerungstätigkeit fortsetzen lassen sollen, nur damit die ausländische Presse nicht von dieser Macho erfährt oder, wie die „Konserv. Korresp.“ sich ausdrückt, damit nicht das Vaterland „herabgesetzt“ wird. Zu dieser Taktik, die direkte und indirekte Kriegshebe governementaler Blätter zu verschweigen, damit das Ausland nicht darauf aufmerksam wird, können wir uns allerdings nicht verstehen; denn nach unserer Auffassung ist die erste Vorbedingung eines guten Einvernehmens zwischen Deutschland und England, daß den zum Kriege treibenden Interessentliken diesseits und jenseits der Nordsee ihr Spiel möglichst erschwert wird.

Aber wenn die „Konserv. Korresp.“ sich an die englischen Arbeiterdeputierten wendet und die deutsche Sozialdemokratie als Friedensstörerin zu verdächtigen sucht, dann sollte sie wenigstens nicht so ungeschickt verfahren. Was wirkt sie uns vor? Daß wir den deutschen „Militarismus“ beseitigen wollen, das heißt, daß wir gegen die fortgesetzten Kämpfe kämpfen. Darin, in dieser Bekämpfung des Rüstungsfiebers, soll eine Verletzung des „Friedenswerkes“ liegen. Es heißt die Intelligenz der ausländischen Teilnehmer an der Interparlamentarischen Konferenz, besonders aber der englischen Arbeiterdeputierten sehr gering einschätzen, wenn man annimmt, sie könnten die Nähe glauben, eine immer weitere Vermehrung der „nationalen Wehrkraft“ verbürge den Frieden, während eine Verminderung der Rüstungen den Krieg herausbeschwöre. Gerade indem die deutsche Sozialdemokratie den Militarismus bekämpft, dient sie dem Frieden.

Doch begnügt sich die „Konserv. Korresp.“ nicht nur damit, die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter bei der englischen Arbeiterdeputation zu verdächtigen, sondern auch die englischen Delegierten beim Lesepublikum der konservativen Blätter, indem sie im letzten Absatz die unterschämte Unterstellung ausdrückt, die englischen Delegierten kämen nur deshalb nach Deutschland, weil sie es recht gerne sähen, wenn in Deutschland eine „die nationale Wehrkraft schwächende Bewegung“ gestärkt würde, bei sich selbst zu Hause hätten sie aber gegen die Rüstungen und das Kriegstreiben nichts einzuwenden.

Diese perfide Bemerkung zeigt zur Genüge, welche Absichten die offiziöse Korrespondenz der konservativen Partei, der preussischen Regierungspartei, verfolgt und wie ihre Friedensliebe gemeint ist.

Erziehung des Freilins.

Der Bürgermeister Schüding soll nun also wirklich als Opfer der Volkspolitik fallen. Denn es ist wesentlich diese Politik, die es der preussischen Bureaucratie als Lebensbedingung erscheinen läßt, demonstrativ und mit nicht zu überbietender Deutlichkeit zu zeigen, daß zwar die freisinnigen Parlamentarier in der neuen Ära das „Recht“ bekommen haben, für die Regierungsvorlagen zu stimmen, daß aber von irgend einem liberalen Einfluß auf die Verwaltung, auf die wirkliche Ausübung der Regierungsmacht auch nicht im entferntesten die Rede sein darf. Deshalb hatte die Bureaucratie in listigem Raffinement sich gerade einen freisinnigen Kommunalpolitiker, einen freigewählten Bürgermeister und volksparteilichen Landtagskandidaten ausgesucht, um an ihm ihr Exempel zu statuieren. Sie wollte zeigen, daß sie keinem Freisinnigen gestattet — bei Strafe der Protokollmachung — irgend eine Kritik — und bliebe sie auch wie bei Schüding ganz in dem Rahmen freisinniger Anschauungen — an ihrem Regime zu üben. Nicht als gleichberechtigte Mitarbeiter, sondern nur als verflachte Knechte läßt die preussische Bureaucratie die Freisinnigen zu. Das Verfahren gegen Schüding entspringt nur dem Bedürfnis zu zeigen, daß die konservativen Regierungsrundtische nicht die geringste Milderung erfahren, daß der Freisinn sich auf Gnade und Ungnade dem preussischen Bureaucratieabsolutismus unterworfen ist.

Es ist kein Zweifel, daß Inhalt und Ton der Anklage gegen Schüding zugleich eine Kapitulation Willovs vor der Allmacht der preussischen Bureaucratie bedeutet. Willov mußte und hatte in der Tat seine politische Leibgarde vor dieser äußersten Demütigung zu wahren versucht. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hatte wiederholt zu beschwichtigen sich bemüht und die gutgläubigen Freisinnigen hatten sich schon halb und halb mit dem Gedanken besunden, daß es sich höchstens um einen Verweis für Schüding handeln werde. Ein Verweis aber, das ist für Leute ohne politisches Ehrgefühl und politische Grundsätze, also für Blochfreisinnige, keine Sache, um die man sich groß aufregt. Prinzipielle Kämpfe führen diese Leute längst nicht mehr durch. Da fällt ihnen nun, diesen ernten Teufeln, diese Anklage plötzlich wie eine Bombe vor die Füße. Und sie ist wirklich das Härteste, was sich die Bureaucratie überhaupt leisten konnte. Die Anklage, so fragt man sich unwillkürlich, ob denn die persönliche Ehre ausländischer Menschen schon deshalb vorgefreit ist, weil so ein preussischer Bureaucrat das Bedürfnis hat, seine Nase gegen eine sachliche und in jedem Wort gerechtfertigte, wenn auch noch lange nicht erschöpfende Kritik zu verteidigen. Schüding ist ein guter Verwaltungsbeamter, dem selbst seine Anklager in seiner

Ausführung nicht das geringste ausstellen können. Sein einziges Verbrechen ist das Büchlein gegen die Reaktion in Preußen. Und nun höre man die Kanonade, die die Anklage gegen ihn abfeuert:

Durch die Unerschrockenheit gegen den Landesherren, die Gerächung bestehender Gesetze und Anordnungen der Behörden unter wissentlichen oder leichtfertigen Fälschungen oder Entstellungen, durch die Verdächtigung der Staatsregierung und durch die persönlichen Beleidigungen der vorgelegten Dienstbehörden und der Inhaber anderer öffentlicher Ämter hat der Angeklagte seine Pflichten als Beamter verletzt und sich der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt. Man wird zugeben, daß eine solche Leistung nicht mehr zu überbieten ist. Wir kennen kein Land außer Rußland, wo sich ein Tschinowitsch eine solche Sprache gegen einen von seiner Stadt zum Bürgermeister gewählten Mann herausnehmen dürfte. Auch in Preußen hat erst die Blokada, die Verschmelzung des Bürgertums in eine reaktionäre Masse, den Uebermut der Bureaucratie so schrankenlos werden lassen. Denn auch der Ton der Anklage ist offenbar mit Absicht gewählt. Er ist die Antwort der Bureaucratie auf die Versicherung des Herrn Wiemer, daß hinter Schüding die ganze freisinnige Volkspartei stände.

In der konservativ-liberalen Paarung haben die Konservativen wirklich gründlich die „Erziehung zur Ehe“ übernommen. Der Freisinn jammert ja noch manchmal, wenn die Prügel seines Herrn allzu herzhast fallen. Aber für den Gedanken der Scheidung ist das Weibchen viel zu feig.

Die bosnische Verlegenheit.

Aus Wien wird uns vom 14. d. M. geschrieben:

In Budapest ist in der vorigen Woche großer Kriegsrat gehalten worden und als das Ergebnis der nach mannigfachen Konferenzen beim Kaiser und Thronfolger abgehaltenen gemeinsamen Ministerkonferenz ist die Verschiebung der für Ende dieses Monats in Aussicht genommenen Session der Delegation verkündet worden. Mit dieser Delegationsversammlung hat es eine eigne Bewandnis. Ursprünglich hätte sie schon im Mai stattfinden sollen: um die von den patriotischen Oesterreichern angelegte, von den Ungarn im Frühjahr zurückgewiesene Erhöhung der Offiziersgehälter zu beschließen; auf Einspruch der Ungarn ist sie dann auf den September verschoben worden. Nun soll wieder die Verschiebung gewünscht haben: angeblich um den Landtagen, die morgen zusammenzutreten, zu ihren Verhandlungen, die sich in den meisten um Wahlreformen bewegen, die nötige Zeit zu verschaffen. Man wird aber nicht fehlgehen, wenn man als die eigentliche Ursache der Verschiebung die bosnische Frage annimmt. Den Regierungen ist es klar, daß in der Frage der Verfassung für die im Jahre 1878 besetzten Länder etwas geschehen muß, aber viel weniger ist es ihnen klar, was geschehen wird. Und da man den Delegationen ein ausgereiftes Projekt noch nicht vorgezulegen vermag, aber zu gewärtigen hat, daß von den Delegierten danach einbringlich gefragt werden wird, so hat man die unbequeme Tagung eben verschoben, augenscheinlich in der Hoffnung, daß die „Informationsreise“, die der gemeinsame Finanzminister, in dessen Ressort das Regieren der Okkupationsländer fällt, macht, die erwünschten Anhaltspunkte für die notwendigen Reformen ergeben werde.

Der Rechtsakt der Oesterreichisch-ungarischen Herrschaft in Bosnien und der Herzegowina ist bekanntlich der Artikel 25 des Berliner Vertrages, der am 13. Juli 1878 zwischen den Großmächten abgeschlossen worden ist und der bestimmt: Die Provinzen Bosnien und Herzegowina werden von Oesterreich-Ungarn besetzt und verwaltet werden. Formell ist also das besetzte und von Oesterreich-Ungarn seit 30 Jahren verwaltete Land türkisches Gebiet; die Souveränitätsrechte des Sultans sind überdies in der zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei am 21. April 1879 geschlossenen Konvention ausdrücklich anerkannt worden. Trotzdem ist nicht zu erwarten, daß Oesterreich-Ungarn auf die zwei Provinzen verzichten könnte, wenngleich man zu einer regelrechten Annexion, die von den Kreisen um den Thronfolger herum bestärkt wird, wenigstens vorläufig keineswegs schreiten wird. Diese wäre schon deshalb schwierig, weil dann sofort die Frage entstände, wem die Okkupationsländer „gehören“ sollen: Oesterreich oder Ungarn. Derzeit werden sie allerdings als eine Art „Reichsland“ verwaltet, aber diese Verwaltung ist dem Absolutismus so auf den Leib zugeschnitten, daß sie ohne seine Voraussetzung vielleicht gar nicht mehr haltbar sein würde; sie macht übrigens, obwohl sie schon ein Menschenalter währt, durchaus noch den Eindruck des Provisoriums. Wohl ist durch übereinstimmende Besche in Oesterreich und in Ungarn Bosnien in das bestehende allgemeine Postgebiet aufgenommen worden (das übrigens nur materiell, gemäß dem letzten Ausgleich, der Form nach aber nicht mehr besteht); im übrigen erfolgt die provisorische Verwaltung (so bestimmt im Besche vom 22. Februar 1880 Bismarck) durch das gemeinsame Ministerium, das dabei „im Einvernehmen“ mit beiden Regierungen (Oesterreich und Ungarn) vorzugehen hat. Der Einfluß aber, den auf diese Verwaltung die Parlamente der beiden Staaten nehmen, besteht darin, daß den Delegationen das Budget für die bosnischen Soldaten vorgelegt wird, wobei sie sich auch über die Zivilverwaltung unterhalten können, ohne dabei auf den jeweiligen Diktator der Okkupationsländer besonderen Eindruck zu machen. Lange Jahre war dies Herr von Kalay, der sich wohl gewisse Verdienste um die Reorganisation der von der Türkei in grenzenloser Verwahrung übernommenen Provinzen erworben hat, die Grundlagen zu einem organischen Aufbau zu legen aber doch nicht verstand. Der jetzige Verwalter ist Herr v. Burian, eine oberflächliche Bureaucratenseele, der diesem schwierigen Moment sicher nicht gewachsen ist.

Die besondere Schwierigkeit besteht nun in der türkischen Erhebung, die das Selbstbewußtsein der bosnischen Bevölkerung einleuchtenderweise sehr gehoben hat und es als unerträglich empfinden läßt, daß die Länder, an denen die österreichische Großmacht dreißig Jahre ihr Kulturtalent übt, die also die Früchte dieser Arbeit endlich ernten wollen, noch immer absolutistisch regiert werden und das Volk von jeder Bestimmung seiner eigenen Geschicke gänzlich abgeschnitten ist. Schon vor der türkischen Revolution ist in Bosnien die Verfassung dringend gefordert worden, und in beiden Delegationen hat die Forderung Unterstützung und Befürwortung gefunden; nun aber tritt sie in den Okkupationsländern stürmisch auf, und sie wird insbesondere in der österreichischen Delegation mit allem Nachdruck bekräftigt werden. Es ist auch klar, daß die Erhaltung der österreichischen Position an ihre Erfüllung geknüpft ist, daß ein weiteres Strauben die ohnedies nicht starken Trugbalken der Okkupationsregierung ernstlich erschüttern müßte. Herr v. Burian hat sich jedoch einen Plan zurechtgelegt, in dem die Verfassung als die „Krönung eines Gebäudes“ erscheint, welches mit der Kreisorganisation beginnt und sich nur sehr allmählich aufbauen lassen würde. Damit würde Oesterreich seinem geschichtlichen Verufe, immer am Letzten zu sein, wohl entsprechen, aber

dadurch könnte die bosnische Frage leicht zu einer ersten bosnischen Verlegenheit werden. Es wird also doch möglich werden müssen, den zwei Provinzen jenen Grad von Autonomie und Befreiungsmöglichkeit zu verschaffen, den die österreichischen Landtage besitzen und der nach der überreichlich gepriesenen Okkupationsherrlichkeit wohl kein zu jäher Fortschritt sein wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. September 1908.

Das Berliner städtische Budget und die sozialdemokratischen Stadtverordneten.

Der Streit um die Frage, ob die sozialdemokratischen Stadtverordneten Berlins das städtische Budget bewilligt haben oder nicht, hat das „Berl. Tagebl.“ veranlaßt, bei dem Vorsteher und dessen Stellvertreter der Berliner Stadtverordnetenversammlung Erklärungen einzuziehen. Es erhielt folgende Antworten:

Stadtverordnetenvorsteher Wichelet: „Die Sache liegt doch sehr einfach. Da bisher das Budget nicht durch namentliche Abstimmung angenommen worden ist, so haben auch die Sozialdemokraten den Wunsch der Ablehnung nicht zum Ausdruck bringen können. Hätten sie das gewollt, so hätten sie eben eine namentliche Abstimmung beantragen müssen.“

Der Führer der linken Fraktion, der größten Fraktion im Berliner Stadtparlament, Stadtverordneter Geheimer Justizrat Cassel, der zugleich der Stellvertreter des Stadtverordnetenvorstehers ist, sprach sich zu dieser Frage in folgender Weise aus: „Ob und in welcher Weise die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung ihre prinzipiell ablehnende Stellung bei der Budgetbewilligung generell, also ein für allemal besonders bargetan hat, ist mir nicht erinnerlich, insbesondere entsinne ich mich nicht irgend-einer dahingehenden mündlichen Erklärung. Das ließe sich wohl nur aus den Verhandlungsprotokollen ersehen. Eine solche besondere Präzisierung ist aber meiner Meinung nach auch vollkommen überflüssig. Wir pflegen in der Stadtverordnetenversammlung durch Hand hoch heben, seltener durch Aufheben von den Eignen abzustimmen. Die sogenannte Gegenprobe findet selten oder nie statt. So ist es ganz selbstverständlich, daß mit „Rein“ stimmt, wer nicht durch Handaufheben oder Aufstehen sein „Ja“ ausdrückt. Die Berliner Sozialdemokraten haben also, vorausgesetzt, daß ihre Angaben auf dem Parteitage richtig sind, tatsächlich mit „Rein“ gestimmt, also mit oder ohne Absicht das Budget nicht bewilligt.“

Der Führer der freien Fraktion, Stadtverordneter Kommissar: „Die Sozialdemokraten in der Berliner Stadtverordnetenversammlung können mit Zug und Recht behaupten, gegen das Budget gestimmt zu haben. Da bei der Abstimmung die Zustimmung durch „Handaufheben“ erfolgt, und die sozialdemokratische Partei bisher niemals von diesem Ausdruck der Zustimmung Gebrauch gemacht hat, so liegt in dieser Enthaltung von der Abstimmung meines Erachtens implizite eine Verweigerung des städtischen Budgets.“

In ähnlichem Sinne äußerte sich der frühere langjährige Stadtverordnetenvorsteher Dr. Vangerhans.

Vielleicht werden sich Eisner, Timm, Segig usw. jetzt endlich beruhigen. —

Die neuen Reichssteuern.

Weshalb die Regierung noch immer den Schicksal des Geheimnisses über die kommenden Steuerentwürfe deckt, ist schlechterdings nicht zu verstehen. Unter den Abgeordneten, die sich Schöpfelrecht erheben können, befand sich auch der Abgeordnete Müller-Gulda, und wenn man die „böhmische Volkszeitung“ in der Lage ist, genaueres über die Finanzpläne mitzuteilen, so darf man wohl annehmen, daß das Blatt sich auf Informationen und nicht nur auf bage Vermutungen stützt. Die Mitteilungen des rheinischen Zentrumsblattes gehen dahin, daß als Belastung des Massenkonsums eine Erhöhung der Steuern aus Bier, Branntwein und Tabak mit rund 300 Millionen Mark in Aussicht genommen sei. Rechnet man hierzu die teilweise sehr hohen Erhebungssteuern, welche gerade die Getränkesteuern fordern, und die Abfindungen, welche ein Branntweinmonopol, das in der Tat geplant sein soll, nötig macht, so läme man für diese drei Genussmittel allein auf eine Mehrbelastung der Konsumenten mit etwa 350 Millionen Mark jährlich! Als Ausgleich für diese Belastung des Konsums der breiten Volksmassen sollen auch Luxussteuern: eine Weinsteuer und eine Steuer auf Gas und Elektrizität, beide zusammen mit einem Ertrag von etwa 70 Millionen Mark jährlich eingeführt werden. Damit auch der Besitz von den neuen Steuern erfaßt wird, soll ferner der schon bestehenden Reichserbschaftsteuer, d. h. außer der Steuer auf die einzelnen Erbschaften, die bisher die Erbschaften der Kinder und Ehegatten nicht unterworfen waren, eine Nachlasssteuer von allen hinterlassenen Vermögen, gleichviel, an wen das Erbe fällt, erhoben werden. Diese Steuer soll etwa 120 Millionen Mark jährlich betragen, wovon jedoch ein beträchtlicher Teil als Erhebungslosten abgeht. Alle diese Steuern ergäben eine Gesamtmehrbelastung von jährlich 540 Millionen Mark, von denen etwa 470 Millionen Mark netto in die Reichskasse gelangen würden; während 70 Millionen Mark jährlich für Abfindungen und Erhebungslosten draufgehen. Außerdem soll noch zur Deduktion des Steuererlasses auf Jüden im Betrage von 2 Pf. pro Kilo, welcher der Reichskasse einen Ausfall von etwa 40 Millionen Mark jährlich verursachen wird, eine Inzeratensteuer (Annoncen- oder Anzeigensteuer) eingeführt werden, in Höhe von etwa 60 Millionen Mark, weil auch diese Steuer wieder besonders große Erhebungslosten erfordert.

Diese Darstellung dürfte so ziemlich der Richtigkeit entsprechen. Die Hauptlast wird wieder auf die Schultern der breiten Massen gewälzt. —

Die Stimmen der Feinde.

Die bürgerliche Presse begleitet die Entscheidung des Nürnberg-Parteitages mit den üblichen Reagenzien ihres Nichtverständnis, ihres Hasses und ihrer Furcht vor der einmütigen Aktion des Proletariats. Die Furcht vertritt sich besonders in den vom brennenden Wunsch gezeigten Prophezeiungen des Verfalls der Partei, in denen sich die „Tägliche Rundschau“, „Das Reich“, das „Berliner Tageblatt“, die „Vossische Zeitung“ ergehen. Aber auch andere Prophezeiungen werden laut — den schließlichen Sieg des Revisionismus bespricht die „B. Z. am Mittag“. Auch hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Die „Post“ hat natürlich nur die Sorge, daß die bürgerlichen Parteien und Regierungen etwa unberechtigterweise den Revisionismus für weniger gefährlich halten könnten, als den Radikalismus.

Im allgemeinen stehen die Betrachtungen der feindlichen Presse auf niedrigem Niveau, so daß sich kaum etwas aus ihnen lernen läßt. Die im Stille des Reichstagesverbandes redigierten Blätter, wie die „Tägliche Rundschau“, sind natürlich eifrig dabei, ihren Lesern aufzuweisen, daß in Nürnberg Schimpforgeln gefeiert, eine Debatte gepflogen worden sei, die in all ihrer Klugheit und menschlichen Erdmüdigkeit einen moralischen Tiefstand der Partei nachwies, der sie vor der ganzen Welt blamiert. Anders als durch solche verlogene Entstellungen können diese armen Schächer, denen die furchtbaren Blamagen noch in den Knochen stecken, die die Gulesburg- und andere Standale dem offiziellen Deutschland gebracht, doch ihren wenigen Gläubigen nicht beweisen, wie hoch ihre Moral erhaben ist über die der Proletarierpartei. Dieser Schwindel

bedient ebenso wenig ein Wort der Widerlegung, wie der andere, daß die Mehrheit gegen die Budgetbewilligung erzielt worden sei durch vom Parteivorstand erkaufte und gebundene Mandate.

Die Schachermaße hinter den Kulissen.

Nachdem Herr Sydow die Führer der Konservativen und Nationalliberalen zu sich entboten hat, um ihnen seine Finanzreformpläne darzulegen, hat er jetzt auch die freisinnigen Kapazitäten in hoher Audienz empfangen. Die „Freis. Zig.“ verkündet:

Über Besprechungen freisinniger Abgeordneter mit dem Staatssekretär des Reichsfinanzamtes Sydow sind in verschiedenen Blättern Angaben veröffentlicht worden, die den Tatsachen nicht völlig entsprechen. Die Besprechungen haben Anfang dieser Woche stattgefunden. Von der freisinnigen Volkspartei haben daran die Abgg. Fischel, Raempfi, Dr. Wiemer, von der freisinnigen Vereinigung die Abgg. Rommelen, Dr. Paschke, Schrader, von der Deutschen Volkspartei Abg. Payer teilgenommen. Koyfch und Mugdan waren nicht dabei.

Von der russischen Getreideeinfuhr.

Wie aus Danzig gemeldet wird, hat sich die dortige Eisenbahn-Direktion innerhalb acht Tagen zweimal genötigt gesehen, die gesamte Getreideannahme zu sperren, da wegen der großen Einfuhr aus Rußland sich in den Lagerräumen und Stapelplätzen ein starker Ueberschuß befindet, der infolge ungenügenden Wagenmaterials sowie mangelnder Arbeitskräfte nicht schnell genug weiter befördert werden konnte. Die kapitalistischen Blätter jammern bereits, daß der Preis für Roggen infolge der Anhäufung schon um zehn Mark niedriger sei, als in Berlin. Aus diesem Grunde fürchtet man auch für Danzigs Ansehen als Getreidehandelsplatz.

Zu gleicher Zeit, wo aus Rußland solche Getreidemengen ausgeführt werden, hungert, wie wir erst im Leitartikel der letzten Dienstagnummer nachgewiesen haben, das russische Volk und weiß nicht, wo es das Brot hernehmen soll. Das ist: kapitalistische Wirtschaft und Weltordnung.

Die bürgerliche Presse.

Diese Woche tritt in Berlin der internationale Pressetongress zusammen, dem Herr Willow eine Rede widmen und ein Essen geben wird. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ ist hochhaft genug, die Vertreter der Presse mit einer saftigen Epistel zu begrüßen. Sie schreibt:

„Ein Blatt, das wirklich auf sich hält und seiner Pflicht bewußt ist, wird grundsätzlich darauf verzichten, das Privatleben einzelner in das Licht der Öffentlichkeit zu zerren. Das darf der Revolverpresse überlassen werden, die an die niedrigsten Instanzen der Menge sich wendet und die Würdelosigkeit geradezu zum Geschäft zu machen pflegt. . . . Leider macht sich in vielen Blättern, auch großen, vielgelesenen und weit verbreiteten, noch ein Wesen breit, das wir verb aber treffend mit Zakariaten bezeichnen möchten. Es ist, als ob viele Journalisten, insbesondere die „diplomatischen Rechercheurs“, sich am wohlsten auf der Hintertreppe fühlten. Nicht die wichtigsten Ereignisse und die großen Gesichtspunkte scheinen das Interesse zu erwecken, sondern die kleinen und kleinlichen Begleiterscheinungen. Das ist mit der Würde der „siebenten Großmacht“ unvereinbar. Die Presse beklagt sich hin und da mit Recht darüber, daß sie nicht ihrer Bedeutung entsprechend gewertet und behandelt werde. Wenn sie zu irgendwelcher Veranstaltung nicht geladen ist, dann erhebt sich ein Peter geistreich, während doch ihre Würde sie dazu veranlassen müßte, zu schweigen und die Veranstaltung unberücksichtigt zu lassen, bei der man ihre Anwesenheit nicht gewünscht hat. Andererseits pflegen selbst große Zeitungen regelmäßig Einladungen zu festlichen Veranstaltungen dadurch zu quittieren, daß sie die reiche Ausstattung des Wäffetts und die Trefflichkeit der Getränke in reklamehaftester Weise herborheben. Auch das ist nicht geeignet, der Presse das gewünschte Relief zu geben. Man wird ferner nicht bestreiten können, daß das Erhöhen und Ermitteln von sogenannten Informationen im Grunde genommen würdelos ist.“

Der Schreiber des Artikels kennt sich und seine näheren Kollegen recht genau. Vielleicht kommt die „Deutsche Tageszeitung“ mit der Zeit noch dazu, sich selbst die in dem Artikel gegeißelten „Würdelosigkeiten“ abzugewöhnen.

Kadavergehorsam.

Aus Mey wird uns geschrieben: In unserer schönen Vorkriegsstadt Mey, hart an der Grenze des „Erbsandes“, werden die Vaterlandsverteidiger in einer Weise geduldet, auf die jeder echte Deutsche stolz sein muß. Jüngst fiel es einem militärischen Erzleher ein, einem Kanonier des Feldartillerieregiments Nr. 70 den Befehl zu erteilen, die Düngräube mit den Händen in Ordnung zu bringen. Der Mann hatte Misse in den Händen und weigerte sich, den alten Mist, der Schamer enthält, mit den Händen anzufassen, erklärte sich aber zugleich bereit, die ihm befohlene Arbeit mit der Mistgabel auszuführen. Der Sergeant blieb jedoch bei seinem Befehl und der Soldat weigerte sich mit der Begründung, daß es für einen Soldaten so gut wie für jeden anderen geeignet, sich vor Verunreinigung zu schützen. Der Sergeant brachte diese Weigerung pflichtgemäß zur Meldung, und das Kriegsgericht verurteilte den Soldaten wegen Wehrens im Ungehorsam zu zwei Monaten Gefängnis.

Gehorsam auf jeden Fall, auch wenn dabei alles menschliche Gefühl abgetötet wird.

Die Ershawahl in Speyer-Ludwigshafen.

Ludwigshafen, 19. September. Amtliches Wahlergebnis: Bei der am 15. d. M. stattgehabten Reichstagsersatzwahl im 1. Pfälzer Wahlbezirk Speyer wurden im ganzen 32 472 Stimmen abgegeben. Davon erhielt Adjunkt Binder (Sps.) 19 293 und Guisbeyer Lubi (nat.) 12 165 Stimmen. Ersterer ist mithin gewählt.

Arbeitslosenstatistik.

Das Gewerkschaftsblatt Dielefeld hat angeführt, daß hier immer häufiger auftretende Arbeitslosigkeit am 12. September eine Zählung der zurzeit arbeitslosen, tageweise feiernden oder kranken Arbeiter und Arbeiterinnen vorgenommen. Von 84 dem Gewerkschaftsblatt angeschlossenen Gewerkschaften berichteten 32 mit 12 328 Mitgliedern (11 352 männliche und 1176 weibliche). Es wurden gezählt Arbeitslose: 697 männliche und zwei weibliche, zusammen 699 Mitglieder. Feierende: 314 männliche und 89 weibliche, zusammen 403 Mitglieder. Kranke: 212 männliche und 14 weibliche, zusammen 226 Mitglieder. Summa: 1328 beschäftigungslose bzw. feierende Mitglieder. Das sind fast 10 Proz. der organisierten Arbeiter Dielefelds.

Ein Freispruch.

Vor einiger Zeit wurde Herr Buchwald, der Herausgeber einer Orientkorrespondenz, vom Obergericht zur Strafe eines Verweises verurteilt, weil er über den Umfang der Orientumfrage, zum Teil mit Nennung der Namen der Beteiligten, Angaben gemacht hätte. Das Urteil mußte sofort Bedenken erregen, da die Publizität der Wäffengeschäfte eine ganz natürliche Sache ist und es jedenfalls nicht gegen die journalistische Ehre verstößt, sich in den Dienst dieser Sache zu stellen. Das hat auch die Revisionsinstanz eingesehen, das Urteil aufgehoben und den Angeklagten freigesprochen.

Oesterreich.

Für das Landtagswahlrecht.

Zunbruck, 19. September. Anlässlich der am 22. d. Mts. erfolgenden Eröffnung des Tiroler Landtages haben die Sozialdemokraten in ganz Tirol zahlreiche Versammlungen einberufen, um für das allgemeine Landtagswahlrecht zu demonstrieren.

Verbot der Demonstration.

Budapest, 19. September. Die von den Sozialisten für Montagabend geplante Demonstration für das allgemeine Wahlrecht wurde polizeilich verboten.

Dänemark.

Albertis Spielverluste.

Kopenhagen, 19. September. Der Untersuchungsrichter kam heute nach Prüfung der Papiere Albertis zu dem Resultat, daß Albertis Verluste durch Spekulationen an der Londoner Börse im Zeitraum von 1891 bis September 1907 etwa sechs Millionen Kronen betragen. Alberti hat die Richtigkeit dieser Annahme bestätigt.

Schweden.

Das Schreckensurteil der Klassenjustiz.

Wie gestern bereits eine Depesche meldete, sind die beiden Hauptschuldigen des Bombenattentats in Malmö zum Tode verurteilt worden, ein Riischuldiger soll sein ganzes ferneres Leben bei Zwangsarbeit im Zuchthaus verbringen, zwei andere, die nur am Diebstahl des Dynamits beteiligt waren, sind zu sechs und zu zwei Monaten Zwangsarbeit verurteilt, während Natalie Rahmström, die mit dem zum Tode verurteilten Rosberg in einer Gewissensache lebte und um das geplante Attentat wußte, ohne es verhindern zu können, mit 100 Kronen Geldstrafe davon kam. Diese Strafe ist durch die Untersuchungsinstanz, die die übrigen hochschwängere Frau — eine arme Fabrikarbeiterin — ertragen mußte, für verbüßt erklärt worden. Die Strafurteile unterliegen ja noch der Revision der höheren Instanzen und es ist jedenfalls noch nicht endgültig entschieden, ob die Hauptschuldigen ihre Verurteilung, aber in jugendlicher Verblendung und ehelichem Fanatismus begangene Tat mit dem Leben büßen sollen. Durch ihre Bombe wurde bekanntlich einer der englischen Streikbrecher getötet, während sieben mit Verletzungen davon kamen, die geheilt sind, ohne irgendwelchen dauernden Schaden hinterlassen zu haben. Die Angeklagten haben wiederholt versichert, daß ihnen die Absicht, zu töten, fernlag; sie wollten den Streikbrechern eben nur einen nach ihrer Meinung heilsamen Schock einjagen. Ihre Verteidiger beantragte immer von neuem, daß wenigstens die Hauptangeklagten auf ihre geistige und körperliche Gesundheit untersucht werden sollten, aber die Vertreter der herrschenden Klasse, die in Malmö Rathausgericht über arme, verblendete Proletarier abzuurteilen hatten, waren nicht dafür zu haben. Ja, wenn die Wisseläter Leute aus ihrer Klasse gewesen wären, oder wenn die dreimal gebelagten ausländischen Streikbrecher streikende schwedische Arbeiter ermordet hätten, da wäre man sicherlich zu milderer Auffassung gekommen! Diese Klassenrichter hatten natürlich auch kein Verständnis dafür, daß die Angeklagten ihren Bombenschlag als eine rettende lähne Tat betrachteten, daß sie wie Brutus oder Tell, die „Vaterland“, die organisierte, um ihre Existenz kämpfende schwedische Arbeiterschaft, von den fremdländischen Streikbrechern, den Vorkräubern, befreien wollten, die, mit Revolvern bewaffnet, unter dem besonderen Schutz der schwedischen Obrigkeit, den Streikenden gegenüber eine Diktatur sondergleichen ausübten.

Die organisierte schwedische Arbeiterschaft hat den Bombenschlag von Anfang an aufs schärfste verurteilt, als eine verbrecherische Tat, die auch der Arbeiterklasse nur Schaden konnte. Die schwedische Sozialdemokratie hat noch auf ihrem letzten Parteitag die beiden Hauptmatadore jener „jungsozialistischen“ Richtung, der die Attentäter huldigten, endgültig aus ihren Reihen ausgeschlossen, nachdem sie jahrelang schon von der Parteimitgliedschaft suspendiert waren. Das Unternehmertum aber, die Bourgeoisie, ihre Behörden und ihre Regierung hätten dem Verbrechen vorbeugen können, wenn sie nicht das ausländische Streikbrecherheer zur Anrechnung der eigenen Arbeiterschaft ins Land geholt hätten, es den organisierten Arbeitern nicht unmöglich gemacht hätten, an diese Leute mit Worten der Aufklärung und Ermahnung heranzukommen.

Rußland.

Ein reaktionärer Gewaltstreik.

Petersburg, 18. September. Der Ministerrat hat den Minister für Volksaufklärung ermächtigt, die Zulassung von Frauen zu den Unversitätsvorlesungen für die Zukunft zu verbieten, denjenigen aber, die bereits zugelassen sind und denen der Uebergang in eine höhere Lehranstalt für Frauen unmöglich ist, die Beendigung ihres Studiums an den Unversitäten zu gestatten. Die Zahl der gegenwärtig an den russischen Unversitäten zugelassenen freien Zuhörerinnen beträgt etwa 2130.

Türkei.

Der Eisenbahnerstreik.

Der Streik auf der Orientbahn dauert weiter, da die Direktion nur die Hälfte der auf etwas über 1 1/2 Mill. Frank geschätzten Forderungen der Angestellten bewilligen will. Die Bevölkerung sympathisiert mit den Streikenden. Der von Wien abgegangene Orientexpress ist an der türkischen Grenze gestern stehen geblieben. Die bulgarische Regierung befürchtet das Uebergreifen des Streiks auf ihre Linien und hat militärische Vorsichtsmaßregeln ergriffen.

China.

Ein Gesandte Englands.

London, 18. September. „Morning Post“ meldet aus Shanghai, die Regierung habe dem Gesandten in Beijing, Jordan, mitgeteilt, sie beabsichtige den Rest der aus Anlaß des Vorerkranktes geforderten Entschädigungssumme zu erlassen.

Das Mischrecht.

London, 18. September. Nach einer Meldung des „Standard“ aus Hongkong weigerte sich der englische Gesandte, die Forderung Quanschais, das Mitglied der Reformpartei Sunghatien aus Singapur auszuweisen, zu erfüllen, da er Sunghatien als politischen Flüchtling ansah.

Marokko.

Die französische Besatzung.

Paris, 19. September. Seit Schluß der Kammern haben 3000 Mann des Landungskorps Casablanca verlassen. 1000 Mann stehen zur Abfahrt bereit, 3000 Mann werden sich vor Ende Oktober einschiffen. Zurück bleiben in der Region von Casablanca 8000 Mann, deren Einschiffung in dem Maße vorgenommen werden soll, wie die Organisation der Polizei durch ein geborenes Reiter fortgeschritten.

Verleumder der Sozialdemokratie als Erpresser vor Gericht.

Chemnitz, 18. September.

Der zweite Verhandlungstag brachte den größten Teil der Zeugenvernehmung. Mit Ausnahme der Mutter und der Schwester der angeklagten Gebrüder Schubert, die deren Behauptungen in der Hauptsache unterstützten, belasteten fast alle Zeugen die Angeklagten recht schwer. Diese aber leugneten hartnäckig, sich strafbarer Handlungen schuldig gemacht zu haben und bemühten sich frampfhaft, die Glaubwürdigkeit der Belastungszeugen zu erschüttern. Die Zeugenaussagen beleuchteten scharf das verbrecherische Treiben des Erpressertrios.

Eine für die Allgemeinheit ganz besonders wichtige Enthüllung brachte die Zeugenvernehmung, als die Frage aufgeworfen wurde, wer hinter den beiden Angeklagten Amandus Schubert und Paul Rabe stehe. Bekanntlich hat Amandus die bekannte, gegen die Gemeinsame Ortskrankenkasse Chemnitz und gegen das Selbstverwaltungsrecht gerichtete Subelbroschüre unter seinem Namen herausgegeben, mit deren Inhalt die Eigenpresse und der Reichsverband krebhen gegangen ist. Amandus, der einmal in einer schwachen Stunde den Ausspruch getan hat: Er müßte verhungern, wenn er sich mit Rechnen und Schreiben ernähren müßte, derselbe Amandus hat sich auch in allen Prozessen gegen ihn als den Verfasser der Broschüre bezeichnet. Von vornherein wurde das bezweifelt und Reimer der Verhältnisse nannten bald als den eigentlichen Urheber derselben einen Dr. Voesser. Der stirkte Beweis fehlte aber bisher für diese Annahme. Die heutige Zeugenvernehmung hat ihn erbracht. Dem Kriminalwachmeister Weipel ist er zu danken. Er sagte aus, daß er bei Hausdurchsuchungen in Amandus Schuberts Wohnung eine Menge Konzepte gefunden habe, die denselben Inhalt hatten als die Broschüre. Schuberts und die Handschrift Dr. Voessers zeigten. Ferner wurde bei Rabe ein Rezeptzettel gefunden, der, von Dr. Voesser geschrieben, auf der Rückseite das Konzept des von Rabe geschriebenen und an den Vertrauensarzt der Gemeinsamen Ortskrankenkasse, Dr. Kröber, gerichteten Briefes enthielt, der die Rötigung enthält, derenentwegen Rabe gegenwärtig mit unter Anklage steht.

Weiter stellte der Kriminalbeamte die allerdings längst bekannte Tatsache fest, daß zwischen Amandus Schubert und Dr. Voesser ein enges Verhältnis schon lange besteht und Dr. Voesser auch jetzt noch nicht seine Hand zurückgezogen hat. Das war ein Hauptschlag für die Angeklagten, die zum ersten Male sprachlos waren ob dieser Enthüllung. Da die beiden auch nach eigener Angabe wegen der Broschüre in Berlin (i) waren, so erscheint der Beweis dafür erbracht, daß diese beiden Erpresser im Dienste des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie standen.

Das ist das Ergebnis der Verhandlung des zweiten Tages! Zu bemerken wäre noch, daß das Erpresserpaar sich auch an den obengenannten Dr. Kröber herangewandt, daß dieser aber, als er merkte, was sie wollten, ihnen die Tür gewiesen hat.

Für Samstag sind noch vier Zeugen bestellt.

Aus der Partei.

Die Gesellschaftsordnung in Gefahr!

Die „Räthler Bürgerzeitung“ schreibt: Obwohl der deutsche Parteitag sieben Kilometer weit von Rärth sein Lager aufgeschlagen hat, sind doch die Grundfesten der Gesellschaftsordnung so erschüttert worden, daß in Rärth große Unruhe hervorgebracht wurde. Der Sekretär des Holzarbeiterverbandes in Rärth hat von der Vorstandschaft des Unternehmer-Holzverbandes einen Brief erhalten, der das reinste Angstprodukt ist, das fabriziert werden kann. Der lustige Inhalt des Briefes ist folgender:

„Antwortlich Ihrer w. Anfrage bei unserem Vorstand Herrn Steinhart den kommenden Montag (14. September) zwecks Freigabe betreffend, lautet der Beschluß unserer Versammlung vom 10. d. M.:

Das Verlangen der Arbeiter, am kommenden Montag dem sozialistischen Parteitag in Rärnberg beizuwohnen zu dürfen, wird unenergetisch als ein Verstoß gegen die bestehende Gesellschaftsordnung betrachtet. Aus diesem Grunde hat die gestrige Versammlung einstimmig beschlossen: 1. daß dem Besuch der Arbeiter nicht stattgegeben wird, 2. daß diejenigen Arbeiter, die am Montag die Arbeit ohne bringenden Grund und eventuell dafür zu erbringenden Nachweis — fern bleiben, auf die Dauer des Parteitagges zu entlassen und erst Donnerstag, den 17. ds. die Arbeit wieder aufnehmen können.“

Dochastend!

Die Vorstandschaft d. U. S. F. d. H. i. W. r. d. M.“

Der Sekretär des Holzarbeiterverbandes war ganz perplex, als er den Brief erhielt. Er wußte nicht, was er mit ihm anfangen sollte. Weder er noch jemand anders hatte für den Holzarbeiterverband angefragt, ob die Arbeiter dem Parteitag beizuwohnen dürfen. Auf Umfrage in seinem Kollegenkreis hat sich auch bis heute noch niemand gemeldet, der angefragt hätte. Der Brief ist des Briefes rief dann den Vorstand des Unternehmer-Holzverbandes Herrn Steinhart, an den angeblich die Anfrage gerichtet worden sei, telefonisch an und gab ihm seine Verwunderung ob des Briefes kund und wollte wissen, wer denn eigentlich angefragt habe. Das konnte aber Herr Steinhart auch nicht sagen, er erwiderte nur, telefonisch sei die Anfrage an ihn gerichtet worden. Sollte das wahr sein, so hat sich jedenfalls ein Witzbold den Spatz gemacht, den mächtigen Schutverband der Holzindustriellen in Angst und Schrecken zu versetzen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wiltungener Anschlag auf die Breslauer Jugendorganisation.

Schon lange war die Breslauer Polizei darauf aus, der seit dem Februar 1907 bestehenden und sich gut entwickelnden Jugendorganisation das Lebenslicht auszublasen. Immer wollte es nicht glücken. Endlich glaubte das Polizeipräsidium in den Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes eine Handhabe gefunden zu haben, um gegen die verdamnten „Herren Lehrlinge“ vorzugehen. Die mit der Ueberwachung der Jugendorganisation speziell betrauten Beamten wollen nämlich nach verübten Missetaten schlagfertig haben, daß die in den Versammlungen der Jugendlichen gehaltenen allgemeinen Bildenden, hauptsächlich literarischen Vorträge nur ein Wortwond seien, hinter dem sich der wahre Zweck dieser Organisation, die politische Schulung der Jugend verberge. Es wurden daher gegen die früheren und gegenwärtigen Vorstandsmitglieder Strafbefehle erlassen wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz, weil sie Personen unter 18 Jahren in einen politischen Verein aufgenommen hätten. Die Betroffenen beantragten gerichtliche Entschädigung.

Die Verhandlung vor dem Breslauer Schöffengericht zeitigte ein köstliches Fiasko der Polizei. Den Beweis für die politische Tätigkeit der Organisation wollte die Polizei darin erblickt wissen, daß einmal an Stelle eines pöblich ausgefallenen literarischen Vortrages einen geschichtlichen Ueberblick über die Gewerkschaftsbewegung seit 1849 gegeben und ein zweites Mal bei einem Referat über den Jugendklub das politische Gebiet ganz kurz gestreift worden ist! Das Gericht stellte sich auf den vernünftigen Standpunkt, daß diese Feststellungen nicht ausreichen, um die Jugendorganisation zu einem politischen Verein zu stampeln und sprach die 10 Angeklagten frei. — Nun wird Herr Dr. Wientz auf neue Mittel sumen müssen.

Internationale Solidarität.

Die Partei- und Gewerkschaftsorganisation Berlins hat gestern Abend den englischen Gästen der deutschen Arbeiter herzlich willkommen. Im großen Saale des Gewerkschaftshauses waren die Vertrauensmänner der Berliner Arbeiter versammelt, in deren Namen Genosse Sassenbach folgende Begrüßungsworte sprach:

Werte Anwesende!

Wir haben heute Abend das Vergnügen, eine Anzahl englischer Gewerkschafts- und Arbeiterführer in unserer Mitte zu sehen. Im Auftrage der Berliner Arbeitergemeinschaft heiße ich Sie an dieser Stelle, im eigenen Heim der Berliner Gewerkschaften, auf das herzlichste willkommen.

Der Einladung, an der heutigen Begrüßungsfeier zu Ehren der englischen Delegierten teilzunehmen, haben alle Genossen, die in der deutschen und der Berliner Arbeiterbewegung an leitender Stelle tätig sind, soweit sie zurzeit in Berlin weilen, mit Freude entsprochen. Schon hieraus können unsere englischen Kameraden ersehen, daß ihr Besuch uns Freude macht und daß die deutsche Arbeiterkraft gern bereit ist, mit der englischen Hand in Hand zu gehen.

Der Hauptzweck, der unsere Gäste nach Berlin geführt hat, ist die Betonung des Friedens. Zu diesem Zwecke findet morgen die große Demonstrationsversammlung statt, an deren glanzvollen Verlauf nicht zu zweifeln ist.

Was uns heute zusammengeführt hat, ist das Bedürfnis, auch persönliche Beziehungen zwischen den englischen und deutschen Gewerkschaftsführern zu schaffen und dadurch beizutragen, eine engere Verbindung zwischen den englischen und deutschen Gewerkschaften anzubahnen.

Unsere englischen Freunde werden gewiß mit Freude beobachtet haben, daß die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland sich in den letzten Jahren in großartiger Weise entwickelt hat, so daß es von unserer Seite aus nicht unbedenklich ist, wenn wir die deutschen Gewerkschaften mit den englischen, unseren langjährigen Vorbildern, auf eine Stufe stellen. Ende 1907 gab es in Deutschland 1.865.506 Mitglieder der freien Gewerkschaften, verteilt in 61 Zentralverbänden, die sämtlich der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen waren. 51 Millionen Mark betrug im Jahre 1907 die Einnahmen, 43 Millionen Mark die Ausgaben und mehr als 33 Millionen Mark Kassenbestand. Die Gewerkschaften in den Stand, ihre Aufgabe, eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der Gewerkschaftsmitglieder herbeizuführen, zu erfüllen. Die deutsche Arbeiterkraft ist stolz auf ihre Gewerkschaftsbewegung und auf die Erfolge, die durch sie erzielt wurden. Es würde uns freuen, wenn die englischen Gewerkschaftsführer den Aufenthalt in Berlin dazu benutzen würden, sich in recht eingehender Weise über unsere Gewerkschaftseinrichtungen zu informieren. Jedes Bureau steht ihnen offen, und jede gewünschte Erklärung wird ihnen gerne gegeben werden. Kommen sie dann nach England zurück, dann sind sie aus eigener Anschauung in der Lage, die öfters etwas rüchardigen Ansichten, die vielfach noch in England über die deutsche Gewerkschaftsbewegung vorhanden sind, richtig zu stellen.

So wollen wir hoffen, daß der heutige Abend mit dazu beiträgt, zwischen den englischen und deutschen Gewerkschaften gute und brüderliche Beziehungen zu schaffen. Nochmals heiße ich unsere englischen Gäste im Kreise der deutschen Arbeitervertreter herzlich willkommen und spreche die Hoffnung aus, daß es ihnen bei uns gefallen möge.

Genosse Bernstein überlegte ins Englische. Dann folgte er noch einige persönliche Worte hinzu:

Ich habe jahrelang in England Zuflucht gefunden, in einer Zeit, wo alle anderen Länder und Sozialdemokraten vertrieben hatten. Während meines langen Aufenthaltes war ich in der Lage, die englische Arbeiterbewegung kennen zu lernen und dann in Deutschland dazu beizutragen, aufstrebende Mißverständnisse über die englische Bewegung zu zerstreuen. Heute freue ich mich, daß die englischen Arbeiter sich ihre eigene unabhängige Partei geschaffen haben, die bereits so große Erfolge aufzuweisen hat. (Lebhafte Beifall.)

Darauf ergreift, stürmisch begrüßt, der englische Abgeordnete G. W. Boverman das Wort zu folgender Erwiderung:

Werte Kameraden!

Wir sind viele Meilen gereist, aber was wir heute Abend sehen, bezahlt unsere Mühen vielfältig. Wir danken für Ihren herzlichen Willkomm auf der besten und feinsten Weise, in diesem prächtigen eigenen Heim der Gewerkschaften zu weilen. Ich freue mich über die großen Fortschritte der deutschen Gewerkschaften, die alle Schwierigkeiten von einst so glänzend überwunden haben. Die deutschen und englischen Gewerkschaften weitem sich heute miteinander, aber uns erfüllt kein Weid, wir sind froh über diese Aktivität. Die englischen Gewerkschaftler waren früher gewohnt, sich ihrer großen Fonds zu rühmen. Aber die Notwendigkeit, diese zu schütten, hat sie zur Gründung einer unabhängigen politischen Arbeiterpartei bewogen, die heute 50 Vertreter im Parlament hat und die nichts als die Interessen des Proletariats vertritt. Von ihnen ist eine Anzahl Sozialdemokraten. Alle aber kämpfen gemeinsam für die Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse. Und wenn die deutschen Arbeiter sich noch immer nicht derselben Freiheit erfreuen wie die englischen, so bin ich sehr überzeugt, daß Sie alle Schwierigkeiten überwinden werden und ihrer parlamentarischen Vertretung den Einfluß erobern werden, der ihr gebührt. Ich bedaure, nicht zu Ihnen deutsch sprechen zu können. Wenn einer von Ihnen nach England kommt, kann er in drei Wochen perfekt Englisch. Ich würde wahrscheinlich noch in drei Jahren mit Ihrer schönen Sprache Schwierigkeiten haben. Aber ich spreche zu Ihnen in der Sprache des Herzens und ich weiß, daß wir uns sehr gut verstanden haben. (Stürmischer Beifall.)

Nach Boverman sprachen noch Henry Vivian, der im Namen der englischen Genossenschaftsbewegung sprach, der Abg. George Nicholls im Namen der Landarbeiter, Gabelock Wilson, der Organisator der Seeleute und einer der Organisatoren der neuen Gewerkschaften, und als letzter Redner L. Morgan von der internationalen Schiedsgerichtsstelle. Alle Redner betonten den Bahnsinn eines englisch-deutschen Gegensatzes. Ihre Versicherungen gemeinsamen Kampfes für den Frieden und für die Emanzipation des Proletariats erweckten stürmischen Widerhall bei den Versammelten.

Nach diesen Reden trat die Geselligkeit in ihre Rechte und lange blieben noch die deutschen und englischen Kameraden beisammen. Mit Musik- und Gesangsbeiträgen wurde der eindrucksvolle Abend beschlossen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Verhandlung oder Aussprache?

In der Nr. 220 des „Vorwärts“ ist unter der Rubrik „Die Berliner Goldwaren-Industriellen und ihre Arbeiter“ folgendes zu lesen:

„Ferner wurde die Mitteilung Handkes in einer Goldarbeiterversammlung demängelt, daß am 21. August Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden hätten; das sei nicht der Fall.“

Verantw. Redakt.: Geora Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck- u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 5 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Dazu habe ich folgendes zu bemerken: Von dem Arbeitgeberverband der Edelmetallindustrie für Berlin und die Provinz Brandenburg wurde uns am 18. August mitgeteilt, daß zwei Herren vom genannten Arbeitgeberverband bereit sind, unsere „Wünsche“ entgegenzunehmen, und zwar am 21. August d. J., nachmittags 1/2 6 Uhr. In dem Schreiben wurde noch extra bemerkt, daß dies keine Beratung sein soll. In dieser Besprechung aber haben die beiden Vertreter der Arbeitgeberseite erklärt, daß die Kommission der Arbeitnehmer die Forderungen, welche die Gold- und Silberarbeiter stellen, näher präzisieren solle. Von der Kommission der Arbeitnehmer wurde gesagt, daß die Arbeitgeber die Ursache ihrer Kündigung des Tarifs und uns mitteilen möchten. Darauf erfolgte die Erklärung des Vorstehenden vom Arbeitgeberverband, wie der Unterzeichnete in der Versammlung am 28. v. M. berichtet hat.

Auf diese Erklärung hin fand eine regelrechte Diskussion statt, und zum Schluß wurden sich die Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber dahin einig, daß die Arbeitnehmer zuerst ihre Forderungen an den Vorstehenden des Arbeitgeberverbandes schriftlich einreichen. Aus allem diesem geht hervor, daß man über die Zweckmäßigkeit eines Tarifvertrages verhandelt hat. Daß diese Verhandlung irgendein Ergebnis hatte, daß man sich über einen neuen Tarifvertrag schon geeinigt hätte, habe ich und auch kein Kollege von unserer Kommission behauptet. Die Aufregung der Herren Arbeitgeber darüber, daß man diese Aussprache eine Verhandlung nenne, ist ebenso unbedeutend, als wie ihre Behauptung, daß sie keine Verschlechterung der bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen beabsichtigen. Otto Handke.

Die Tariffrage in der Gips- und Zementbranche.

Die Sektion der Gips- und Zementbranche vom Zentralverband der Maurer hielt am Freitagabend in den Armishallen eine außerordentliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand die „Stellungnahme zu den Tarifverhandlungen mit der Unternehmerorganisation“. Haese referierte. Seit 1906 besteht der Tarifvertrag mit dem Berliner Betonverein, der im Jahre 1907 auf ein Jahr verlängert, 1908 aber von den Unternehmern gekündigt wurde und am 1. Oktober abläuft. Die Unternehmer wollten einen neuen Tarifvertrag abschließen und verlangten Vorschläge dazu von den Arbeitern. Die Sektion der Gips- und Zementbranche erwartete dagegen vom Betonverein, der den Vertrag gekündigt hatte, neue Vorschläge. Die Verhandlungen standen still, bis plötzlich eine Versammlung der Fabrikanten in der Betonbranche von dem Betonverein einberufen wurde, die am 9. September stattfand. Als Resultat dieser Versammlung teilte sich die Organisation der Unternehmer. Der Verband der Berliner Beton- und Eisenbetonbaugeschäfte entstand und stellte nun den Antrag auf Eröffnung von Tarifverhandlungen an den Verband der Arbeitnehmer, an die Sektion der Gips- und Zementbranche. Der Antrag wurde in der Vorstandssitzung der Sektion beraten und beschlossen, der außerordentlichen Generalversammlung die Annahme des Antrages der Arbeitgeber zu empfehlen und eine Kommission zu bilden, die mit dem neuen Unternehmerverband in Tarifverhandlungen eintritt. Die alte Vereinigung besteht aus Unternehmern der Kalkbranche, und es würden in Zukunft zwei Tarifverträge abgeschlossen werden, einen für die Beton-, den anderen für die Kalkbranche. Damit ist aber auf keinen Fall an eine Scheidung in der Sektion der Gips- und Zementbranche zu denken; auch ist der Vorstand entschlossen, keine Verschlechterung der bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen anzunehmen. Die neue Tarifkommission soll aus 5 Personen bestehen, vier von der Sektion der Gips- und Zementbranche und ein Vertreter des Bauhilfsarbeiterverbandes. Die Versammlung gab ihre Zustimmung zu den Vorschlägen des Sektionsvorstandes. Als Kommissionsmitglieder wurden gewählt Haese, Gohle, Grundmann und Schubart. Die Bauhilfsarbeiter bereitet Wilhelm Rood. Haese machte zum Schluß noch auf die kommenden Gewerkschaftswahlen aufmerksam und forderte die Versammelten auf, sich regen daran zu beteiligen.

Die Einigungsbestrebungen der Töpfer.

Die hiesige Filiale des Zentralverbandes der Töpfer hatte am Freitag drei Agitationsversammlungen veranstaltet, und zwar in den Andreasfestsälen, dem Steinmetz-Gesellschaftshaus und dem Lokal von Schellhase in Steglitz. Als erster Punkt standen Vorträge über wirtschaftliche und soziale Thematika auf der Tagesordnung. Sodann beschäftigte man sich mit der Frage der gewerkschaftlichen Einigung im Töpfergewerbe. Die lokalorganisierten Töpfer, oder vielmehr ihre Führer, halten ja noch immer daran fest, daß sie eine „Weltanschauung“ oder so etwas ähnliches von den Verbandsmittgliedern trennen. Sie behandeln den Verband als eine feindliche Organisation, werfen ihm Sperrbruch und dergleichen schimpfliche Dinge vor, und die „Einigkeit“, das gemeinsame Organ der „Syndikalisten“, ist auch im Töpfergewerbe unablässig bestrebt, die Uneinigkeit zu erhalten und zu fördern, zum Wohlfallen des Unternehmertums. Die Redner des Zentralverbandes wiesen nun nach, wie töricht und ungerichtet jene schimpflichen Vorwürfe gegen ihre Organisation sind, wie sehr es aber den Führern der Lokalorganisierten an der nötigen Gewissenhaftigkeit fehlt, so daß diese Leute sogar dann, wenn sie sich selbst von der Grundlosigkeit ihrer Angriffe auf den Verband überzeugt haben, es nicht der Mühe wert halten, ihren Mitgliedern zu sagen, daß sie sich in diesem oder jenem Falle geirrt hatten, oder ihre falschen Beschuldigungen in der „Einigkeit“ zu widerrufen. — Der Verband hatte in diesem Frühjahr ein Flugblatt zur Förderung der Einheitsorganisation herausgegeben, das zwar Erfolg hatte, aber lange nicht in dem Maße, wie es wünschenswert gewesen wäre. Eine öffentliche Versammlung, die zu demselben Zweck auf den 29. Mai einberufen war, mußte wegen zu schwachen Besuches vertagt werden. Nachdem der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie von neuem zur Frage der einheitlichen Gewerkschaftsorganisation Stellung genommen hat, wollen die lokalorganisierten Töpfer nochmals einen Versuch machen, ihre feindlichen Brüder zu gewinnen. Es soll zu diesem Zweck eine große öffentliche Töpferversammlung am 12. November stattfinden. Die Verbandsfiliale will damit bis zum Äußersten ihre Pflicht erfüllen, um im Interesse aller Berufsangehörten der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterchaft Deutschlands auch unter den Töpfern Berlins allgemein Geltung zu verschaffen.

Achtung, Arbeiter! Die Sperre über die Firma Wade u. Dangers ist aufgehoben. Die Verbandsleitung.

Die organisierten Hausdiener und Kutser aus den Wäsche-Verleihgeschäften Berlins haben seit dem 1. Mai 1908 einen korporativen Lohnvertrag zur Durchführung gebracht. Für die bei den tarifstreuen Firmen dieser Branche beschäftigten Hausdiener und so weiter ist vom Deutschen Transportarbeiterverband, Verwaltungsstelle I, eine Kontrollkarte eingeführt worden. Dieselbe ist von brauner Farbe und ist nur dann gültig, wenn dieselbe ordnungsgemäß jeden Monat abgestempelt ist. Wir eruchen hiermit die organisierte Arbeiterchaft Berlins, strenger wie bisher darauf zu achten und sich die Kontrollkarte vorseigen zu lassen. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Die Maurer von Mittenwalde, welche bei den Unternehmern H. Schadow und H. Sprewitz beschäftigt waren, legten am Freitag wegen Lohnreduzierung die Arbeit nieder. Wie nun Gerüchte besagen, suchen die Unternehmer in Berlin Maurer zu bekommen. Wir fordern daher jeden solidarisch denkenden Kollegen auf, Arbeit bei obengenannten Unternehmern nicht anzunehmen. Die Streikleitung.

Ausland.

Riesenausperrung in der englischen Textilindustrie.

Die industrielle Krise, die auch in England in hohem Maße das gesamte Wirtschaftsleben ungünstig beeinflusst, tritt dort besonders stark in der Textilindustrie zu Tage. Schon seit längerer Zeit arbeiten die englischen Spinner und Weber mit verkürzter Arbeitszeit. Das Unternehmertum, das in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges Riesengewinne profitiert hat, sucht nun in der schwierigen Zeit nach Möglichkeit die Gewinnaussfälle auf die Arbeiter abzuwälzen. In der Grafschaft Lancashire, der Zentrale der Textilindustrie, beschloßen die Spinnereibesitzer eine Herabsetzung der Arbeiterlöhne um fünf Prozent. Die Vertreter der Arbeiter sträubten sich zunächst gegen diese ungeheuerliche Maßregel, denn die Arbeiter seien in der Zeit der Hochkonjunktur nur mit ganz minimalen Zulagen gegenüber den Riesengewinnen der Unternehmer abgesperrt worden. Schließlich aber erklärten sie sich doch bereit, die Lohnherabsetzung zu ertragen, wenn sich die Konjunktur bis zum Beginn des nächsten Jahres nicht gehoben habe. Darauf erklärten die Unternehmer gnädigst, daß sie zwar mit der Beschneidung der Löhne bis dahin warten wollten, verlangten aber, daß dann die Arbeiter bedingungslos sich eine Lohnherabsetzung von 5 Proz. gefallen lassen. Natürlich konnten die Arbeiter auf ein derartiges Verlangen nicht eingehen. Welche riesigen Mehrgewinne durch die Lohnherabsetzung für die Kapitalisten herauspringen würden, kann man ermeßeln, wenn man bedenkt, daß von der Lohnherabsetzung 200.000 Arbeiter betroffen werden. Die Unternehmer fühlen sich als Herren der Situation. Die Aufträge stocken und manchem Spinnereibesitzer würde ein Stillliegen des Betriebes auf einige Zeit durchaus nicht unangenehm sein. Die Arbeiter wollen sich eine so willkürliche Beschneidung ihres an sich nur geringen Lohnes nicht gefallen lassen. Wenn nicht im letzten Moment noch von dritter Seite Einigungsverhandlungen angebahnt werden, wird in den nächsten Wochen in der englischen Textilindustrie ein Kampf herrschen, an dem wenigstens 200.000 Arbeiter beteiligt sind.

Bergarbeiterstreik in Belgien.

500 Bergleute der Grube Gilly bei Charleroi sind wegen einer für den Anfang Oktober angekündigten Lohnherabsetzung um 10 Proz. in den Ausstand getreten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Staat wackelt!

Wie wir in späterer Nachtstunde erfahren, hat die Militärbehörde alle Maßnahmen getroffen, um der heutigen Friedensdemonstration der Berliner Arbeiterschaft gegenüber in der ihr geeignet erscheinenden Weise gewappnet zu sein! Ein Gouvernementsbefehl macht die Garde-Regimenter darauf aufmerksam, daß heute „mittags und nachmittags demonstrative Volksversammlungen in der Hasenheide und in der Greifswalderstraße beabsichtigt“ seien. Infolgedessen wird den Soldaten der Garnison der Besuch der Hasenheide und der Greifswalderstraße „zu Privatziwecken“ von 11 Uhr vormittags an verboten!!

Im weiteren werden — die Berliner Garnison befindet sich noch im Manöver — die Maßregeln bekanntgegeben, gemäß denen die zurückgebliebenen Truppenteile sich als

Konfiguriert

zu betrachten haben! Die Geschäftszimmer der Bachtkommandos und Truppenteile sind von heute vormittag 11 Uhr an „besetzt zu halten“, und der Berliner Polizeipräsident ist ersucht worden (da auch der kommandierende General des Gardekorps sich im Manöver befindet), etwaige Requisitionen unmittelbar an den Gouverneur von Berlin, den Generalfeldmarschall und Generaladjutanten des Kaisers Herrn von Sahnke gelangen zu lassen!

Die englischen Delegierten werden gewiß überrascht sein, wenn sie erfahren, wie in Deutschland Demonstrationen (notabene: wenn sie von Arbeitern ausgehen!) bei den Behörden ausgenommen werden. Das Berliner Proletariat aber darf stolz sein darauf, daß der mächtige Militärkoloss seine ganze Macht aufbietet, sobald es gilt, einer internationalen Friedensaktion der Sozialdemokratie mit dem Aufgebot aller seiner reaktionären Kräfte zu begegnen. Daß Berlins Militär-Gouvernement gerade bei Schluß der interparlamentarischen Friedenskonferenz seine „friedlichen“ Maßnahmen traf, gibt der ganzen Affäre erst den rechten, den humoristischen Anstrich....

Arbeiterriß.

Lebenburg, 10. September. (B. T. V.) Auf der im Bau befindlichen Lebenburg-Günser Lokalbahn entgleiste ein Materialzug und stürzte 15 Meter tief herab. Drei Arbeiter wurden dabei getötet und drei Angestellte der Bahn schwer verletzt.

Die Luftschiffer.

Paris, 10. September. (B. S.) Der Luftschiffer Malecot hat heute mehrere Aufstiege mit seinem Aeroplan unternommen, wobei er eine Höhe von 150-200 Meter erreichte. Auch der Luftschiffer Ferber machte heute einige Aufstiege mit seinem Apparat. Beim letzten Versuch stürzte er mit seinem Fahrzeug. Der Aeroplan wurde zerstört, während Ferber selbst nur ganz geringfügigen Schaden erlitt.

Beulenpest.

Triest, 10. September. (B. S.) Die bakteriologische Untersuchung ergab bei den auf dem Lloyd-Dampfer „Erzherzog Franz Ferdinand“ erkrankten beiden Matrosen das Vorhandensein von Beulenpest. Die Seuche dürfte durch Ratten hervorgerufen worden sein, da an Bord des Schiffes tote Ratten gefunden wurden. Die beiden Matrosen wurden ins Lazarett gebracht und isoliert, auch alle sonstigen notwendigen Vorsichtsmaßnahmen wurden getroffen.

Der Parteitag in Nürnberg.

6. Verhandlungstag.

Nürnberg, den 10. September 1908.

Vormittags-Sitzung.

Singer

eröffnet um 9 Uhr die Sitzung mit folgender Mitteilung: Es liegt eine Erklärung des Genossen Segib vor, welche lautet: „Ueber die Mitteilung, welche ich dem Parteitag von einem Gespräch zwischen dem Parteigenossen Eichhorn und anderen Genossen gemacht habe, wurde ich nicht von dem Genossen Kappeler informiert, was ich als dessen Wunsch hiermit bestätige.“ Die Erklärung geht zu Protokoll.

Es folgt Punkt 6 der Tagesordnung:

Die Reichsfinanzreform.

(Dazu gehört die Resolution 124.)*

Berichterstatter

Geher:

Ich will mich mit Rücksicht auf die beschränkte Zeit des Parteitages einer gedrängten Skizze befleißigen. Mit der sogenannten Reichsfinanzreform wird ein frivoles Spiel getrieben, nicht allein durch die Geheimnistuerei mit den neuen Plänen, sondern auch insofern, als man seit vielen Jahren die Vorpiegelung einer Reformierung der Reichsfinanzen agitatorisch ausgenutzt hat. Eine wirkliche Reform der Reichsfinanzen könnte nur darin bestehen, daß eine gerechte Verteilung der Steuerlasten erfolgt. Heute werden die Hauptlasten den arbeitenden Klassen aufgewälzt. Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch unwirtschaftlich. Der Klassenkonsum wird fortgesetzt durch indirekte Steuern um hunderte von Millionen belastet. Wenn einmal eine große Summe indirekter Steuern bewilligt wurde, so wurde die Frage der Finanzreform zurückgestellt, bis die Rot drängte, und das frivole Spiel begann von neuem. Es wurde oft wiederholt: dafür sorgten schon die immer größer werdenden Forderungen für Militarismus und Marinismus. Allmählich aber wird auch den bürgerlichen Parteien Angst. Sie wissen, daß die Bewilligung von Steuern ihnen die Sympathien weiter Volksteile kostet. Der süddeutsche demokratische Abgeordnete Hausmann hat kürzlich in Luitlingen richtig gesagt: „Es handelt sich bei der Reichsfinanzreform nicht um eine Regeneration der Reichsfinanzen, sondern der Gesamtpolitik, die diese Finanzreform verschuldet hat.“ Aber gerade die bürgerlichen Parteien, auch das Zentrum, tun nichts dazu, um diese Regeneration der Gesamtpolitik zu vollziehen. Das würde bedeuten eine Verrückung der bisherigen Militär-, Marine- und Kolonialpolitik, denn gerade diese zerrütten die Finanzen des Reiches. Vom dem Budget 1908, das sich auf circa 2750 Millionen Mark beläuft, verschlingt allein der Militarismus 1500 Millionen Mark. Eine Regeneration der Gesamtpolitik würde auch bedeuten eine Verrückung der jetzigen Zoll- und Steuerpolitik, die zugunsten der Agrarier die Massen belastet. 1250 Millionen fließen den Agrariern durch den Zolltarif in die Taschen.

Was nun das neue Projekt des Reichsschatzsekretärs Sydow anlangt, so ist es wohl am treffendsten gekennzeichnet von dem freimüthigen Abgeordneten Träger, der jüngst in Oldenburg sagte: die in Aussicht stehende Reichsfinanzreform sei nichts als eine wohlwollende Umschreibung für Steuererhöhungen.

Das haben wir längst festgestellt. Die Entwicklung der deutschen Reichsfinanzen ist eine für das Deutsche Reich äußerst traurige und besorgniserregende. Die Milliarden der französischen Kriegsschuld wurden sehr bald aufgebraucht. Die Einnahmen des Reiches flossen damals aus Zöllen, aus den Zuckern, Salz, Tabak, Bier- und Brauereisteuern und den Uebererträgen der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen sowie der Post- und Telegraphenverwaltung. Reichthum sei nicht aus, so mußten die Matrilinearbeiträge herhalten. Die Ausgaben betragen bis 1878 jährlich durchschnittlich 350 Millionen. Davon wurden 250 Millionen durch die Einnahmen aus Zöllen und Steuern und der Rest durch ungedeckte Matrilinearbeiträge aufgebracht. Die Einzelstaaten drängten natürlich nach Verrückung der Matrilinearbeiträge, durch welche ihr Etat schwer belastet wurde. Dieses Drängen der Einzelstaaten und die Steigerung der Ausgaben für das Heer, die kommen mußten nach dem Ausspruch Wolffes: Was wir mit den Waffen errungen haben, muß mit Waffen fünfzig Jahre lang verteidigt werden, führte dazu, daß Bismarck zur Schutzpolitik überging. Der Zolltarif von 1879 sollte dem Reich 3-400 Mill. Mark neue Steuern bringen. Insehr leider viel zu früh verordneter Genosse Brade geistelte es damals in seiner Schrift, daß dem Volk 300 Millionen neue Lasten auferlegt werden sollten. Er wurde vor den Nadi geschleppt. Aber nach Einführung des Zolltarifes ergab sich die Richtigkeit seiner Behauptungen. Später wurde dann in bezug auf die Matrilinearbeiträge eine besondere Bestimmung geschaffen insofern, als die über 130 Millionen hinausgehenden Einnahmen der neuen Zölle den Bundesstaaten überwiesen werden sollten. Die Ueberweisungen haben zeitweise die Matrilinearbeiträge weit überschritten, so daß die Einzelstaaten Geschenke vom Reich erhielten. In den letzten Jahren aber sind die Matrilinearbeiträge wieder ständig höher als

*) Nr. 124. Die den materiellen Interessen der bestehenden und herrschenden Klassen dienende, die Arbeiterklasse schwer schädigende und den Weltfrieden bedrohende Militär-, Marine- und Kolonialpolitik des Deutschen Reiches führt zu ununterbrochen steigenden Ausgaben, deren Deckung bei dem jetzt geltenden Steuerrecht nicht zu erlangen ist. Trotzdem seit dem Jahre 1888, dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers, die eigenen Einnahmen des Reiches von 821 Millionen Mark auf 1732 Millionen im Jahre 1907 gestiegen sind, ist in dem gleichen Zeitraum die Schuldenlast des Reiches von 720 Millionen Mark auf 4300 Millionen angewachsen.

Die Steuern des Reiches sind ungerecht und unwirtschaftlich. Durch die Zölle und Verbrauchsabgaben werden die ärmsten Klassen der Bevölkerung am stärksten getroffen. Dabei kommt nur ein geringer Bruchteil der Millionen, die die Steuerzahler ausgeben, in die Reichskasse. Den größten Teil der durch Getreide-, Vieh- und Fleischzölle, Garn-, Eisen- und andere sogenannte Schutzzölle auf Verbrauchsartikel der breiten Massen dem Volke abgenommenen Summen fließt in die Taschen der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten, die nur eine verhältnismäßig geringe Steuerquote für die Reichskasse leisten. Gesunde Finanzverhältnisse können nur geschaffen werden, wenn die Ausgaben für Militär, Marine und Kolonien herabgesetzt und die Steuern der Zahlungsfähigkeit der Steuerzahler angepaßt werden.

Der Parteitag protestiert gegen die Erhöhung bereits bestehender, sowie die Einführung neuer Steuern auf Rosenzweckartikel. Insbesondere protestiert der Parteitag gegen die dem russischen Steuerrecht entlehnte Vonderollensteuer auf Zigarren und Tabak sowie gegen die Erhöhung der Biersteuer. Ferner protestiert der Parteitag gegen Steuern auf Licht und Kraft (Petroleum, Gas, Elektrizität usw.).

Der Parteitag fordert die Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen steuerpolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern. Er fordert die Einführung einer stufenweise steigenden Reichs-Einkommen- und Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftsteuer durch Heranziehung aller größeren Erbschaften und Erhöhung der Steuerfüße nach dem Umfange des Erbgutes und nach dem Grade der Verwandtschaft, insbesondere die Erbschaftssteuerliche Heranziehung des Erbgutes für Ehegatten und Kinder.

die Ueberweisungen, so daß man von ungedeckten Matrilinearbeiträgen spricht. Auch als die Hunderte von Millionen neuer Einnahmen aus dem Zolltarif nicht ausreichten, wurden die Getreidezölle von 1 Mark pro Doppelzentner auf 3 und später auf 5 Mark erhöht, obgleich früher Bismarck erklärt hat, man müsse ihn für bekräftigt halten, wenn man annehme, daß er die Getreidezölle auf 3 Mark erhöhen wolle. Bis 1908 sind die Einnahmen aus den Zöllen und Steuern auf 1800 Millionen Mark angewachsen. Trotzdem die Summe nach Inkrafttreten des neuen Zolltarifes wieder gestiegen ist, haben wir doch wieder

ein großes Defizit

zu verzeichnen. Schon 1906 betrug das Defizit bei einem Reichsetat von 2400 Millionen mit der Anleihe 300 Millionen, 1907 ebensolch und 1908 betrug die Anleihe 200 Millionen, das Defizit im Ordinariat 124 Millionen. Reicherr v. Stengel gab damals als Hauptursache die erhebliche Steigerung der Ausgaben für die Naturabspflegung im Hercebet an. Damit berührt auch die Regierung, daß die Ausgaben für den Militarismus der Hauptgrund des Defizits sind. Zur Verrückung des Defizits forderte die Regierung 1906 neue Steuern in Höhe von 225 Millionen. Der Reichstag bewilligte nur etwa 170-180 Millionen. Aber insofern die schlechten, wirtschaftlichen Verhältnisse und des Verlangens einiger Steuern, besonders der Fahrartensteuer, kamen nur 140-150 Millionen ein. Für den kommenden Etat haben wir noch mit einem größeren Defizit zu rechnen. Bekanntlich sind der Regierung im vorigen Jahre keine neuen Steuern bewilligt worden. Reicherr v. Stengel legte sein Steuerbuckel nicht vor, um den Bestand des Bloks nicht zu gefährden. Er demissionierte und sein Nachfolger, Herr Sydow, ersah sich mit der sogenannten Reichsfinanzreform. Das Defizit, das jetzt zu decken ist, beläuft sich auf 410-420 Millionen. Ja, offiziösen Nachrichten zufolge, soll es sogar 500 Millionen betragen. (Hört! hört!) Darüber, wie das Defizit gedeckt werden soll, hat die Regierung uns im Dunkeln gelassen.

Die Geheimnistuerei,

die mit der Finanzreform getrieben wird, übertrifft alles bisher dagewesene. Es ist auch nicht möglich gewesen, etwa durch Veröffentlichung der neuen Steuerpläne in die Öffentlichkeit fideren zu lassen. Da hat vor 8 Tagen der Reichsschatzsekretär Sydow in der „Nordd. Allg. Zig.“ einige Grundzüge über die neue Reichsfinanzreform bekannt gegeben. Aber Näheres erfahren wir nicht. Er kündigt eine große, umfassende Reorganisation des gesamten Finanzgebarens an. Aber über die Art hat er verdammt wenig verlauten lassen, nichts als Stimmungsmacherei für die Bewilligung der neuen Steuern, eine Zeremonie über das Wachstum der Schulden des Reiches: 4 1/2 Milliarden jetzt schon, und im Laufe des Jahres ist ihr Anwachsen auf circa 5000 Millionen berechnet. (Hört! hört!) Im Vordergrund der Reform, sagt Sydow, muß eine feste Schuldentilgung stehen, und die Vermeidung neuer Schulden für unproduktive Anlagen. Ah, wenn der neue Schatzsekretär erst seine Hunderte von Millionen erhalten hat, wird er froh sein und an eine Schuldentilgungsreform nicht denken, denn sonst müßten die angeforderten Summen noch viel höher sein als circa 500 Millionen. Dann aber heißt es in der offiziösen Auslassung, es muß der Versuch gemacht werden, auf eine längere Reihe von Jahren - zum mindesten ein Jahrzehnt - die Grundzüge des Finanzplanes festzulegen. Eine dunkle, aber schwerwiegende Andeutung. Soll

das Budgetbewilligungsrecht des Reichstages

auf fünf Jahre außer Kraft gesetzt werden? Etwas anderes kann diese Erklärung gar nicht bedeuten. Dem Reichstage muß das Recht bleiben, alljährlich die Einnahmen und Ausgaben im voraus zu bestimmen. Auch die Matrilinearbeiträge sollen geändert werden. Das ist nichts neues. Man will sie „veredeln“; nicht mehr nach der Kopffzahl, sondern nach der Leistungsfähigkeit der Steuerträger der einzelnen Bundesstaaten sollen sie umgelegt werden. Ueber dieses Problem zerbrechen sich die Schatzsekretäre seit langen Jahren den Kopf, ohne eine Lösung zu finden. Wir werden die Pläne der Regierung abwarten müssen.

Ueber die direkten Steuern enthält das offiziöse Communiqué nichts anderes, als daß man die Nachlassbesteuerung weiter ausbauen wolle. Und doch ist

die Einführung direkter Steuern

für das Reich brennend geworden, und sie wird auch aus dem Block heraus gefordert, von Nationalliberalen und Freisinnigen. Aber nicht nur die Konserverativen, die Agrarier, auch das Zentrum ist gegen direkte Steuern. Nicht einmal eine gründliche Reform der Erbschaftsteuer wagt die Regierung vorzuschlagen. In den Kreisen der Agrarier hat man die Erbschaftsteuer mit so unsinnigen Gründen bekämpft, daß selbst ein Mann wie Adolf Wagner sich mit scharfen Worten gegen die von jener Seite vorgebrachten Argumente gewandt hat. Aber damit kam er schon an. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist über ihn hergefallen und hat ihn gehörig abgefängelt. Nur wir Sozialdemokraten sind für direkte Steuern, weil die indirekten Steuern die Arbeiter am meisten belasten. Das erkennen auch die anständigeren der Gegner unserer Bewegung an. Aber die Masse der Besitzenden kämpft gegen die Einführung direkter Steuern an. Charakteristisch ist ein Ausspruch von Adolf Wagner: „Gerade die „oberen“ Klassen, ihre politischen Parteien, ihre Vertreter in den Parlamenten im Reichstage sollten es als Ehrensache, die Konserverativen als die Konsequenz des Noblesse oblige ansehen, für die Einführung einer solchen Reichserbschaftsteuer, die sie selbst zu tragen haben, in der Debatte über die Reichsfinanzreform mit einzutreten, hier dem Volke das Banner voranzutragen, um die Pflichten gegen die Reichsfinanzreform zu erfüllen.“ Aber das nützt nichts, die bürgerlichen Parteien, speziell die Agrarier, kämpfen gegen die direkten Steuern und plädieren scharf für indirekte.

Welche indirekten Steuern

beabsichtigt nun die Regierung und vorzulegen? Darüber hüllt man sich in Schweigen. Gerade in diesen Tagen wird das neue Finanzprogramm in Berlin von den Finanzministern beraten, selbstverständlich unter strengster Geheimhaltung. Es ist der Plan einer Wehrsteuer durchgeführt, und diese Forderung wird hauptsächlich von den Agrariern propagiert. Ob die Regierung dafür ist, ist zweifelhaft. Noch vor zwei Jahren hat der preussische Finanzminister sich in der Budgetkommission des Reichstages scharf gegen ein solches Projekt gewandt. Aber wenn Finanzminister neue Steuern brauchen, dann lassen sie bekanntlich ihre Grundzüge fahren und nehmen, was sie kriegen können. Weiter hat man gesprochen von der Erhöhung der Biersteuer, einer Besteuerung des Tabaks, einer Reform der Branntweinsteuer, von einer Änderung der Weinsteuern, von einer Steuer auf Inzerate und besonders soll eine Gas- und Elektrizitätssteuer eingeführt werden. (Hört! hört!) Ueber die Höhe der Summe, die aus diesen einzelnen Steuerquellen fließen soll, ist noch kein Sterbenswörtchen verlautet. Bedenkt man aber, daß 400-500 Millionen erforderlich sind, um das Defizit zu decken, so kann man sich lebhaft vorstellen, daß die Steuern ungewöhnlich hoch sein müssen. Nach einer Mitteilung des „Berliner Postencouriers“ soll sich die Besteuerung auf Gas und Elektrizität auf 5 Proz. belaufen und 60 Millionen bringen. Das Bier soll 30 bis 40 und der Tabak 40 bis 50 Millionen einbringen. Was aus der Branntweinsteuer fließen soll, ist noch nicht bekannt, man spricht lediglich von einer Reformierung dieser Steuer. Ob damit eine Verrückung der Liebesgaben geplant ist, ist sehr zweifelhaft; die

Agrarier wenden sich mit Zähnen und Nägeln dagegen, die Regierung würde also einen schweren Stand haben, wenn sie eine Verrückung der Liebesgaben plant.

Wozin aber die Reform der Branntweinsteuer bestehen soll, wenn nicht in einer Verrückung der Liebesgaben, weiß ich nicht. Es ist also nicht voranzutreiben, wie die neuen Steuerentwürfe beschaffen sein werden, wir müssen ruhig abwarten, bis die Regierung sie dem Reichstage unterbreitet. Vielleicht gibt sie bald ihr Steuerprogramm bekannt.

Wenn man berücksichtigt, daß, soweit zu übersehen ist, von den neuen Steuern eine Einnahme von 300 Millionen zu erwarten ist, so wird man einsehen, daß wir uns noch auf weit höhere Beträge aus der Besteuerung gefaßt machen müssen, denn diese Summe reicht zur Deckung des Defizits nicht aus. Ich glaube also, nicht fehlzugehen in der Annahme, daß noch andere und weit höhere Steuern geplant werden. Selbstverständlich werden die Arbeiter durch die Steuern am meisten belastet. Deutschland geht schon jetzt allen Staaten in der

Steigerung der indirekten Steuern

voran. Diese sind von 7,15 auf 26,52 M. pro Kopf gestiegen. Für eine Familie von 5 Köpfen macht das 133 M. jährlich aus. Dazu kommt, daß die indirekten Steuern auf die arbeitenden Klassen noch in besonderer Hinsicht schlimmer einwirken als auf die Besitzenden. Die Lebensmittel, die die Besitzenden kaufen, sind von besserer Qualität als die, die die Arbeiter sich leisten können. Aber beide Qualitäten sind mit der gleichen Steuer belastet, so daß die Besitzenden Klassen auch hier wieder bevorzugt sind. Das erkennt auch Adolf Wagner an; er gibt dadurch die Richtigkeit dessen zu, was wir seit Jahrzehnten behauptet haben. Die Nachrichten über die neuen Steuerprojekte sind aber bisher nur durch die Presse gegangen. Die Regierung scheint es darauf abgesehen, durch verwirrende Nachrichten eine Unordnung in die Bekämpfung der neuen Steuerpläne zu bringen. Es besteht dabei eine bestimmte Absicht: die Massen sollen getäuscht werden, damit sie sich über die neuen Lasten nicht klar sind. Aber das sieht fest, daß alle Steuerobjekte außerordentlich schwer getroffen werden sollen.

Ich hebe besonders den Tabak hervor. Es wird uns nicht erspart bleiben, daß die Zigarrenindustrie mit der Vonderollensteuer bedacht wird. Zwar ist in der Presse auch die Rede von einer Erhöhung des Gewichtszolles. Der Zoll von 85 M. pro Doppelzentner ausländischen Tabaks soll auf 150 M. erhöht werden. Auch diese Besteuerung würde noch nicht die Summe von 150 Millionen ergeben, es muß also noch eine weitere Besteuerung in bezug auf den Tabak beabsichtigt sein, nämlich die Vonderollensteuer. Sie bedeutet aber den

Ruin aller kleinen Existenzen in der Tabakindustrie.

Behtausende von Arbeitern würden dadurch arbeitslos, die Konzentration der Tabakindustrie durch das Großkapital würde dadurch gefördert. Man spricht so viel von Mittelstandspolitik, aber die Steuerpläne der Regierung schlagen jeder Mittelstandspolitik ins Gesicht. Die Erhöhung der Tabaksteuer von 1870 durch den Zolltarif hat nicht nur weit über 10 000 Arbeiter brotlos gemacht, sondern auch eine ganze Reihe kleinerer Existenzen vernichtet. Anstatt Mittelstandspolitik betreibt man Mittelstandsmord. Man spricht davon, daß man mit dieser neuen Belastung dem Monopol zusteure. In der Tat würden die neuen Steuern mit den kleinen Existenzen aufräumen, so daß die Bahn für das Monopol frei wäre.

Die geplante Licht- und Kraftsteuer, die etwa 90 Millionen einbringen soll, würde den Mittelstand sehr belasten, indem sie die Produktion der kleinen Unternehmer, die diese Kraftquellen benutzen, erschwert. Den kleinen Unternehmern ist es nicht so leicht wie den Großkapitalisten, die Steuern auf die Konsumenten abzuwälzen. Diese Steuern werden also auch wieder die Wirkung der Konzentration des Kapitals haben und damit zur weiteren Verschärfung des Klassenkampfes führen.

Auf die Besprechung der weiteren Steuerprojekte muß ich mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit verzichten. Zweifellos wird die Blokmehrheit des Reichstages durch die neue Steuerentwürfe ins Gedrängte kommen. Die Freisinnigen werden vom Zentrum zur Bewilligung gedrängt. Das Zentrum hat sich der Regierung zur Hilfe im äußersten Fall bereits angeboten und dadurch kommen die Freisinnigen, die Regierungspartei bleiben wollen, in die Klemme und werden unter das laudimische Joch kriechen müssen. Das Zentrum befindet sich in günstiger Position. Trotzdem es der Regierung seine Hilfe anbietet, führt es die Opposition gegen einzelne Projekte. Diese demagogische Haltung des Zentrums muß von der Sozialdemokratie kritisiert werden. Wir müssen feststellen, daß das Zentrum mitschuldig ist an dem Unglück, das durch die neuen Steuern über die Massen gebracht wird. Die Gefahr, daß die neuen Steuern von der Wohlmeinigkeit bewilligt werden, ist groß. Daher muß die sozialdemokratische Partei gegen die neuen Lasten, die im Reich dem Volke aufgeschleppt werden sollen, die schärfste Opposition machen. Unsere Forderungen sind in der Resolution niedergelegt, die Ihnen unterbreitet worden ist. Wir protestieren gegen dieses System der Ausbeutung der Massen und kämpfen dagegen mit aller Macht an. Die Massen müssen aufgerufen werden zum Kampf gegen die neue und ungeheure Belastung, die durch die neuen Steuerprojekte geplant ist. (Lebhafter Beifall.)

Die Resolution wird hierauf einstimmig angenommen.

Abdann wird der

Bericht der Beschwerdekommision

entgegengenommen.

Seger-Leipzig

erstattet ihn.

Der erste Fall betrifft den Antrag von Dobruch-Berlin auf Wiederaufnahme in die Partei. Der fünfte Wahlkreis hat ihn ausgeschlossen, weil er einen Genossen in verlesener Weise Weise des Umgangs mit der Kriminalpolizei bestraft hatte und weder in den Vorstandssitzungen noch in der Schiedsgerichtsbehandlung Weise für seine Behauptungen hatte beibringen können. Beschwerde bei der Kommission hat er nicht eingelegt. Die Beschwerdekommision empfiehlt dem Parteitag, dem Antrag auf Wiederaufnahme in die Partei nicht stattzugeben.

Der Parteitag beschließt so.

Der zweite Fall betrifft das im Jahre 1899-1900 von der Dortmunder Organisation aus der Partei ausgeschlossene, ehemalige Mitglied Siebel. Er hat einen, von einigen Genossen mitunterzeichneten Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens von 1899-1900 an den Parteitag gestellt, also nicht - wie es dem Statut entsprechen sollte - einen Antrag auf Wiederaufnahme in die Partei.

Er behauptet, ihm sei seinerzeit keine Gelegenheit zur Verteidigung gegeben, weil er wegen einer dringenden Geschäftsreise nicht habe erscheinen können, und die Ausschließung trotzdem abgehalten worden sei. Sein Ausschluß sei wegen Streitigkeiten erfolgt und weil er Artikel über interne Parteivorgänge in die bürgerliche Presse gebracht habe. Der Dortmunder Vertreter bestreitet seine Behauptung über die nicht genügende Gelegenheit zur Verteidigung. Eine Wiederaufnahme des Verfahrens steht das Organisationsstatut nicht vor, und eine Prüfung des Materials aus jener Zeit ist ja auch kaum möglich. Die Beschwerdekommision empfiehlt dem Parteitag, dem Antrag Siebel abzulehnen.

Sachse-Dachau:

Siebel ist bei mir gewesen und hat mir dieselben Gründe genannt, die der Berichterstatter vorgebracht hat. Er beruft sich weiter darauf, ein Vorhandenmittel habe ihn, gesagt, der Dort-

anderer Verein sei gar nicht in der Lage, ihn auszuschließen, sondern das könne nur im Schiedsgerichtsverfahren geschehen. Der Mann behauptet, es sei ihm Unrecht geschehen.

Seger-Leipzig:

Der vorjährige Parteitag hat beschlossen, und das mußte Siebel wissen, daß der damalige Verein in Dortmund statutengemäß sehr wohl berechtigt war, ihn aus der Partei auszuschließen. Die Wiederaufnahme eines früheren Verfahrens ist unmöglich. Es ist Siebel anheimzustellen, sich in der Organisation von neuem zu melden und seine Wiederaufnahme in die Partei zu beantragen, dann wird darüber verhandelt werden.

Der Parteitag beschließt nach dem Entschluß der Beschwerdekommision.

Die dritte Angelegenheit betrifft den Ausschluß des ehemaligen Parteigenossen Sprenger aus Mannheim. Sprenger ist vor 2 1/2 Jahren wegen Streikbruchs aus der Partei ausgeschlossen worden. Er hat in einer Kasse, in der er als Packer tätig war, zwei Tage gearbeitet, berichtet, wie sie gelehrten Arbeitern zusammen. Gewerkschaftlich organisiert war er nicht. Er beantragt Wiederaufnahme in die Partei. Die Beschwerdekommision empfiehlt dem Parteitag zuzustimmen und, wie es auch die Gewerkschaften tun, ein solches Streikvergehen nach einer gewissen Zeit als gesühnt zu erachten, zumal der Fall hier ganz besonders milde liegt und Sprenger jahrelang als organisierter Parteigenosse seine Pflicht getan hat.

Der Parteitag beschließt so.

Der vierte Fall betrifft das ehemalige Parteimitglied Paul Jahn in Berlin. Die Angelegenheit hat schon mehrere Parteitage beschäftigt. Nach der Essener Parteitag hat die Wiederaufnahme in die Partei, die jetzt wiederholt wird, abgelehnt. Jahn beruft sich jetzt auf die Befürwortung Jurels. Dieser hat der Kommission erklärt, daß er besondere Gründe nicht vorbringen könne, sondern nur den allgemeinen Grund, daß, wenn ein Vergehen gesühnt sei und der Fall nicht sehr schwer liege, man es mit einer kürzeren Ausschlusszeit bewenden lassen solle. Die Kommission empfiehlt dem Parteitag Ablehnung des Antrages.

Der Parteitag beschließt so.

Hinstens liegt ein Antrag des ehemaligen Parteigenossen Schröder in Berlin auf Wiederaufnahme in die Partei vor. Er ist vor zwei Jahren ausgeschlossen worden, weil er Parteigelde unterzahlt, Listen gefälscht und Parteigenossen zu Unrecht die Vergebung bezichtigt hat. Die Kommission ist der Ansicht, daß dem Antrage für jetzt wenigstens nicht stattgegeben werden kann und empfiehlt Ablehnung, wie es auch schon der vorige Parteitag beschlossen hat.

Der Parteitag beschließt auch hier nach dem Entschluß der Beschwerdekommision.

Der sechste Fall betrifft den Leiter des „Allgemeinen Metallarbeiterverbandes“, Wiesenhal in Berlin. Der vorjährige Parteitag hat lediglich auf die Verhandlungen der Partei mit den Sozialorganisationen wegen Verschmelzung mit den Zentralverbänden beschlossen, daß der Ausschluß aus der Partei vorläufig unterbleibe und die Angelegenheit dem diesjährigen Parteitag überwiesen. Gründe sind das organisatorische Zerfallende und arbeiterschädigende Treiben, ferner die Verleumdungen, die Wiesenhal gegen die Leiter des Metallarbeiterverbandes in Berlin ausgesprochen hat. Die Kontrollkommission hat in Uebereinstimmung mit der Entscheidung des Schiedsgerichts den Antrag auf Ausschluß abgelehnt, weil Mitglieder der Nobilitationsorganisation erklärt haben, die Abspaltung vom Metallarbeiterverband wäre auch ohne Zutun Wiesenhals erfolgt. Wegen die Entscheidung der Kontrollkommission ist dann Refus an den Parteitag in Essen eingelegt worden. Der Antrag der Beschwerdekommision geht dahin, der Beschwerde gegen den Ausschluss Wiesenhals beizustimmen und damit Wiesenhal aus der Partei auszuschließen.

Maler-Goldberg ergänzt die Ausführungen des Berichtserstatters, daß Wiesenhal bei seiner mündlichen Vernehmung der Kommission des Essener Parteitages erklärt hat, er würde unter keinen Umständen mehr aus dem „Allgemeinen Metallarbeiterverband“ austreten, lieber lasse er sich hängen. Das habe die Kommission bestimmt, seinen Ausschluß aus der Partei zu empfehlen. — Der Parteitag beschließt gemäß dem Antrag der Beschwerdekommision.

Der siebente Fall des Genossen Ratzig-Hamburg hat die Parteiführungen schon mehrere Male beschäftigt. Er hat bei der zuständigen Parteioffizier den Antrag auf Ausschluß eines Genossen aus der Partei gestellt, gegen den ablehnenden Bescheid des Vorstandes Beschwerde beim Landesvorstand erhoben und dann beim Parteivorstand sowie darauf bei der Kontrollkommission angefragt, ob alle diese Instanzen richtig gehandelt hätten. Die Beschwerdekommision empfiehlt dem Parteitag, die nunmehrige Beschwerde von Ratzig gegen den Parteivorstand und die Kontrollkommission zurückzuweisen. — Der Parteitag beschließt so.

Der achte Bericht betrifft die Angelegenheit Rehlings-Wüdehelm t. Oberhessen, der Verurteilung gegen die Entscheidung der Kontrollkommission eingelegt hat. Er ist wegen ehelicher Handlungen von Ortsverein aus der Partei ausgeschlossen worden. Ein Schiedsgericht hat den Ausschluß aufgehoben, da ein Ortsverein aus der Partei nicht ausschließen kann, und hat dem Genossen für sein Verhalten eine Rüge erteilt und ihm gesagt, er möge sich an einem anderen Orte wieder in die Partei aufnehmen lassen. Hiergegen hat der Ortsverein Beschwerde bei der Kontrollkommission erhoben. Diese hat die beiden vorhergehenden Urteile aufgehoben und nach sachlicher Prüfung der Materie beschlossen, daß Rehlings wegen ehelicher Handlungen aus der Partei ausgeschlossen werde. Die Beschwerdekommision beantragt die Zurückweisung der hiergegen eingelegten Beschwerde Rehlings. — Der Parteitag beschließt so.

Es folgt der Bericht der Kommission über die Jugendorganisation.

Dazu liegt die Resolution 139* mit der dazu gehörigen Deklaration vor.

Verichterstatler

Gaase-Königsberg:

Sie werden es verstehen, wenn ich bei der vorgetragenen Zeit des Parteitages mich mit den proletarischen Erziehungsproblemen nicht beschäftige, sondern mich auf die Frage der Jugendorganisationen

*) Resolution 139: Die Förderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ist eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse.

Der Parteitag verpflichtet die Organisationen, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterjugend im Sinne der proletarischen Weltanschauung erzogen werde.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind Vorlesungen zu veranstalten, die dem Lernungsvermögen der Jugend angepaßt sind. Daneben ist durch Veranstaltungen ersten und höheren Inhalts, sowie durch Sport und Spiel und Unterhaltung die Geselligkeit zu pflegen. Zu diesem Zwecke sind in den einzelnen Orten besondere Kommissionen zu bilden. Die Kommissionen werden aus Vertretern der örtlichen Parteioffizier und der Gewerkschaftskomitee unter Hinzuziehung von Vertrauenspersonen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zusammengesetzt. Der Kommission soll mindestens eine Genossin angehören.

Die Teilnahme an den Vorlesungen und — so weit es möglich ist — auch an den Veranstaltungen ist unentgeltlich.

Die Kommissionen sollen dahin wirken, daß die Gewerkschaftskomitee für den Belehrlingsnachwuchs eintritt. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand mit der Herausgabe eines Organes zur Aufklärung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. Die wirtschaftliche Interessenvertretung und die Entscheidung über politische Parteifragen bleibt nach wie vor lediglich Aufgabe der gewerkschaftlichen und politischen Organisation.

Deklaration: Diese Resolution ist so aufzufassen, daß der Betätigung von lokalen Jugendorganisationen unpolitischen Charakters, die unter Mitbestimmung Erwachsener ihre Verwaltung selbst führen, nichts im Wege steht. Die Kommissionen

beschränkt. Im Namen der Kommission habe ich Sie zu bitten, es bloc unseren Beschluß anzunehmen. Die Kommission nimmt nicht etwa an, daß sie eine endgültige Lösung der Organisationsfrage gefunden hat, sie ist aber nach gründlicher Beratung zu der Auffassung gelangt, daß in der gegenwärtigen Situation etwas Besseres nicht gefunden werden kann. Der empfohlene Weg ist in jedem Falle sehr wohl geeignet, die Erziehung der proletarischen Jugend zu fördern. Sollte aus dem Bedürfnis der Praxis eine andere Organisationsform herauswachsen, so wird die Partei sicherlich nicht verärgert — im Einverständnis mit den Gewerkschaften — das Bessere an die Stelle des Guten zu setzen. Wir haben uns den Vorschlägen der Parteileitung in den meisten Punkten anschließen können. Eine wesentliche Änderung bezieht sich auf Absatz 5 der Resolution der Parteileitung, der sowohl in Parteiversammlungen, wie namentlich auch in den Tagungen der Jugendlichen die allerhöchste Achtung erfahren hat. Nachdem in der Resolution in den Absätzen 3 und 4 die Aufgaben der Jugendbewegung dargelegt sind, heißt es im Absatz 5: „Damit diese Zwecke auch ohne besondere Jugendorganisationen erreicht werden können, sind in den einzelnen Orten Kommissionen für die Jugendorganisation zu bilden.“ Dieser in Vorschlag gebrachte Wortlaut hat, wie auch die dem Parteitag vorliegenden zahlreichen Anträge beweisen, vielfach die Ansicht hervorgerufen, daß den selbständigen Jugendorganisationen damit das Lebenslicht ausgeblasen werden soll. Genosse Müller hat nun bereits in seinem Geschäftsbericht im Auftrage des Parteivorstandes ausgeführt, daß dies nicht beabsichtigt sei, daß jene ominösen Worte falsch ausgelegt worden seien. Wir haben, um jede Mißdeutung auszuschließen, diese Worte gestrichelt, so daß der Absatz 5 jetzt lautet:

„In diesem Zwecke sind in den einzelnen Orten besondere Kommissionen zu bilden.“

Wir sind aber noch darüber hinaus der Meinung gewesen, daß die bloße Streichung dieses Passus nicht ausreicht, sondern haben es für erforderlich gehalten, unserer Auffassung durch

eine Deklaration

eine bestimmte, klare Deutung zu geben. Sie lautet:

„Die Resolution ist so aufzufassen, daß der Betätigung von lokalen Jugendorganisationen unpolitischen Charakters, die unter Mitbestimmung Erwachsener ihre Verwaltung selbst führen, nichts im Wege steht.“

Die selbständigen Jugendorganisationen sind eine Schöpfung der Jugendlichen selbst. Früher als Partei und Gewerkschaften haben die Jugendlichen erkannt, wie wichtig die Zusammenfassung der proletarischen Jugend für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse ist. Dieses Bedürfnis ist auch auf dem Gewerkschaftsfest anerkannt worden. Die Jugendlichen haben sich früher geregelt als wir, und haben sich dadurch schon das Existenzrecht erkämpft. Die bestehenden unpolitischen Organisationen sind auch im Rahmen des neuen Vereinigungsvertrages zulässig. Es kann deswegen nicht die Aufgabe der Partei, ebenso wenig wie die Aufgabe der Gewerkschaften sein, diesen Jugendorganisationen ein Ende zu bereiten. Die selbständigen Jugendorganisationen können freilich nicht eine Einrichtung der Partei als solcher sein. Sie können schon aus vereinsgesetzlichen Gründen der Partei nicht organisatorisch angegliedert werden. Aber unpolitische Jugendorganisationen, die aus innerer Kraft heraus an dem Werke der Erziehung der proletarischen Jugend arbeiten, werden sich immer wieder Anerkennung verdienen. Nach der Deklaration haben wir es aus Erziehungsgründen für selbstverständlich gehalten, daß — soweit solche selbständigen Jugendorganisationen existieren — sie die Selbstverwaltung haben. Nur dann wird Lust und Liebe der Jugendlichen für solche Organisationen geweckt werden können, nur dann können die Jugendlichen zum starken Verantwortlichkeitsgefühl, zur Selbstständigkeit gelangen, nur dann können sie innerhalb der Organisationen zu geistigen Persönlichkeiten, zu selbständigen Charakteren heranreifen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Jugendlichen nicht unter sich bleiben, sondern daß die Erwachsenen eine Mitbestimmung haben. Welche Aufgaben die Erwachsenen zu erfüllen haben, werde ich noch ausführen. Wir sind davon ausgegangen, daß solche Jugendorganisationen, wie sie einen unpolitischen Charakter haben müssen, auch nur lokalorganisiert sein sollen. Ich habe — namens der Kommission — zu erklären, daß damit nicht ausgeschlossen worden ist, daß den Organisationen etwa ein Verbindungsverband auferlegt werden soll. Es ist sehr wohl zulässig, daß sich eine Zentralstelle bildet, etwa zur Sammlung von Material. Aber was mit aller Bestimmtheit hat ausgeschlossen werden sollen, ist eine Zentralisierung der lokalen Organisationen. Von allen anderen Gründen abgesehen, ist eine solche Zentralisierung schon deswegen unmöglich, weil Gebilde, die noch gar nicht fertig sind, die sich erst entwickeln sollen, unmöglich schon zu einer Zentralisierung zusammengefaßt werden können. Wir haben es nicht für nötig gehalten, noch besonders auszusprechen, daß die Grenze des Lebensalters für die Mitglieder dieser Organisation das vollendete 18. Lebensjahr sein soll. In der Resolution ist zunächst festgesetzt, was die Partei als solche für Aufgaben zu erfüllen hat. Sie soll vollkommen selbständige Organisationen schaffen.

Kommissionen,

die aus Vertretern der Partei, der Gewerkschaften und aus Vertrauenspersonen der Jugendlichen zusammengesetzt sein sollen. Auch in diesen Kommissionen sollen die Jugendlichen gehört werden, es soll nicht über ihre Köpfe hinweg entschieden werden. Die Partei wird durch diese Kommissionen ihr Augenmerk vor allem darauf zu richten haben, daß überall Jugendheime errichtet werden, die einen Sammelplatz für die Jugend bilden. Es ist in der Kommission betont worden, wie wichtig solche Jugendheime für die Erziehung gerade unserer proletarischen Jugend sind. Es müssen freundliche, behagliche Räume sein, in denen die Jugend die Geselligkeit pflegen könne. Weg von den Straßen, weg aus den Kneipen — das muß das Motto der jugendlichen sein. (Beifall.) Wichtig ist es nun, wie die Erwachsenen ihren Pflichtenkreis ausfüllen. Und in dieser Beziehung sage ich, daß die besten Parteigenossen, die besten Gewerkschaftler nur gerade gut genug sind, um ihren Einfluß auf die Jugend auszuüben. (Sehr richtig!) Der ganze Erfolg wird wesentlich davon abhängen, welche Personen an der Spitze stehen. Es darf niemand in den Stuhl kommen, als Schulmeister der Jugendlichen aufzutreten zu wollen und etwa die Schuljahre für die Jugendlichen zu deren Qual verlängern. Nur Persönlichkeiten, die sich in die jugendliche Seele zu versenken vermögen, die mit Liebe mit den Jugendlichen zusammenarbeiten können und wollen, dürfen zu dieser Arbeit berufen werden.

Das Jugendorgan,

das der Parteivorstand ins Leben rufen will, wird die Aufgaben auf diesem Gebiete unterstützen müssen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der Parteivorstand sein Bestes daransehen wird, um das Organ gut auszugestalten. Wir sind nicht im Zweifel darüber gewesen, daß die Herausgabe des Organes dem Parteivorstand zu überweisen ist. Den Bildungsausschuß damit zu betrauen, wie es angeregt ist, ist schon deshalb nicht angängig, weil es sich hier um eine finanzielle Frage handelt. Der Parteivorstand hat diese Aufgabe zu erfüllen. Allerdings muß der Bildungsausschuß innerhalb seiner Kompetenz mit herangezogen werden. Wir haben in der Resolution den Schlusssatz wiederholt, den Sie auch in der Resolution des Parteivorstandes und des Gewerkschaftskongresses finden. Es ist gesagt, der Passus sei überflüssig. Was darin ausgesprochen ist, beruht sich auf selbst. Daß die Jugendlichen in ihren Organisationen, die ja nur unpolitisch sein können, nicht die politischen Parteifragen entscheiden können, das ist ja schon gesetzlich ausgemacht. Aber es bestand die Befürchtung, daß sie übergreifen könnten in das Gebiet, das den Gewerkschaften vorbehalten bleiben muß, daß sie die Kreise der Gewerkschaften betreten könnten. Ich habe die Aufgabe zu erklären, daß damit nur gemeint sein soll, die Jugendorganisation darf nicht in Lohnkämpfe der Gewerkschaften eingreifen. Alinea 2 ist es den Jugendlichen verwehrt — ja, das wird geradezu ihre Aufgabe sein —

die Mißstände in der Behandlung der Lehrlinge und der jugendlichen Arbeiter festzustellen, Material zu sammeln, Anregungen zu geben, und die Belehrlingskommissionen, welche die Gewerkschaften einsetzen sollen, werden dankenswerte Anregungen, dankenswertes Material aus diesen Kreisen erlangen. So werden alle Konflikte vermieden, so, glaube ich, wird ein Feld einer reichen Betätigung geschaffen. Parteigenossen und Parteigenossinnen! Ihre, der Delegierten Aufgabe wird es sein, wenn Sie nach Hause kommen, die Genossen und die Genossinnen anzufeuern, daß sie ihre Kinder der Jugendbewegung zuführen, damit wir bald alle Organisationen, die von katholischer und anderer Seite gegründet worden sind, überflüssig sind. Wenn wir schon in das Herz des Kindes die Saat des Sozialismus streuen, wenn wir unsere Kinder dem Sozialismus zuführen — und sie werden durch vor geistiger und physischer Verwahrlosung geschützt — dann werden wir ihnen die Quelle des Wissens eröffnen. Wir werden sie erfüllen vor allem mit der Blut des Idealismus. Dann werden wir ihnen selbst einen vollen Lebensinhalt geben, und wir werden auf dem Vormarsch zu unserem hohen Ziele unüberwindbar sein. (Beifall.)

Hierauf wird die Resolution 139 mit der Deklaration debattelos einstimmig angenommen. Damit erledigen sich die Anträge 28-30.

Singer:

Ich stelle die einstimmige Annahme fest und wünsche und hoffe, daß die neue Waffe, die die Partei sich geschaffen hat, dazu beitragen wird, die Jugendlichen mit dem Geiste des Sozialismus zu erfüllen, damit sie demolein als Mitglieder in dem Kampf für die Befreiung des Proletariats tatkräftig mitwirken können. (Bravo!)

Es folgt die Beratung der Anträge, die sich auf die Agitation beziehen. (Anträge 8, 9, 10, 11, 12, 108, 110.)

Von diesen Anträgen ist der Antrag 12 erledigt.

Die Anträge 10, 11 und 108 werden nicht unterzählt. Es stehen also nur die Anträge 8, 9 und 110 zur Debatte.

Antrag 8 wird von

Leber-Jena

begründet: Der Parteivorstand hat und ja in den letzten Jahren eine ganze Masse Agitationsmaterial geliefert, so die „Parteiliteratur“, so Flugblätter, in denen die Tätigkeit der Gegner beleuchtet wird, so das parlamentarische Handbuch, das nach jeder Legislaturperiode erscheint. Aber uns fehlt das Material, das unseren Gegnern, den Reichsverbändlern und Antifeministen, über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei im Reichstage zur Verfügung steht. Sie konnten angeben, wie die sozialdemokratische Partei sich zu jedem einzelnen Gesetze gestellt hat. Ganz dasselbe müssen wir über die Abstimmungen unserer Gegner im Reichstage besitzen. Ein solcher Leitfaden — vielleicht in Buchform — würde der Agitation sehr viel nützen.

Spannath-Berlin:

Dieser Antrag könnte höchstens der Parteileitung zur Erwägung überwiesen werden. Der Parteivorstand hat zunächst noch einen Beschluß des Parteitages in Essen auszuführen: die Herausgabe einer Zusammenstellung der von der sozialdemokratischen Partei im Reichstage gestellten Anträge in chronologischer Reihenfolge. Diese Arbeit ist noch nicht abgeschlossen, sie ist noch in Korrektur. Uebrigens war es eine Aufgabe, die außerordentliche Mühe gemacht hat. Nun will der Antrag, daß wir über die Tätigkeit jeder bürgerlichen Partei im Reichstage dieselbe Ueberlicht besitzen. Ja, man hat sich nicht einmal darauf beschränkt, etwa nur die letzten Legislaturperioden in Betracht zu ziehen. Im laufenden Geschäftsjahre kann der Antrag so, wie er lautet, nicht erledigt werden.

Der Antrag wird dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Antrag 9 beantragt die Genossin Grünberg dem Vorstande zur Erwägung zu überweisen. Die Ueberweisung wird debattelos beschlossen.

Antrag 110 begründet

Zielfeld:

Ueber die Notwendigkeit, die elenden Rechtsverhältnisse der ländlichen Dienstboten zu verbessern, brauche ich nicht erst zu reden. Die erkennen jeder von uns an. Leider besteht keine Hoffnung, daß die Einzelstaaten oder das Reich zu einer solchen Schöpfung die Hand bieten. Wären die bürgerlichen Parteien dazu gewillt gewesen, so hätten sie bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches die besten Gelegenheiten dazu gehabt. Sie haben das damals nicht getan und werden es auch heute nicht tun. Ich will nur ein Beispiel anführen, wie notwendig es ist, den Dienstboten die Möglichkeit zu geben, durch eine Verkürzung der Kündigungsfrist den Quellen zu entriemen, denen sie unter Umständen ausgesetzt sind. Ich habe hier eine Klage in der Hand, die ein ländliches Dienstmädchen beim Amtsgericht Teudera eingereicht hat. Sie beschwert sich darüber, daß ihr verheirateter Dienstherr sie in ungebührlicher Weise belästigt hat, so daß sie den Dienst verlassen mußte, und fragt nun auf Herausgabe ihres rückständigen Lohnes in Höhe von 40,50 M. und ihres Dienstbuches. Die Folge der Klage war die, daß das Mädchen zu 15 M. Geldstrafe wegen unbesugten Verlassens ihres Dienstes verurteilt wurde. Noch heute ist sie nicht im Besitze ihres Lohnes und Dienstbuches. Solche Fälle kommen hunderte Male vor.

Nun lassen sich aber jetzt schon die Bestimmungen der Dienstordnung aus der Welt schaffen, sobald ein besonderer Vertrag mit genauen Bestimmungen über Kündigungsfrist abgeschlossen wird. Ich habe einen solchen Vertrag hier, der sogar mit einem konfessionellen Arbeitgeber abgeschlossen ist. Er lautet in wesentlichen:

1. Der Dienstnehmer hat alle seinen Kräften angemessenen Arbeiten in der Haus- und Landwirtschaft des Dienstgebers zu verrichten.

2. Als Vergütung genötigt der Dienstgeber a) eine monatliche Vergütung als Lohn von . . . M., b) Beköstigung und Bekleidung.

3. Werden aus besonderen Anlässen Geschenke gegeben, so sollen diese nicht auf den Lohn angerechnet oder zurückgefordert werden dürfen.

4. Die Kündigungsfrist beträgt 4 Wochen, von dem Kündigungsrecht Gebrauch zu machen, steht dem Dienstgeber wie dem Dienstnehmenden (oder seinem gesetzlichen Vertreter) jederzeit zu.

5. Für das Dienstverhältnis sind lediglich die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (die §§ 611 bis 630) maßgebend.

Ein solcher Vertrag enthält alles Nötige. Der springende Punkt ist der, daß der Dienstnehmer zu jeder Zeit kündigen und den Dienst verlassen kann. Diese Bestimmung bringt schließlich auch die anderen Verbesserungen mit sich. Deshalb ziehe ich einen solchen Vertragsentwurf dem Statthalterischen Formulare vor, das noch eine Reihe anderer Dinge umfaßt. Die Möglichkeit, denartige Verträge abzuschließen, muß allgemein bekannt werden. In allen Agitationskalendern, in Zeitungen, Briefkastennetzen, durch Artikulare des Parteivorstandes an die Parteisekretariate muß auf die Möglichkeit hingewiesen werden.

6. Weimar III: Der Parteitag möge beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, alsbald die Herausgabe von kurzen Leitfäden der Geschichte der einzelnen bürgerlichen Parteien herauszugeben. Diese Leitfäden sollen jede Partei getrennt behandeln, deren Programme enthalten, sowie deren Stellung in den wichtigsten Gesetzesvorlagen kurz präzisieren.

7. Zürich: Der Parteivorstand möge ein zur Agitation unter den Frauen geeignetes Flugblatt herauszugeben, welches in ganz Deutschland zur Verteilung gelangen soll.

110. Raumburg-Weihensteph-Zeig: Eine über das ganze Reich sich erstreckende Agitation durch die Parteipresse und Flugblätter soll darauf aufmerksam machen, daß durch private Vereinbarung vor Eingehen eines ländlichen Dienstverhältnisses die von der Gefindeordnung festgesetzte Kündigungsfrist aufgehoben werden kann.

Häufig verwiesen werden, bezügliche Vereinbarungen zu schließen, und damit die reaktionäre Dienstordnung außer Kraft zu setzen. Ich bitte Sie, den Antrag 110 anzunehmen.

Der Antrag 110 wird angenommen.

Es folgt eine Gruppe von Anträgen, die Presse und Literatur betreffend.

Die Anträge 55*, 58, 61, 63, 66 gehen zur Diskussion.

Die Anträge 53 und 54 auf Schaffung eines Jugendorgans werden zurückgezogen. Der Antrag 55 wird ohne Diskussion angenommen.

Zum Antrag 58 bemerkt

Hug-Zant:

Der Preis der „Neuen Zeit“ sei nicht hoch, wenn aber die „Neue Zeit“ in den Massen möglichst Verbreitung finden soll, so müßte der Preis noch niedriger sein. Wir wünschen daher, daß der Parteivorstand untersucht, ob eine Verbilligung der „Neuen Zeit“ möglich ist.

Singer:

Nach den letzten Worten des Antragstellers darf ich annehmen, daß er wünscht, daß der Antrag dem Vorstand zur Erwägung überwiesen werden soll.

Der Parteitag beschließt so.

Gegen den Antrag 61 wendet sich **Pfannkuch:** Jedes sozialdemokratische in Deutschland erscheinende Blatt steht unter Kontrolle einer Preiskommission. Diese wird schon Remedur schaffen, wenn die in dem Antrage gerügten Mängel eintreten.

Der Antrag 61 wird abgelehnt.

Der Antrag 63 wird ohne Diskussion angenommen.

Den Antrag 66 begründet

Rudolf-Frankfurt a. M.:

Aus dem Material, das uns veranlaßt hat, den Parteivorstand zu eruchen, sich um die Preisfestsetzung zu kümmern, möchte ich einiges mitteilen. Die einzelnen Agitationsblätter sind erfreulicherweise befreit, ihren Literaturvertrieb möglichst zu heben, aber unsere Buchhandlungen erfordern bedeutende Zuschüsse, auch die in Frankfurt a. M. Bei dem Vertrieb der „Morgenzeit“ wurde bei einem Bedarf von 8000 Exemplaren der Preis auf 6 Pf. festgesetzt. Derselben Preis brauchten aber auch die nur zahlen, die lediglich zehn Exemplare bezogen. Als Finanzer Buch „Das Ende des Reiches“ herauskam, betrug der Verkaufspreis 5 M., netto 3,50 M., am 6. März vorigen Jahres. Aber bereits 14 Tage später, am 21. März, wurde dasselbe Werk in der „Bildauer-Heitung“ für 2,50 M. angeboten. Natürlich konnten wir da die Bestände, die wir für 3,50 M. angekauft hatten, nicht los werden. Von dem Buch „Die Berliner Arbeiterbewegung“ von Vornstein wurde der Berliner Genosse das Best für 20 Pf. gelieft, während der Verkaufspreis im übrigen 30 Pf. beträgt. Liebste Hochverratsbrochüre kostete 50 Pf., netto 35 Pf. Den Gewerkschaften aber wurde diese Brochüre ohne Umschlag für 15 Pf. angeboten. Auf Grund dieses Materials, das ich natürlich noch weit vermehren könnte, bitte ich Sie, unseren Antrag anzunehmen.

Winkler-Freiburg:

spricht ebenfalls für den Antrag. Wir haben im letzten Jahre 100 Broschüren über die Alkoholfrage für 20 Pf. bezogen und wenige Tage darauf konnte die Generalkommission die Mittelteilung machen, daß sie diese Broschüre für 10 Pf. zur Verfügung stellt.

Bruns-Berlin:

Die Einrichtung der Herausgabe von billigen Agitationsbroschüren besteht schon seit vielen Jahren. Die Buchhandlung Vorwärts kann nicht nur dafür sorgen, daß die einzelnen Parteibuchhandlungen Geschäfte machen, sondern sie muß auch dafür sorgen, daß die Literatur so weit wie möglich in die Kreise der Parteigenossen hineinkommt. Deshalb stellt sie stets sogenannte Agitationsausgaben auf billigem Papier in Rotationsdruck von den Vorwärts her. Bei einer Reihe von Broschüren hat die Vorwärts-Buchhandlung nicht verdient, sondern Zuschüsse geleistet. Auch von der Broschüre über die Alkoholfrage ist eine billige Massenausgabe erschienen und eine andere auf besserem Papier, die durch die Buchhandlungen vertrieben worden ist. Wenn die Buchhandlung Vorwärts nicht in Kommission liefert, so geschieht das deshalb, weil sie sonst von vielen unserer Parteibuchhandlungen, deren Organisation manchmal viel zu wünschen übrig läßt, eine Masse Material zurückbekommen würde. Der Preis der „Berliner Arbeiterbewegung“ für Berlin beruht auf einem Uebereinkommen der Buchhandlung Vorwärts mit den eigenhändigen Herausgebern, nämlich den Berliner Parteigenossen, nach welchem die Berliner Parteigenossen das, was die Buchhandlung Vorwärts etwa zusetzt, wieder ersetzt. Der Parteivorstand hat natürlich auch jetzt schon das Recht, in die Preisfestsetzung hineinzugreifen. Er würde aber auch zu keinem anderen Resultat kommen.

Rudolf-Frankfurt a. M.:

Auch wir wollen selbstverständlich den Vertrieb der Literatur in keiner Weise eingeschränkt sehen. Aber der Vertrieb der Broschüre muß so erfolgen, daß eine Schädigung der Parteibuchhandlungen dabei unterbleibt. Sehr gut ist, wenn Bruns sagt, wenn die Buchhandlung Vorwärts in Kommission liefert, würde sehr viel Material zurückkommen. Bei dem heutigen Geschäftsgang, geboren bleibt die Materialfrage auch, aber bei uns in den Buchhandlungen. Die Buchhandlung Diez liefert auch an Vereine und Bibliotheken zu äußerst niedrigen Preisen. Da sind in einem Briefkasten 40 Bände angeführt, die reell 140 M. kosten, aber für 60 M. geliefert werden. Unsere Buchhandlungen können sie nur für 98 M. bekommen. Derartige Kommissionen werden natürlich meist von Vereinen bestellt und dann direkt beim Verlag, wo sie es billiger bekommen. Wenn es bei der bisherigen Praxis bleibt, müssen wir in Frankfurt ernstlich überlegen, ob wir überhaupt noch unsere Buchhandlung aufrechterhalten sollen. (Hört! hört!)

Parteisekretär Müller-Berlin:

Ich empfehle, diesen Antrag dem Parteivorstande zur Erwägung zu unterbreiten. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die Buchhandlung Vorwärts im letzten Jahre eine ganz erhebliche Anzahl billiger Agitationsbroschüren, zum Teil zum Selbstkostenpreise, abgegeben hat, und daß nach dem Bericht an den Parteitag bei einem Umsatz von 503 737,49 Mark der Reingewinn

55. Fünfzehnter sächsischer Reichstagswahl. Kreis: Der Parteitag wolle beschließen, daß in Zukunft die Ausstattung der „Morgenzeit“ in bildlicher Beziehung eine bessere und der Mitarbeiter würdigere werde.

58. Linneberg und Zant: Der Parteivorstand möge dahin wirken, daß die „Neue Zeit“ verbilligt wird, damit dieselbe in weitere Kreise wie bisher Eingang findet.

61. Halle a. S.: Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, mehr Aufmerksamkeit auf die Inserate der Parteipresse zu verwenden, da die Aufnahme aller Selbstwörter und fragwürdigen Inserate einem sozialdemokratischen Blatte zur Unrecht gereicht.

63. Lübeck: Der Parteitag möge beschließen, daß in Zukunft die Protokolle über die Verhandlungen der Parteitage an die Parteimitglieder zum Selbstkostenpreise abgegeben werden.

66. Frankfurt a. M.: Auf Grund der Tatsache, daß die „Buchhandlung Vorwärts“ an die Parteibuchhandlungen im Lande nicht in Kommission liefert, so daß dieselben Neuerwerbungen, die von den Parteigenossen verlangt werden, auf eigenes Risiko auf Lager bestellen müssen, daß aber andererseits die „Buchhandlung Vorwärts“ in vielen Fällen solche Neuerwerbungen nach kurzer Zeit den Gewerkschaftsorganisationen zu demselben und teils gar noch billigerem Preise als den Parteibuchhandlungen offeriert, so daß die Lagerbestände der letzteren unerkauft bleiben, wird der Parteivorstand beauftragt, im Geschäftsverahren der „Buchhandlung Vorwärts“ eine Umänderung zu veranlassen, durch die ohne Beeinträchtigung des Literaturabsatzes eine Schädigung der Parteibuchhandlungen im Lande vermieden wird.

nur 28 000 Mark betragen hat. Man kann also nicht sagen, daß sie kapitalistisch betrieben wird.

Der Antrag 68 wird darauf dem Vorstande zur Erwägung überwiesen.

Es geht noch folgender Antrag der Kontrollkommission ein:

Der Parteitag wolle beschließen:

1. Das Gehalt der drei älteren Parteisekretäre und des Parteikassierers wird um je 300 M. jährlich, und
2. das Gehalt des vierten Parteisekretärs, des Genossen Müller, um 600 M. jährlich erhöht.

Es werden nunmehr die Anträge 60, 111*) bis 113, 115, 116 und 138 und der eben eingegangene Antrag der Kontrollkommission zur Debatte gestellt. Nur der Antrag 69 wird nicht unterzählt.

Den Antrag 111 begründet

Walter-Augsburg:

Es wäre eine Beleidigung des sozialdemokratischen Parteitages, wenn ich über die Bedeutung des Koalitionsrechtes für die Arbeiter nach ein Wort verlieren möchte. Der Geheimverrat der sächsischen Metallindustriellen hat ja bewiesen, daß jetzt nicht nur dem gewöhnlichen Proletariat, sondern auch den Kreisen, die uns bisher völlig fernstanden, den technischen und kaufmännischen Angestellten, das Koalitionsrecht genommen werden soll. Auf Grund dieses Verlasses haben einzelne Stadtverwaltungen beschlossen, bei der Vergebung gemeindlicher Arbeiten in die Lieferungsverträge die Bestimmung aufzunehmen, daß den betreffenden Arbeitern das Koalitionsrecht gewährleistet werden soll. Ich lege den Beschlüssen einzelner Gemeinden eine sehr geringe Bedeutung bei, denn die Bestimmung wird doch nicht ernstlich erfüllt. Wir können aber auch als Konsumisten für das Koalitionsrecht eintreten. Wir sind nicht allein in bezug auf Nahrungs- und Gebrauchsgegenstände Konsumisten, sondern auch als Partei und Gewerkschaften in ganz hervorragendem Maße durch unsere Institutionen. Es ist geradezu bedauernd, wenn lorenweise jede Woche aus gewissen Papierfabriken das Druckpapier in die Zeitungen geht, wo dann unsere Grundsätze darauf gedruckt werden, während in den Betrieben die erträglichsten Löhne gezahlt werden und den Arbeitern das Koalitionsrecht in rücksichtslosster Weise genommen wird. Es ist schon der Versuch gemacht worden, die Lieferung des Papiers in eigene Hände zu nehmen. Ich weiß genau, welche Schwierigkeiten dabei zu überwinden sind, wenn man aber berücksichtigt, daß es Millionen sind, die jährlich von Partei- und Gewerkschaftsdruckereien und von der gewaltigen genossenschaftlichen Literatur an Papier verbraucht werden, dann muß es doch möglich sein, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat beim Streit in der Budgetbewilligung unserer Parteipresse in Augsburg einige spöttische Bemerkungen an den Kopf geworfen, weil die Augsburger einen solchen Antrag gestellt hätten. Ich bin gewiß kein Revisionist, aber ich meine, Parteigenossen, daß die Zeitungen in dieser Beziehung sehr praktisch arbeiten könnten, wenn sie dafür eintreten wollten, daß in den sächsischen Konsumvereinen, die mit 10 bis 20 Prozent Dividende aufmarschieren, die Waren, die zum Verkauf kommen, in Betrieben hergestellt werden, wo menschenwürdige Löhne gezahlt werden und das Koalitionsrecht garantiert wird. — Gewiß können wir dem Parteivorstand keine zwingende Marschroute geben, ich bitte Sie aber, den Antrag dem Vorstande zur Erwägung zu überweisen.

Der Antrag 111 wird dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Den Antrag 112 begründet **Sieling-Höchst**, indem er empfiehlt, wenigstens einen Versuch zu machen; die Kosten würden sich sicher lohnen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Eidner-Kürnberg:

In diesem Augenblick ist nicht die Zeit, daß der Parteitag eine Agrarkommission wählen kann. Ich schreibe daher den Kürnberg den Antrag dahin ein, daß wir dem Parteivorstand den Wunsch unterbreiten, er möge im Laufe des Jahres den Versuch machen, eine solche Kommission einzuberufen, vielleicht eine ständige Kommission zu ernennen. Dieser Antrag ist etwa nicht aus dem Bedürfnis gestellt, theoretische Debatten über die Agrarfrage zu veranstalten, etwa über die Frage, ob der Großbetrieb oder der Kleinbetrieb liegt und ähnliche Dinge mehr, sondern die Kommission soll sich mit praktischen unmittelbaren Fragen der Politik beschäftigen. Um für die Dringlichkeit des Antrages ein paar Dinge zu erwähnen: hier im Süden und auch in anderen Gegenden spielt z. B. der Kleinbauer die Rolle des Lohnarbeiters, indem er gewerbliche Nebenarbeit leistet. Diese gewerblichen Nebenarbeiten sind zur Organisation noch unfähig und bedeuten eine schwere Gefahr für die gewerkschaftlichen Bestrebungen auf diesem Gebiete. Die Erörterung dieser Frage kann nur im Zusammenhange mit der ganzen Agrarfrage erfolgen. Es handelt sich da auch um die Frage, ob die Partei auf dem Lande überhaupt Eingang findet und Vertrauen gewinnt. Es kommen noch andere Fragen in Betracht: die Landarbeiterfrage, die Frage der Produktivgenossenschaften von Kleinbauern in Deutschland und ihre Verbindung mit den sächsischen Konsumgenossenschaften. Das sind alles Fragen, die außerordentlich wichtig sind. Man beschäftigt sich in Bayern damit — das Zentrum insbesondere legt großen Wert darauf —, das ländliche Geistes zu organisieren. Auch diese Frage gehört hierher. Sie sehen also, der Zweck dieses Antrages ist nicht etwa, bloße theoretische Streitfragen zu erörtern, sondern einfach nur zu versuchen, wie die proletarischen Elemente auf dem Lande, die innerlich zu uns gehören, für uns gewonnen werden können, welches Aktionsprogramm, welche unmittelbaren Forderungen man für sie aufstellen kann. Wenn eine Kommission eingesetzt wird, die diese praktischen Fragen der proletarischen Bevölkerung auf dem Lande erörtert, dann wird es einmal möglich sein, auf dem nächsten oder künftigen Parteitag die Agrarfrage in dieser fruchtbringenden Beschränkung auf die Tagesordnung zu setzen. Ich bitte Sie also, den Antrag mit der Umänderung anzunehmen, der Parteitag möge dem Parteivorstand den Wunsch ausdrücken, eine solche Kommission im Laufe dieses Jahres einzuberufen.

*) 111. Augsburg: In Anbetracht der Forderung, welche wir zum Schutz der Koalitionsfreiheit bei Vergebung von staatlichen und kommunalen Aufträgen an Staat und Gemeinde stellen, stellt der Sozialdemokratische Verein Augsburg den Antrag, daß Parteivorstand, Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und Großhandlungsgesellschaft der Konsumvereine in Verbindung treten zwecks Regelung des Bezuges von Papier für unsere Partei- und Gewerkschaftsdruckereien, um in den Papierfabriken die volle Koalitionsfreiheit zur Geltung zu bringen.

Sollte sich mit den Papierfabriken eine solche Regelung nicht ermöglichen lassen, so möge die Frage der Eigenproduktion besprochen und entsprechende Maßnahmen dazu getroffen werden.

112. Höchst: Zur Erwerbung der Staatsangehörigkeit in den einzelnen Bundesstaaten ist von Seiten des Parteivorstandes ein Merkblatt herausgegeben, welches den Mitgliedsbüchern der Partei und der Gewerkschaften beigelegt resp. in dieselben eingelebt wird.

113. Kürnberg: Der Parteitag möge eine ständige Erörterungskommission wählen, die für den nächsten Parteitag eine Erörterung der Agrarfrage vorbereitet und möglich macht.

116. Königsberg i. Pr.: Der Parteitag empfiehlt allen Parteigenossen, denen geeignete Redner zu Gebote stehen, im September jeden Jahres möglichst im Einverständnis mit den Gewerkschaften eine Neuzugangsfeier zu veranstalten, in der, neben gefälligen Unterhaltungen, die zum Militär einberufenen Genossen noch einmal an ihre innere Zusammengehörigkeit mit ihren Klassenossen erinnert und über ihre militärischen Rechte und Pflichten aufgeklärt werden sollen.

Der Antrag wird angenommen, desgleichen der Antrag 115.

Den Antrag 116 begründet

Quase-Königsberg:

Wir verjoigen mit unserem Antrag keineswegs den Zweck, der Partei eine antimilitärische Spielerei zuzumuten. Der Antrag bewegt sich durchaus im Rahmen früherer Beschlüsse unseres Parteitages. Ich mache die Genossen darauf aufmerksam, daß unser Parteivorstand vor zwei Jahren ein Flugblatt an die Militärschlichtigen verteilt hat, das ausgezeichnet gewesen ist (Sehr richtig) und sehr gut gewirkt hat. Seitdem ist aber nichts wieder gekommen. (Parteisekretär Müller: Es ist neu aufgelegt worden!) Aber auch der Vorstoß, den wir machen, ist ein guter. Wir selbst haben mit ihm Erfolge erzielt. Sie wissen ja alle, daß, wenn der Proletarier zum Militär kommt, während der ganzen Militärszeit ihm das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit seiner Klasse ausgetrieben wird. Sie wissen weiter, daß man versucht, ihn — wenn er entlassen wird — dem Arbeiterverein zuzuführen. Daher ist es sehr wichtig, in ihm — bevor er eingezogen ist —, solange er noch im Zivilverhältnis ist, das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu seiner Klasse zu stärken und ihn nicht lang- und langsam zum Militär zu entlassen. Natürlich kann man es nicht darauf anlegen, dem Manne die Militärszeit zu ersparen. Das ist nicht der Zweck des Flugblattes und auch nicht der Zweck dieser Abschiedsreden. Aber man leitet die Leute innerlich an sich. Sie behalten das Gefühl der Zusammengehörigkeit auch während sie dienen, und treten hernach wieder in die Reihen des kämpfenden Proletariats. (Beifall.)

Subelt:

Ich bin mit dem Antrage vollkommen einverstanden. Aber noch wichtiger ist es, sich um die Reservisten zu kümmern. (Sehr richtig!) Unsere Arbeitervereine und die Leitung des großen „Deutschen Arbeiterbundes“ machen ihren Einfluß auf die jungen Leute schon in den letzten Wochen ihres Militärverhältnisses geltend und fangen den größten Teil der jungen Reservisten ein. Sind sie erst einmal im Arbeiterverein, dann ist es äußerst schwer, sie wieder hinaus und zu uns hinüber zu ziehen. Deshalb vor allem ist es notwendig, daß wir uns alle Mühe geben, in den einzelnen Orten die Adressen zu erfahren, um die Reservisten gleich nach der Entlassung der sozialdemokratischen Organisation zuzuführen, ehe es zu spät ist. (Zustimmung.)

Der Antrag 116 wird angenommen.

Es folgt der Antrag betr. die Gehälter der Parteisekretäre im Parteivorstand.

Raben:

Wir wollen nicht etwa eine Gehaltstafel festlegen, und jährlich eine Zulage von 3—600 M. festlegen, wie verschiedene Genossen glauben. Es handelt sich um einmalige Gehaltsveränderungen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß jeder Parteitag das Recht haben muß, über die Gehälter Beschlüsse zu fassen. Für unsere Redakteure und sämtliche Parteibeamte besteht eine Gehaltstafel, nicht aber für die Angestellten des Parteivorstandes. Obwohl diese Beamten ein sehr verantwortungsvolles Amt haben, bleiben sie doch mit ihren Gehältern vielfach hinter denen der Redakteure und der anderen Parteibeamten zurück. Wenn wir ihnen jetzt vorzuschlagen, den drei älteren Parteisekretären je 300 M. Zulage zu geben, so ist das nicht zu viel, diese Genossen haben jetzt 4200 M., während der jüngste Parteisekretär Genosse Müller 3600 M. bezieht. Da nun die Tätigkeit Müllers dieselbe ist und Müller ebenso alt im Dienst ist wie die übrigen Sekretäre und ihnen nur im Alter nachsteht, wollen wir ihm eine Zulage von 600 M. geben, damit er später leichter den anderen gleichgestellt werden kann. Ich hoffe, daß Sie diesen Antrag einstimmig annehmen werden, denn wir können unseren Parteibeamten nicht das verweigern, was wir für die Beamten des Reichstages im Parlament fordern. (Beifall.) Der Antrag wird angenommen.

Winnig-Hewig-Nationalität:

begründet danach die Resolution 133. Im vorigen Jahre hat sich die Gesetzgebung ganz besonders gegen die Polen gerichtet. Der preussische Landtag hat das Enteignungsgesetz beschlossen, und der Reichstag hat das sogenannte liberale Reichsvereinsgesetz angenommen. Das preussische Enteignungsgesetz richtet sich ja nicht in erster Linie gegen die Arbeiter, sondern vor allem gegen die bestehenden Klassen der polnischen Bevölkerung. Aber wir als Sozialdemokraten müssen alles bekämpfen, was Unrecht ist. Deshalb müssen wir gegen das Enteignungsgesetz scharfen Protest einlegen. (Sehr richtig!) Schwerer werden wir durch das Reichsvereinsgesetz betroffen, das uns die Möglichkeit nimmt, in den Orten, wo wir für Arbeiterversammlungen Lokale erringen haben, polnische Versammlungen abzuhalten. Der polnische Arbeiter ist bisher als das größte Ausbeutungsobjekt benutzt worden. Dort, wo die deutschen Arbeiter zu verständnis und aufgefährt sind, um sich ausbeuten zu lassen, wird der polnische Arbeiter vor den Pfingst gespannt, und er arbeitet geduldig weiter. Wir wissen ja, daß die Ausnahmestimmungen gegen die polnischen Arbeiter auf Anregung der scheinlich-wirtschaftlichen Großindustrie zustande gekommen sind. Wenn in einem Jahre zwei so brutale Ausnahmestimmungen geschaffen werden, so ist es Pflicht des deutschen Parteitages, energisch Protest dagegen zu erheben. Wir müssen den polnischen Arbeitern zeigen, daß wir deutschen Sozialdemokraten mit dieser Unterdrückungspolitik nichts gemein haben. Auch in den Landesparteien, wo viele Polen eingewandert sind, besonders in Rheinland-Westfalen, Hannover, Hamburg usw. müssen wir mehr als bisher für die Agitation unter den polnischen Arbeitern tun. Da es uns nicht möglich ist, dort Versammlungen abzuhalten, müssen wir wenigstens Literatur in polnischer Sprache verbreiten, um die Leute auf diese Weise zu Sozialdemokraten zu machen. Genau so, wie unsere Reichstagsfraktion das Jesuitengesetz bekämpft hat, weil es ein Ausnahmestimmgesetz ist, genau so sollten unsere Organisationskommissionen auch in Zukunft auf Schritt und Tritt die Ausnahmestimmungen des Reichsvereinsgesetzes gegen die Polen bekämpfen. Nehmen Sie die Resolution einstimmig an und zeigen Sie damit unseren polnischen Brüdern, daß sich die Sozialdemokratie mit den Gewaltmaßnahmen der herrschenden Klassen nicht einverstanden erklärt. (Beifall.)

Die Resolution wird debattelos einstimmig angenommen.

Singer: Durch die einstimmige Annahme wird der Protest gegen das Reichsvereinsgesetz, das den polnischen Genossen ihr Naturrecht nimmt, noch verstärkt.

Es folgt die Resolution 137*.)

*) Resolution 137:

Das gemeingefährliche und verbrecherische Treiben bestimmter Kreise, zwei Kulturvölker, wie das englische und deutsche, gegenseitig zu verheben und zum Kriege aufzufachen, dient nur den engstirnigsten und kurzfristigen Interessen der ausbeutenden und herrschenden Klassen.

Es steht im schroffen Gegensatz zu der Bestimmung internationaler Brüderlichkeit der ausgebeuteten Massen aller Nationalitäten, welche durch die engste Solidarität der Interessen miteinander verbunden sind.

Angefaßt der Opfer an Gut und Blut, welche jeder Krieg gerade in erster Linie den wertvollsten Massen auferlegt und der ungeheuren materiellen wie kulturellen Schädigungen, welche er für die Gesamtheit des Volkes mit sich bringt; angefaßt der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zusammenhänge, denen zufolge jeder Konflikt zwischen zwei Kulturnationen die Gefahr eines Weltkriegs in sich birgt; macht es der Parteitag dem Proletariat Deutschlands zur besonderen Pflicht, gemäß der Resolution des internationalen Kongresses in Stuttgart mit allen in Betracht kommenden Mitteln für die Überwindung des chauvinistischen Geistes und die Sicherung des Friedens einzutreten.

Parteivorstand und Kontrollkommission

Alara Zeitlin

Im Auftrage des Vorstandes und der Kontrollkommission habe ich Ihre Aufmerksamkeit auf die vorliegende Resolution betreffend die sogenannte Kriegsgeldhebe zu richten. Wir sind der Ueberzeugung, daß der Parteitag die Resolution annehmen und den unerschütterlichen Willen des deutschen Klassenbewußten Proletariats bekunden wird, seinen vollen Einfluß gegen die verderbliche Kriegsgeldhebe geltend zu machen. Sie alle wissen, welches die Ereignisse sind, die die stets bestehende Kriegsgefahr augenblicklich vergrößern. Es ist das strapellose Treiben bestimmter kapitalistischer Kreise Englands und Deutschlands, das jetzt zum Kriege zwischen den beiden Nationen heißt. Es ist das Treiben jener Kreise, das gefördert wird durch die schamlose Tätigkeit literarischer und wissenschaftlicher Zuhälter. Dadurch wird die Aufmerksamkeit der Massen auf die Lasten gelenkt, daß die Kriege nicht das Werk jener diplomatischen „Staatsmänner“ sind, jener Marionetten der Geschichte, sondern daß es im letzten Grunde die ausbeutenden herrschenden Klassen sind, die zum Kriege heizen. Die sogenannten nationalen Gegensätze sind nicht Gegensätze zwischen den Massen der Nationen, sondern lediglich Gegensätze zwischen den ausbeutenden und herrschenden Klassen innerhalb der verschiedenen Nationen. Die sogenannten nationalen Gegensätze sind nichts anderes, als die eine Seite jener geschichtlichen Erscheinung, deren andere Seite der große historische Gegensatz zwischen den ausbeutenden und den ausgebeuteten Massen ist. (Sehr wahr!) Die fortschreitende Entwicklung des Kapitalismus ist es, die die Wurzel jeder Kriegsgefahr bildet. Wie die Dinge liegen, kann der bedrohte Frieden nun und nimmermehr gesichert werden durch die wohlmeinenden platonischen Beteuerungen der bürgerlichen Friedensfreunde, die selbst durch die Bewilligung von Mitteln für die Rüstungen wie durch Aufreißung der Klassengegensätze dazu beitragen, daß die Kriegsgefahr bestehen bleibt. Ihr Treiben gleicht dem Tun der Menschen, die wohl die Flamme brennen sehen, die sich aber erst zum Löschen entschließen, wenn die lodende Flamme das Haus zu verschlingen droht. Nicht in patriotischen Beteuerungen, sondern in der Masse des Proletariats ruht die Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des Friedens. (Beifall.) Genau so, wie die nationalen Gegensätze und die Klassengegensätze innerhalb der Nationen zwei Seiten ein und derselben geschichtlichen Beziehungen sind, so ist auch die internationale Solidarität der Ausbeuteten nur eine Seite des Klassenkampfes zwischen Besitzenden und Ausbeuteten innerhalb jeder einzelnen Nation. Gegenüber der schamlosen Kriegsgeldhebe gilt es mit aller Entschiedenheit zu betonen, daß das deutsche Proletariat dem englischen Proletariat, dem französischen Proletariat, dem Proletariat der ganzen Welt brüderlich die Hand für das gemeinsame Werk für die Erhaltung des Friedens entgegenstreckt, daß das deutsche Klassenbewußte Proletariat fest entschlossen ist, den Richtlinien des internationalen Sozialistenkongresses von Stuttgart entsprechend, Gebrauch zu machen von allen seinen Nachmitteln, die unter den jeweiligen geschichtlichen Verhältnissen in Betracht kommen können, um den Frieden mit allem Nachdruck zu sichern. (Beifall.) Der proletarische Klassenkampf ist die Arbeiterverbrüderung, der Sozialismus wird der Völkerverbrüderung. (Lebhafte Beifall.)

Auch diese Resolution wird einstimmig und debattelos angenommen.

Singer:

Durch diesen einstimmigen Beschluß hat der deutsche Parteitag in Vertretung der deutschen Sozialdemokratie aufs neue konstatiert, daß er, durchdrungen von der absoluten Notwendigkeit, daß die Völker in Frieden miteinander leben, in Frieden miteinander ihren Kulturaufgaben genügen, alles daran setzen wird, um zu verhindern, daß durch das freibehaltene Spiel mit chauvinistischen Eroberungsgelüsten oder aus kapitalistischen Interessen die Völker auseinandergerissen werden. In dem Augenblick, wo in Berlin unter der Regide des Fürsten Bülow eine Versammlung tagt, in der für die Entscheidung der Streitfragen durch Schiedsgerichte plädiert wird, in dem Augenblick, wo auf Veranlassung englischer Arbeiter die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiter Berlins in Uebereinstimmung mit den Arbeitern ganz Deutschlands versichern, daß sie niemals Kriegsgeldheben können, sondern daß sie alle durchdrungen sind von der Notwendigkeit, einzutreten für den Frieden — in dem Augenblick faßt der Parteitag diese Resolution und bekundet aufs neue die internationale Solidarität aller Völker, aller Länder. (Bravo!) Nicht der Bund europäischer Fürsten ist es, der den Frieden sichert, sondern die Einmütigkeit des Proletariats, das mit seinen starken Händen den Frieden wahrhaft gegen jene, die aus chauvinistischen Interessen den Krieg wollen, oder gegen die Bourgeoisie, die ihn aus kapitalistischen Interessen wünscht. (Lebhafte Beifall.) Das ist der Sinn dieser Resolution, durch deren Annahme wir uns verpflichtet haben, mitzutreten für die Bestrebungen zum Schutze der Kulturwelt vor mörderischen Kriegen. (Lebhafte Beifall.)

Singer:

berkundet darauf das Ergebnis der Wahl des Vorstandes und der Kontrollkommission. Abgegeben sind 364 Stimmzettel, wovon 1 ungültig ist. Es haben erhalten:

Vorsitzende: Debel 359, Singer 297.
Kassierer: Gerisch 357.
Sekretäre: Ebert 331, Rolfenbuhr 356, Müller 357, Pfannkuch 294.
Beisitzerin: Frau Zieg 224.
Ferner erhielten bei der Wahl der Beisitzerin Genossin Grünberg 120 Stimmen, Genossin Waader 2, Genossin Schulze 1 Stimme. Bei der Wahl der Sekretäre v. Elm 2 Stimmen, Segig 2 Stimmen, Fischer 2 Stimmen, Grunwald 1 Stimme, Walther 1 Stimme.
Zu Kontrolleuren wurden — bei Abgabe von 348 gültigen Stimmen — gewählt Kaden mit 275, Alara Zeitlin mit 274, Vod mit 249, Koehnen mit 244, Braun mit 241, Ged mit 241, Ernst mit 240, Bräuhne mit 240, Timm mit 149 Stimmen.

Ferner erhielten Sachle 135, Ulrich 135, v. Elm 134, Vreh 133, Hildenbrand 103, Kleemann 84, Dorn 74, Simon 10, Segig 2, ferner Grunwald, Dr. David, Rosa Luxemburg und Jubel je 1 Stimme.
Zu Beisitzern des Vorstandes hat die Kontrollkommission die Genossen Eberhardt und Bengels wiedergewählt.

In den Bildungsausschuß hat der Parteivorstand und die Kontrollkommission die Genossen Heimann-Berlin, David-Rainz, Korn-Kiel, Mehring-Berlin, von Vollmar-München, Alara Zeitlin-Stuttgart und Schulz-Berlin — letzteren zugleich als Geschäftsführer — gewählt.

Die Arbeit des Parteitages ist damit beendet.

Singer:

Ich danke zunächst den Nürnberger Parteigenossen — namens des Parteitages — für den festlichen Empfang, insbesondere dem Meister Wehheimer und seinen Sängern für ihre vorzüglichen Leistungen. (Beifall.) Ich danke den Nürnberger Genossen weiter für die vorzügliche Art, mit der sie den Parteitag organisiert haben, für ihren Fleiß und ihren Eifer, insbesondere dem Lokalkomitee und den Ordnern, die die ganze Woche eine aufreibende Tätigkeit entfaltet haben. Ich danke weiter den Kommissionen, die Aufgaben im Auftrage des Parteitages erfüllt haben und sich deshalb teilweise den Verhandlungen im Plenum entziehen mußten.
Wir feiern auf diesem Parteitag nicht nur die Erinnerung an den Vereinstag deutscher Arbeitervereine vor vierzig Jahren, sondern wir haben auch ein Jubiläum der Partei gefeiert insofern, als dieser Parteitag der fünfundsanzwanzigste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ist. Wir haben in den Jahren 1875, 1876 und 1877 Parteitage in Gotha gehabt. Wir hatten unter dem Ausnahmeseß die drei Parteitage in Witten, Kopenhagen und St. Gallen. Wir haben seit dem Fall des Sozialistengesetzes von Halle bis Nürnberg neunzehn Parteitage gehabt. Möge auch dieser Parteitag der Partei zum Segen gereichen.

Wir haben reiche Arbeit zu leisten gehabt, und wir haben durch unsere Resolutionen zur Sozialpolitik, zur Reichsfinanzreform die Richtlinien gegeben, nach denen sowohl im Parlament als auch in der Partei selbst diese Fragen zu behandeln sind. Es ist überflüssig, im einzelnen darauf einzugehen. Die einstimmig angenommene Resolution zur Sozialpolitik beweist, wie die Partei die heutige Sozialpolitik auffaßt, wie sie dieselbe nur betrachtet als eine Abschlagszahlung, als eine Wegzehrung auf dem weiteren Vormarsch zu unserem großen Ziele, der Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft. (Lebhafte Beifall.) Durch die Resolution zur Finanzreform haben wir von neuem Ausdruck gegeben unserer Gegnerschaft gegen die indirekten Steuern, in denen wir eine Ausbeutung der breiten Massen des Volkes zugunsten der besitzenden Klassen erblicken. Wir werden nach beiden Richtungen hin unsere Agitation verstärken, damit die Reichstagsfraktion getragen von der Unterstützung der gesamten Partei, gestützt auf tausendstimmige Voten von Versammlungen und Vereinen, den Kampf gegen die heutige Sozialpolitik und gegen die Reichsfinanzreform weiter führen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Die Resolution gegen die Kriegsgeldhebe habe ich bereits gewürdigt. Durch die Resolution zur Jugendorganisation haben wir den Grundstein gelegt zu dem Bau, auf dem die Jugendorganisation zu einer mächtigen Kraft sich entfalten wird, den Grundstein zu dem Bau, der demaltest die Hort der Freiheit sein wird. (Beifall.) Wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft! Und die Jugend mit sozialem Bewußtsein zu erfüllen, die Jugend kampfbereit zu machen, sie zu stärken für den Kampf gegen die heutige Gesellschaft, das ist der Zweck unserer Jugendorganisation! Daneben haben wir noch das Bestreben, aufzuräumen mit dem Unrat überlieferter Anschauungen, die die Schule in unsere Jugend pflanzt. Wir wollen in die Köpfe und Herzen unserer Jugend pflanzen den revolutionären, sozialistischen Geist, der die Dinge in logischer Entwicklung sieht, wie sie sind, sie als Folge des wirtschaftlichen und sozialen Lebens bis in die letzten Konsequenzen durchdenkt und, wenn er sich über sein Ziel klar ist, auch mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür eintritt. Nicht Wortwinder sollen die älteren Genossen der Jugend sein im Sinne einer beschränkten Herrschaft, sondern Berater und Lehrer, um die Jugend einzuführen in die Kämpfe, die sie zu führen

hat, wenn dereinst die Freiheit erungen werden soll. (Lebhafte Beifall.)

Heiß umstritten auf diesem Parteitage war die Frage der Budgetbewilligung in den Einzelstaaten. Ich kam auch hier anknüpfen an den Vereinstag vor 40 Jahren. Damals wurde die Loslösung des Arbeitervereins aus den Händen bürgerlicher Vormundschaft beschlossen, und den deutschen Arbeitern allein ein sozialistisches Programm gegeben. Es wurde beschlossen, daß der Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse geführt werden muß einzig und allein durch die Arbeiter selbst, und daß die gemeinsame Tätigkeit mit den bürgerlichen Parteien niemals zum Ziele führen kann. In diesem Jahre haben wir erklärt, daß unser Kampf nicht geführt werden kann im Sinne des Entgegenkommens an die bürgerliche Gesellschaft, sondern daß er geführt werden muß gestützt auf unser Programm, entsprechend dem Ziel, das die Sozialdemokratie sich gesetzt hat. Es ist aufs neue bewiesen worden, daß unsere Taktik im Sinne unserer Prinzipien zu halten ist. Vor 40 Jahren handelte es sich um die Loslösung von den bürgerlichen und hier auf diesem Parteitage haben wir erklärt, daß wir bereit sind, unsere Politik einzig und allein auf dem Boden des Klassenkampfes zu führen und daß wir jedes Entgegenkommen an die bürgerliche Gesellschaft zurückzuweisen haben. Die Frage ist, wie gesagt, heiß umstritten worden, aber wir alle sind der Ueberzeugung, daß nur, nachdem der Kampf vorüber ist, die Angelegenheit nicht mehr Gegenstand des Streites unter den Genossen sein kann. (Beifall.) Ich weiß mich in Uebereinstimmung mit dem gesamten Parteitage, wenn ich die dringende Bitte ausspreche, daß bei den Debatten über diese Frage sowohl in der Presse als auch in Vereinen und Versammlungen der Ton der Brüderlichkeit nicht verkehrt wird. Der Kampf ist vorüber. Wir alle wissen, daß hohe, schwere Aufgaben uns bevorstehen, und es wäre geradezu selbstmörderisch, wollte man die Frage aufs neue in so heftiger Weise erörtern, wie es freilich vorher nicht zu umgehen war. Mögen die Gegner und die Anhänger des Parteitagbeschlusses eingedenk sein, daß es sich jetzt für uns darum handelt, die Einigkeit und die Geschlossenheit der Partei im Kampfe gegen die Gegner wieder herbeizuführen und zu verdoppeln. (Lebhafte Beifall.) Den Feind suchen wir nicht in unseren eigenen Reihen, den suchen wir bei den Gegnern. (Lebhafte Zustimmung.) Unsere ganze Kraft müssen wir aufwenden, um die Gegner niederzurufen. Deshalb wiederhole ich meine Bitte und meine Mahnung nach allen Seiten: führt den Kampf um die Meinungsverschiedenheiten sachlich, laßt alles Verbitternde aus euren Volemien fort. (Lebhafte Beifall.)

Ich will nicht von dieser Stätte scheiden, ohne der Ueberzeugung und der Hoffnung Ausdruck zu geben, die getragen wird von dem innigen Wunsch für das Wohlergehen der Partei, daß auch unsere sächsischen Genossen von nun an die Wege finden werden, den Willen des Parteitages und der Partei zu respektieren. Wir müssen uns darüber klar sein: Eine Partei, die wie die Sozialdemokratie in unermüdlichem Kampfe mit den Gegnern steht, braucht die Einigkeit wie das liebe Brot. Wir müssen einig kämpfen, wir müssen geschlossen kämpfen, wenn wir unseren Gegnern nicht das beste Mittel geben wollen, unsere Kraft zu zerplittern. Das nehmen wir als Mahnung von diesem Parteitage mit in die Heimat und werden, wie ich überzeugt bin, allesamt dafür sorgen, daß in diesem Sinne auch die Deferate über die Parteitagbeschlüsse gehalten werden. Und dabei spreche ich die Hoffnung und den Wunsch aus, daß dieser Punkt für die Partei außer Diskussion ist, vor allem aber aus dem Streit ausgeschieden ist.

Uns stehen schwere Kämpfe bevor. Das Werk, das unter dem Namen Reichsfinanzreform der Partei im Reichstage präsentiert werden wird, wird die anstrengendste Arbeit der Genossen in Anspruch nehmen. Die wirtschaftliche Krise wird der Arbeiterklasse viel schwere Schäden zufügen. Lassen Sie uns an die Arbeit gehen mit dem unerschütterlichen Entschluß, bei unserer Arbeit diejenigen Grundsätze, die wir vorher vertreten haben, auch weiter zu vertreten. Lassen Sie uns an die Arbeit gehen in dem Bewußtsein und der Ueberzeugung, daß alles aufgeboten werden muß, um unsere Gegner niederzuzwingen. Deshalb möchte ich meine Ansprache schließen mit den Worten: Vorwärts an die Arbeit, das Banner hoch zum Kampfe gegen die kapitalistische Produktionsweise, zum Kampfe für die Befreiung des Proletariats, für die politische und wirtschaftliche Freiheit des deutschen und damit auch des internationalen Proletariats. Die Banner hoch mit dem unverbrüchlichen Gelübde, in diesem Kampfe zu einander zusehen, nicht zu ruhen noch zu rasten, sondern, bis der Sieg erungen, zu unserem unberrückbaren, gegebenen Ziele vorwärts zu schreiten. Das Gelübde, den Kampf in diesem Sinne zu führen, lassen Sie ausklingen in unseren alten Kampfesruf: Die deutsche Sozialdemokratie lebe hoch! (Die Mitglieder des Parteitages stimmen dreimal begeistert in die Hochrufe ein und singen den ersten Vers der Arbeitermarsealle.)

Der Parteitag ist geschlossen.
Schluß 1 Uhr.

Haben Sie schon einmal daran gedacht,

es mit Kathreiners Malzkaffee zu versuchen?

157/12

Auf Teilzahlung
Wöchentlich nur 1 Mark!
Große Auswahl Uhren,
Goldwaren jeder Art, Zithern,
Phonographen,
Grammophone,
Musikwerke usw.
Verkauft von prima
Plattens und Walzen.
Jahre & König, jetzt
Straße 68, 1. Etage, und Reinickendorfer
Straße 101, 1. Etage.

Andreas-Festsäle
Andreas-Straße 21
(Inhaber: Walter.)
Empfehle den geehrten Vereinen, Gewerkschaften
und Klubs meine Säle zur Abhaltung von Festlich-
keiten und Versammlungen zu den günstigsten Be-
dingungen; auch Sonntags werden dieselben an Vereine
vergeben. Säle von 150-1000 Personen fassend. 5166L*

Möbel.
Komplette Wohnungseinrichtungen.
Billigste Preise. Teilzahlung gestattet.
Otto Piehl, Brunnenstraße No. 120.
Amt III. 7209. Katalog gratis und franko.

Ende September d. J. verlege mein
Lampen- u. Bronzewaren-Geschäft
von Beußelstraße 24 nach Schilling gegen-
über Beußelstraße 61.
Otto Jonas.



Zahn-Klinik. beliebige Teil-
zahlung.
Olga Jacobson, Invaliden-
straße 145.

Berlin, Alte Jakobstr. 124.
Elektro-Technikum
gegr. 1874. Eig. Fabrik. Elektro-
Richtern, Bau-, Ingenieur-,
Techniker-, Wertmeister-, Mon-
teur-Ausbild., staatl. inspiziert.
Neuer Abendkursus.
Prospekt kostenfrei.

Central-Möbel-Halle
Möbel
auf Teilzahlung zu kulantesten
Bedingungen
Wohn- u. Schlafzimmer
nebst kompletter Küche in mod. Farben
bei 45 Mk. Anzahl, 12 Mk. monatl. Teilzahl.
Große Auswahl in Speise-, Herren- und Schlafzimmern, Salons
u. Küchen — Sauberste Ausführung bei billigen Preisen.

Für 1 Mark
wöchentliche Teilzahlung steht bei
Versandhaus Berliner Herren-Moden
(nur Stralauerstr. 79, am Hakenmarkt)
Garderobe fertig u. nach Maß
ohne Versandkosten.
Verarbeitung haltbarer Stoffe unter
Garantie für taubellen Wig. —
Reich mit Modern hergest. — Wirk-
geleitete Wohnzimm., Kabinett
(Wohnzimm.) werden im Konsum-
haus zur Frankfurter Allee 185,
die Köpenickerstr. zu günstigen Zahlungs-
preisen ganz Halle verkauft. 1160

Der italienische Gewerkschaftskongreß.

Vom 6. bis 10. September hat in Modena der siebente italienische Gewerkschaftskongreß getagt, der gleichzeitig der zweite Kongreß der italienischen Konföderation der Arbeit, der im Jahre 1906 gegründeten Zentralorganisation unserer Gewerkschaftsbewegung, war.

Aus dem Rechenschaftsbericht, der im Druck vorliegt, entnehmen wir, daß die Konföderation am 30. Juni 1907 einen Organisationsbestand von 190 422 Mitgliedern aufwies, deren Zahl am 30. Juni 1908 auf 308 957 gestiegen ist. In dem Zuwachs von 118 535 Organisierten sind die Landarbeiter mit 70 000, die industriellen Arbeiter aber nur mit 48 535 beteiligt. Nicht zu Zentralverbänden vereinigten Gewerkschaften gehören 20 088 Organisierte an (gegen 27 598 im Vorjahre), an Arbeitskammern angeschlossenen Gewerkschaften 147 249 (gegen 97 429), in Zentralverbänden zusammengefaßten Gewerkschaften 130 670 (gegen 85 395). Die Einnahmen der Konföderation, die ungefähr die Funktionen der deutschen General-Kommission hat, belaufen sich in den 21 Monaten ihrer Existenz auf 82 740 Lire, denen 83 101 Lire Ausgaben gegenüber stehen.

Eröffnet wurde der Kongreß vom Genossen Mariani. Es werden dann die Begrüßungsreden der General-Kommission der deutschen Gewerkschaften zur Verlesung gebracht, ebenso wie die der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen Spaniens, Hollands, Norwegens, des Generalrats der Trade Unions u. a. m.

Der Kongreß, an dem gegen 200 Delegierte teilnahmen, die 216 849 Organisierte vertreten, hatte zunächst bei der Entgegennahme des Rechenschaftsberichts des Genossen Rigola mit einigen wichtigen Ereignissen des letzten Jahres abzurechnen, die zu Kritiken über das Verhalten des Exekutivkomitees der Konföderation Anlaß gegeben hatten: der angebrochene und nicht ausgeführte Eisenbahnerstreik vom Frühjahr 1908 und der Landarbeiterstreik von Parma. Ramentlich die Eisenbahner, deren über 50 000 Mitglieder zählende Organisation einen wichtigen Bestandteil der Konföderation bildet, waren in ihren Kritiken gegen das Exekutivkomitee sehr heftig. Doch wies das Komitee die Vorwürfe berechneterweise mit der Vermutung ab, daß der Landeskongreß der Eisenbahner die Frage bereits verhandelt und nach Entgegennahme der Erklärungen der Konföderation über sie zur Tagesordnung übergegangen war. Auch die Sache des Parmenser Streiks, die von anwesenden Syndikalisten angeschnitten wurde, konnte nicht gegen die Konföderation ausgebracht werden. Aus der Darstellung der Tatsachen ging mit Deutlichkeit hervor, daß die Konföderation nicht den Streikenden von Parma durch ihre Enquete in den Rücken gefallen war, sondern daß der Streik damals tatsächlich schon tot war und die Konföderation nichts anderes getan hatte, als diesen Tod zu konstatieren. Es wurde sogar festgestellt, daß die nicht in syndikalistischem Geiste arbeitenden Organisationen zu viel, nicht zu wenig für den Streik getan hatten, indem sie gegen 200 000 Lire aufbrachten für eine Bewegung, deren Methode sie nicht billigten und die in der Tat Tausende von Arbeitern in bitterer Not gebracht hat. Weiter ging aus der Diskussion hervor, daß die Syndikalisten von Parma, die sich für berechtigt hielten, für ihre Bewegung jedes Opfer des italienischen Proletariats in Anspruch zu nehmen, gar nicht für die sozialistische Erziehung ihrer Arbeiterklasse getan haben, da in verschiedenen Orten parmenische Arbeiter als Streikbrecher aufgetreten sind, sogar in Frankreich, wo sie an der eisernen Grenze die Pöbhe in einer Weise brühten, daß die Arbeiter von Reggio Emilia die Rückkehr in die Heimat den so geschaffenen Arbeitsbedingungen vorzogen. Gerade die Uebertriebenheit und Grundlosigkeit der Angriffe gegen das Exekutivkomitee der Konföderation in Bezug auf die Parmenser Bewegung drängte andere, nicht grundlose und nicht übertriebene Vorwürfe in den Hintergrund und verwandelte die Billigung der Aktion des Komitees in eine wahre Ovation.

Als erster Punkt kam die Aenderung des Organisationsstatuts zur Diskussion. Von den zur Annahme gelangten Aenderungen waren besonders zwei von Bedeutung: die Verleihung des Stimmrechts an den Sekretär der Konföderation, der mit zwei Mitgliedern des Ausschusses das Exekutivkomitee bildet, und die ausdrückliche Erklärung, daß die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden, aus Gewerkschaften entstandenen Genossenschaften der Konföderation der Arbeit angehören können. In dieser Erklärung wird endlich sanktioniert, daß die Genossenschaft, soweit sie Arbeits- oder Produktionsgenossenschaft ist, ebenso gut eine Kampforganisation der Proletarier darstellt, wie die Gewerkschaft.

Ueber die Disziplinierung der Streikunterstützung referierte in trefflicher Weise Genosse Calda, Sekretär der Arbeitskammer von Genua, und Ricciardi, Sekretär der Gewerkschaft der Glaserarbeiter. Beide treten dafür ein, daß es an der Zeit sei, die sentimentalen Beweigründe bei der Gewährung von Streikunterstützung beseitigen zu lassen. Heute wendet das italienische Proletariat seine Unterstützung den Bewegungen zu, für die man „Kassette“ zu machen versteht. Auch wenn man einen Streik zu grunde gehen sieht, gibt man tausende für ihn hin, ohne Gewähr für die rechte Verwendung der Gelder, die dann gelegentlich, wie in Parma, für die Unterstützung der syndikalistischen Presse anstatt für die der Streikenden dienen. Interessant war auch, daß Genosse Ricciardi mit größter Energie gegen die Verschönerung der Kinder aus den Streikgebieten auftrat. Es sei dies eine antipolitische und unrationelle Form der Unterstützung. Wenn man das Geld, was der Transport der Kinder und ihrer Begleitung, sowie der Unterhalt kostete, oder auch nur die Hälfte davon, den Streikenden zuwendete, so würde man die Sache unendlich weit mehr fördern. Dazu wären aber die Arbeiter nicht zu bringen, weil dabei ihre Sentimentalität nicht auf ihre Rechnung käme. Auch sei diese Verschönerung der Kinder für diese selbst vielfach unheilvoll, weil sie sich an einen Wohlstand gewöhnen, auf den sie leider in ihrem Heim wieder verzichten müssen. Nach länger und interessanter Diskussion wurden die folgenden Normen für die Streikunterstützung aufgestellt: 1. Aufrufe zu nationalen oder internationalen Sammlungen sind an die Organisationen ausschließlich durch die Konföderation der Arbeit zu richten. 2. Die Zentralverbände können unter ihren Mitgliedern im Inland und unter dem ausländischen Verbände, an den sie angeschlossene sind, zugunsten von Streiks in ihrem Beruf Sammlungen veranstalten. 3. Die wirtschaftliche Unterstützung eines Streiks durch die Konföderation kann nur durch den entsprechenden Zentralverband und, wo dieser fehlt, durch die Arbeitskammer des Ortes angerufen werden; sind die Streikenden nicht organisiert oder konföderiert, so braucht die Organisation die Unterstützung nicht zu gewähren. 4. Vor der Eröffnung der Sammlung muß sich die Konföderation vergewissern, ob die Unterstützung des Streiks im Interesse der streikenden Kategorie und in dem des Proletariats liegt. Auf alle Fälle darf keine Unterstützung vor dem fünfzehnten Streiktag gewährt werden. 5. Bei Streiks, die die Konföderation unterstützt, hat sie das Recht, auf die Leitung Einfluss zu üben und die Verteilung der Unterstützungen zu kontrollieren. 6. Wenn ein Streik ausfallslos erscheint, so beschließt die Konföderation durch Referendum unter ihrem Aufsicht, ob sie das Streikkomitee zum Aufgeben des Streiks auffordern soll und eventuell die Unterstützung einstellen. 7. Ein teilweiser oder völliger Wechsel der Streikleitung bei unterstützten Streiks darf nur durch die interessierten Organisationen und im Einvernehmen mit der Konföderation erfolgen. 8. Die durch Initiative der Konföderation gesammelten Summen werden durch das konföderale Exekutivkomitee verteilt. 9. Weist nach beendetem Streik ein Ueberfluß der Sammlung, so wird dieser der Zentralstreikkasse zugeführt. 10. Bei Streiks, die von nicht organisierten Arbeitern proklamiert wurden, wird die Konföderation ihr Verhalten von Fall zu Fall entscheiden, stets im Einvernehmen mit dem Zentralverbande des entsprechenden Berufs und der Arbeits-

kammer des entsprechenden Ortes, wenn diese der Konföderation angehören. Schließlich fordert die Konföderation die Organisationen auf, keinen ausgedehnten Streik in ihrem Beruf oder Gebiet zu proklamieren, ohne vorher die Zustimmung der Konföderation einzuholen. Im Falle des Zuwiderhandelns gewährt die Konföderation keine Unterstützung, es sei denn, daß es sich um Abwehrstreiks handele.

Faßt alle diese Beschlüsse sind direkt durch die Erfahrungen des Streiks von Parma angeregt worden. Hier hat das italienische Proletariat fortgefahren, Tausende und Zehntausende von Lire zu geben, als der Streik schon hoffnungslos war, hier haben die Syndikalisten jede Abrechnung verweigert und die nach Ende des Streiks bleibende Summe ihren Fraktionszwecken zugeführt.

Der wichtigste Teil des Kongresses war die Verhandlung und Beschlußfassung über die Stellung der Konföderation zu den politischen Parteien. Wie bekannt, ist die Konföderation von Reformisten gegründet und von Anfang an mit reformerischem Geiste getränkt worden. In Bezug auf die Stellung von Gewerkschaftsbewegung und Politik haben nun unsere Reformisten zwei Phasen durchgemacht und stehen jetzt in der Entwicklung zur dritten. Zuerst wollten sie — und ihre Wortführer waren Turati und Cabrini — jede Politik aus den Gewerkschaften verbannen. Die gewerkschaftlich Organisierten sollten lediglich ihre wirtschaftlichen Interessen schützen und bedurften keiner weiteren Einigung, als dieser Interessengemeinschaft. Dann kam man dazu, in den sogenannten demokratischen Parteien den Rückhalt, den politischen Ausdruck der Bedürfnisse des gewerkschaftlich organisierten Proletariats zu sehen. Die Interessen dieses Proletariats haben immer die Rechtfertigung der Bündnisse mit Republikanern und Radikalen abgeben müssen. In dieser Phase stand der Gewerkschaftskongreß, aber er deutete auch schon die neue an: die Tendenz zur Entwicklung einer Partei der Arbeit, mit eigenen Arbeiterkandidaten, unabhängig von allen Parteien. Vielleicht hat die starke Gegenströmung auf dem Kongreß das offene Hervortreten dieser Tendenz verhindert.

Das Exekutivkomitee der Konföderation hatte eine Tagesordnung vorgelegt, die den Standpunkt der unpolitischen Gewerkschaften vertritt, die Notwendigkeit von Beziehungen mit politischen Parteien anerkennt und als in Betracht kommend bezeichnet: „Die sozialistische Partei sowie die anderen Parteien, die den proletarischen Klassenkampf nicht hindern und Programm und Methoden der Konföderation der Arbeit annehmen. Die Tagesordnung teilt dann der Konföderation und den Parteien ihre Aufgaben zu: die Konföderation solle die Leitung der ökonomischen Bewegung haben und das Recht, den Generalstreik zu proklamieren, die politischen Parteien sollen die Organisation, besonders die Gruppierung an Zentralverbände fördern, im Einklang mit der Konföderation die politischen Manifestationen organisieren usw.“

Gegen diese Tagesordnung nahmen einmal die Syndikalisten Stellung, die, als Geistesverwandte der Reformisten, die Politik aus den Gewerkschaften verbannen wollten. Da sie aber nur sieben Vertreter auf dem Kongreß hatten — die syndikalistischen Organisationen gehören der Konföderation nicht an — blieb ihr Widerspruch einflusslos. Dann wurde aber von Seiten der nichtreformistischen Sozialisten — oder doch nicht so ausgeprägt reformistisch, wie die Führer der Konföderation — gegen die Tagesordnung angeführt: daß sich auch ganz konservative Parteien finden können, die den Klassenkampf nicht hindern, weil er eben eine Last sei und daß es lächerlich sei, den politischen Parteien, die man für bündnisfähig hielt, ihre Aufgaben vorzuschreiben. Die Tagesordnung der Konföderation wurde nun in dieser neuen Fassung abgeändert und von Vertretern der Landarbeiterorganisationen von Ravenna, Mantua, Mirandola u. a. sowie von dem Zentralverband der Staatsarbeiter — im ganzen von etwa 110 000 Organisierten — unterzeichnet.

Die Tagesordnung Turati beginnt mit der Erklärung, daß das Prinzip der politischen Arbeiterorganisationen heute nicht mehr aufrecht erhalten werden könne, sondern der Erkenntnis Raum geben müsse, daß politische und gewerkschaftliche Organisation einander ergänzen sollen. Als politische Parteien, mit denen die Konföderation der Arbeit Beziehungen haben könne, werden bezeichnet, die sozialistische Partei und diejenigen anderen Parteien, die die Methoden des Klassenkampfes und das Programm und die Methoden der Konföderation der Arbeit annehmen.“ Die Tagesordnung fährt dann fort:

„Jeder der beiden großen Organismen, Gewerkschaft und die politisch organisierten Kräfte der Demokratie, hat seine eigene Wesenheit, die seiner Natur entspricht und der gemäß er seine eigene Aktion ganz selbständig regeln muß. Aber der Klassenkampf des Proletariats führe immer mehr auf Gebiete, auf dem Forderungen durch Einvernehmen mit den politischen Parteien erleichtert werden. Darum wird der proletarische Kampf um so fruchtbarer sein, je mehr die beiden Organisationen im Einklang vorgehen, ohne ihre Wesenheit und Unabhängigkeit, und die Einheitlichkeit und Kontinuität ihrer Aktion einzubüßen.“

Sobald sich Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit einiger Kampfmethoden ergeben sollten, so haben die beiden Organisationen durch ihre Exekutivkomitees im wechselseitigen Interesse die Grundlagen des Einvernehmens festzustellen.

Der Kongreß erklärt, daß die Gewerkschaften ihre Pflicht im Kampfe für die Befreiung der Arbeiterklasse nur erfüllen, wenn sie gleichzeitig eine energische und klaffenbewusste Aktion auf politischem Gebiete entfalten und daß die politischen Parteien nur dann den Grundlagen der Demokratie gehorchen, wenn sie bei jeder Gelegenheit und mit jedem Mittel die Gewerkschaften in ihrem Kampfe für die soziale Ordnung der Arbeiterklasse unterstützen.

Er erklärt weiter, daß die immer wachsende Konzentration der Produktionsmittel sowie die Vermehrung und Erstarren der Unternehmerorganisationen die Arbeiterorganisationen zur Ohnmacht verurteilen würden, wenn diese sich allein ihre Veranlassungen angelegen sein ließen, sich auf den Boden des Verbandsgewinnens stellten, den Lokalismus der Organisationen begünstigten oder die Theorie der Interessensharmonie zwischen Kapital und Arbeit gelten ließen.

Deshalb erklärt der Kongreß, daß ausschließlich der Konföderation zuzukommen:

- a) Die Leitung der wirtschaftlichen Streiks der der Konföderation angehörenden Organisationen, soweit sie allgemeine Interessen des Proletariats betreffen;
b) Die Entscheidung über die Eröffnung von Sammlungen unter den konföderierten Organisationen für Streiks in Berufen, deren Zentralverbände im Widerstreit zur Konföderation oder deren Verband in Konflikt zu ihrem Zentralverbände stehen;
c) Die Proklamierung des Generalstreiks in allen Berufen, und beschließt, es dem Exekutivkomitee und deren Aufsicht zu überlassen, die Beziehungen mit den oben erwähnten Parteien, den allgemeinen Ereignissen und der politischen Opportunität entsprechend zu regeln.“

Diese Tagesordnung zeichnet sich nicht durch besondere Schärfe und Klarheit aus, was wohl daraus beruht, daß die Aemendments in die alte Tagesordnung der Konföderation eingefügt wurden. Immerhin ist es klar, daß sie als „bündnisfähig“ nur die sozialistische Partei gelten läßt, und die republikanische, soweit sie ihre bürgerliche Wesenheit und ihre Gesichtsverleugner und die Methode des Klassenkampfes als ihre Methode gelten läßt. Befremdend ist, daß die Unterzeichner den Generalstreik, der eine eminent politische Manifestation ist, der Kompetenz der Konföderation der Arbeit zuweisen.

Die Leiter der Konföderation fanden denn auch, daß ihnen die Tagesordnung mehr gab, als sie ihnen nahm, und stimmten für sie, wodurch der Versuch der Unterzeichner, eine Opposition zusammen-

zu scharren, vereitelt wurde. Die Unterzeichner der Tagesordnung haben nur die Befriedigung, ihrerseits den Plan vereitelt zu haben, auf dem Kongreß die Grundlage eines großen demokratischen Wahlblocs zu schaffen.

Mit der Abstimmung über diese Tagesordnung, die mit allen gegen die sieben Stimmen der Syndikalisten durchging, war das Hauptinteresse des Kongresses erschöpft. Auch war man am Nachmittag des vierten und letzten Verhandlungstages angelangt und die Delegierten waren müde. Nach der Wahl des Exekutivkomitees und des Nationalrats, die im wesentlichen den Status quo bestätigten, werden die Referate Cabrini und d'Aragona über Arbeiterversicherung entgegengenommen und ihre Forderungen fast ohne Diskussion gebilligt. Wir werden Gelegenheit haben, auf diese Forderungen zurückzukommen, wenn sie vor das Parlament gebracht werden.

Zur Frage Generalstreik und öffentliche Dienste hatte Genosse dell'Abalia, Sekretär der Mailänder Arbeitskammer, ein Referat vorgelegt, in dem er für die das ganze Land umfassenden Generalstreiks auch die Arbeitskündigung der Arbeiter der öffentlichen Dienste — Eisenbahnen, Trams, Beleuchtung usw. — forderte, für lokale Streiks aber die Fortführung dieser Betriebe verlangte, da ihre Unterbrechung eine so tiefgehende Störung des sozialen Lebens mit sich bringt. Es zeigte sich aber bei der Diskussion, daß die Frage noch nicht genügend geklärt war, weshalb man beschloß, dieses Thema auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen.

Schließlich referierte Genosse Bagliari über die Stellung der Gewerkschaftsangehörigen, für die er Berufsausbildung durch besondere Kurse und bessere Bezahlung verlangte, worauf der Präsident, Genosse Chiesa, den Kongreß mit einem Rückblick auf die gethane Arbeit und dem Wunsch für weitere gedeihliche Fortschritte schloß.

Der Kongreß, der auch in der bürgerlichen Presse viel Beachtung gefunden hat, war besonders dadurch bemerkenswert, daß die Verhandlungen mit ganz wenigen Ausnahmen ausschließlich von Arbeitern geführt wurden. Durch Ernst und Sachlichkeit sich er vorteilhaft von dem italienischen Parteitag ab. Daß die Meinungen nicht heftig aufeinander prallten, war freilich schon dadurch bedingt, daß die dissidenten Organisationen der Konföderation gar nicht beigetreten sind. Jedenfalls hat die Zentralorganisation unserer Gewerkschaften gezeigt, daß sie praktische Arbeit zu leisten versteht. Möge sie auch in Zukunft zeigen, daß sie der praktischen Arbeit und den praktischen Interessen der Gewerkschaften nicht die idealen Forderungen des Sozialismus unterzuordnen bereit ist. —

Gerichts-Zeitung.

Ein sechszehnjähriger Sittlichkeitsverbrecher.

Vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts Berlin III stand gestern der fast 17jährige Arbeitssuchende Kurt Keller, der beschuldigt ist, durch fünf Handlungen Sittlichkeitsverbrechen in Schöneberg begangen und am 5. Januar d. J. Totschlag an der vierjährigen Elise Michlke im Hause Knobelsdorffstraße 37 zu Charlottenburg verübt zu haben. Den Vorfall führt Landgerichtsdirektor Reichhelm, die Anklage vertritt Staatsanwalt Mat Michaelis, die Verteidigung führt Rechtsanwält Hauke. Es sind 37 Zeugen vorgeladen, ferner als Sachverständige Oberarzt Dr. Reustadt, Westend, Medizinalrat Dr. Büttow-Charlottenburg, Gerichtschreiber Dr. Jeserich und Gerichtsarzt Dr. Marg. Die Öffentlichkeit wird während der Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Der seit dem 4. März in Untersuchungshaft sitzende Angeklagte ist ein kleiner, schmachtiger, noch sehr jugendlich aussehender Mensch, der einen Teil seiner Untaten in gewisser harmloser Art zugibt. In seinen Personalakten gibt er an, daß er am 6. Oktober 1891 geboren sei. Er ist der Sohn der unehelichen Marie Keller, jetzigen Frau Börnig. Der Angeklagte hat die Schule bis zum 15. Lebensjahre besucht und ist nur bis zur vierten Klasse gekommen. Im Jahre 1906 ist er aus der Schule entlassen worden, dann war er in den verschiedenen Stellen als Lauf- bzw. Arbeitssuchender beschäftigt. Am 4. März ist er in Steglitz verhaftet worden. Krankheit, die Zweifel an seiner geistigen Gesundheit zulassen, hat er nicht durchgemacht. Auf Befragen des Vorsitzenden, ob er Rauschgeschäften gefolgt, erklärt der Angeklagte, daß er „Buffalo Bill“ und „Mid Carter“ gelesen. — Er gibt in zwei Fällen die ihm zur Last gelegten unsittlichen Handlungen an einem kleinen Jungen und einem kleinen Mädchen unumwunden zu; den dritten Fall, in welchem es sich gleichfalls um ein an einem kleinen Mädchen begangenes Sittlichkeitsverbrechen handelt,

bekreitet er sichtlich,

nachdem er ihn früher unumwunden zugegeben hatte. Ebenso bekreitet er den Hauptfall der Anklage, die Tötung der kleinen Elise Michlke. Diese ist, wie bekannt, am Sonntag, den 5. Januar, nachmittags 5 Uhr, von einem jungen Mann in das Haus Knobelsdorffstraße 37 verschleppt und ihr der Bauch aufgeschlitzt worden. Das Kind ist den furchtbaren Verletzungen erlegen. Der Angeklagte hat bei seiner vorantworlichen Vernehmung vor der Polizei auch diese schreckliche Tat

mit allen Einzelheiten zugegeben;

er hat dann auch ein ganz freies Geständnis vor dem Untersuchungsrichter abgelegt. Nachher hat er das Geständnis widerrufen. Später hat er sich aus freiem Antriebe vorführen lassen und angegeben, daß er doch der Täter sei. Er hat auch bei dieser Gelegenheit die Tat mit allen Einzelheiten beschrieben, den Tatort genau bezeichnet und die Kleidung der Michlke geschildert usw. usw. Trotzdem bekreitet er in heutigen Termin, die Tat verübt zu haben. Der Vorsitzende hält ihm wiederholt eindringlich vor, daß er bei seinen Geständnissen so viel zutreffende Einzelheiten der Tat angegeben, die nur jemand kennen konnte, der wirklich der Täter sei. Er weiß keinen irgendwie plausiblen Grund anzugeben, wie er dazu gekommen ist, seine Geständnisse abzuleugnen und woher er die Einzelheiten der Tat kannte. Auf Vorhalt meint er, er habe das polizeiliche Protokoll gelesen, es wird ihm aber sofort nachgewiesen, daß in diesem die Einzelheiten nicht enthalten waren. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten weiter vor, daß er doch unmöglich glauben konnte, sich durch ein solches Geständnis zum Helde zu stemeln. Der Angeklagte gibt sodann an: er habe die Tat zugegeben, weil er gedacht habe, es könnte am Ende nicht so schlimm werden; er habe nicht geglaubt, daß er vor Gericht kommen werde, sondern angenommen, daß man ihn vielleicht

in eine Erziehungsanstalt bringen könnte.

Bei dem Vorhalt bestimmter Einzelheiten seines Geständnisses verknüpft sich der Angeklagte einmal, indem er dem Vorsitzenden erklärt: „Die Kleider des Mädchens habe ich nicht durchgesehen, sondern nur die Trikotosen.“ Die Verletzungen der kleinen Elise Michlke sind nach dem Gutachten der Ärzte, die die Obduktion ausgeführt haben, ganz furchtbare gewesen. Der Stoß mit dem Messer, das diese Verletzungen hervorgerufen, muß mit großer Gewalt geführt worden sein. Die Verweissung zu den einzelnen Fällen erzieht sich ihrer ganzen Natur nach größtenteils der Wiedergebete. Der Angeklagte hat u. a. ein kleines Mädchen, dem er einen Ring geschenkt habe, in einem Hause verewaltigen wollen. Als das kleine Mädchen schreien wollte, hat ihr der Angeklagte gedroht,

sie zu erschlagen,

wenn sie schreien würde und ihr den Mund zugehalten. Diesem kleinen Mädchen ist es zu danken, daß man auf die Spur des An-

geklagten gekommen ist. Letzterer ging eines Tages an der Wohnung der Mutter des Kindes vorbei und bei seinem Anblick schrie das Mädchen: „Mutterchen, da geht der Räuber!“ Vermüdigterweise hat eine kleine Zeugin, die Schülerin Luise Feske, die am 5. Januar den Attentäter nach der Tat aus dem Hause hatte herauskommen sehen, bei der Gegenüberstellung behauptet, daß der Angeklagte nicht der verbrecherische Mensch sei; dieser habe anders ausgesehen und sei größer gewesen. Als die Eltern des getöteten Kindes, Major Julius Niehle und dessen Frau, das Kind fragten, was ihm denn passiert sei, antwortete es: „Der Junge hat mich gestochen.“ Nach der Ansicht der Eltern und anderer Zeugen muß die Tat zwischen 4 und 5 Uhr, etwa um 4 1/4 Uhr, begangen sein. — Das 12jährige Schulmädchen Luise Feske befindet: sie hat am Sonntag, den 5. Januar mit ihrem Bruder und der kleinen Elise Niehle auf der Straße gespielt. Hinter ihnen stand ein Mann, welcher zuhörte, was sie sich erzählten. Als die Elise in das Haus gegangen war, ging der Mann hinterher. Nach einiger Zeit ist der Mann aus dem Hause herausgekommen und hat zu ihr gesagt: „Geh doch mal hinein, das kleine Mädchen ist hingefallen.“ Da hat sie dann die Elise am Boden liegend vorgefunden. — Von dem Manne gibt die Zeugin eine Personalbeschreibung,

die auf den Angeklagten nicht paßt. Der Angeklagte muß aus dem Anklageraum heraustraten und sich seinen Gut aussprechen. Die Zeugin bleibt dabei, daß dies nicht der Mann sei, der aus dem Hause gekommen und ihr die obige Bemerkung gemacht habe. Eine genaue Zeitbestimmung, wann die Vorgänge sich abgespielt haben, ist von den Zeugen nicht zu erlangen. — Ein Strafgesangener F. ist im Gefängnis mit dem Angeklagten ins Gespräch gekommen. Dabei hat der Angeklagte erzählt, daß er wegen Sittlichkeitsverbrechen sitze und als der Zeuge sagte: „Du sollst ja auch einen Mord begangen haben, wie kannst Du so etwas tun“, antwortete der Angeklagte: „Das ist nicht genau raus!“ Dann hat er den Zeugen gefragt: „Wieviel kann ich denn kriegen, wenn ich einen Mord begangen habe?“ und darauf die Antwort erhalten: „Fünfzehn Jahre Gefängnis.“

Der Bahnwärter Krumborn, der frühere Pfleger der Angeklagten, befindet, daß dieser in der Schule schwer gelernt habe, wiederholt sitzen geblieben und schließlich in der 4. Klasse eingeklagt sei. Er selbst habe den Angeklagten, der häufig gelogen und öfter dumme Streiche verübt habe, wiederholt gequält.

Jugendlichen Anlaß zu der Annahme, daß A. geisteskrank sei, hat Zeuge nicht. Er hat auch dem Angeklagten wiederholt Indianer- und sonstige Schauererzählungen, die er noch des Nachts im Bett lesen wollte, weggenommen. Das feinerzeit gesunde Messer, mit dem die Tat verübt sein soll, wird von dem Zeugen als sein Eigentum refognosziert, während der Angeklagte behauptet, daß das Messer ihm selbst gehöre.

Da verschiedene Zeugen sich nicht mehr bestimmt auf den 5. Januar besinnen konnten, so kürzte sich die weitere Verhandlung wesentlich ab.

Der Gerichtsarzt Dr. Marx hat den Angeklagten in dem Untersuchungsgefängnis auf den Geisteszustand untersucht und ist zu folgendem Gutachten gekommen: Der Angeklagte ist ein geistig mindertwertiger und etwas schwachsinziger Mensch, auf den aber weder der § 51 noch der § 56 des Strafgesetzbuches in Anwendung zu bringen ist. Der Angeklagte habe die zur Erkenntnis der Strafbarkeit seiner Handlungsweise erforderliche Einsicht sehr wohl gehabt, da ihm eine gewisse Intelligenz nicht abzusprechen sei.

Staatsanwaltschaftsrat Michaelis hielt den Angeklagten durch die gesamte Beweisaufnahme nicht nur des Sittlichkeitsverbrechens in Ideal Konkurrenz mit Totschlag für überführt. Selbst wenn es sich um einen erst 16jährigen Jungen handelte, so müsse doch, um abschreckend zu wirken, eine exemplarische Strafe gegen den Angeklagten verhängt werden. Der Antrag des Staatsanwalts lautete deshalb auf 6 Jahre und 6 Monate Gefängnis!!

Rechtsanwalt Jauke machte geltend, daß man es sich gerade bei einem so jugendlichen und unreifen Menschen, der unter einer so schweren Anklage stehe, dreimal überlegen müsse, ob die vorhandenen Schuldbeispiele zu einer Verurteilung ausreichen. Gerade in dem vorliegenden Falle, wo der Angeklagte in so planloser Weise abwechselnd zugestanden und bestritten habe, müsse man sehr vorsichtig sein und eher zu einem non liquet kommen, als den jugendlichen Angeklagten, der nach dem Gutachten auch noch geistig mindertwertig sei, zu verurteilen.

Das Gericht kam auch bezüglich des Falles Niehle, Totschlag und Sittlichkeitsverbrechen, auf Grund eines non liquet zu einer Freisprechung des Angeklagten, da die vorhandenen Beweise doch nicht in genügender Weise ausreichten. Wegen Sittlichkeitsverbrechens in den drei übrigen Fällen wurde der Angeklagte zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Vermischtes.

Cholera und Pest.

In den letzten 24 Stunden sind in Petersburg 335 neue Choleraerkrankungen vorgekommen. 129 Personen sind gestorben. Die Zahl der Kranken beträgt jetzt 1257.

In Manila, dem großen Choleraherd auf den Philippineninseln sind während der letzten 11 Stunden bis gestern abend 7 Uhr 88 Cholerafälle, von denen 17 tödlich verliefen, gemeldet worden.

Auf dem am 21. August aus Bombay in Triest eingetroffenen Dampfer „Franz Ferdinand“ erkrankte gestern der Steuermann Sponja an pestverdächtigen Erscheinungen und starb bald darauf im Infektionshospital. Auch ein Matrose ist gestern unter verdächtigen Erscheinungen erkrankt. Die bakteriologische Untersuchung ergab Beulenpest. Der Dampfer ist in die Quarantäneestation gebracht worden. Wahrscheinlich ist, daß an Bord des „Franz Ferdinand“ Rattenpest ausgebrochen ist. Von Seiten der Seebehörde sind die weitestgehenden Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Religiöser Wahnsinn.

Wie aus Bromberg gemeldet wird, nahm ein junges Dienstmädchen von dem Gute Colez eine Kanne mit Petroleum und begab sich nach einem an dem Wege nach Jarichomowo stehenden Kreuz. Nachdem sie sich über und über mit Petroleum begossen hatte, zündete sie ihre Kleidung an und warf sich mit ausgebreiteten Armen vor dem Kreuz. In dieser Lage wurde sie später in schrecklich verbranntem Zustande tot aufgefunden.

Eingegangene Druckschriften.

Herr. Frhr. v. Reitzenstein. Die Entwicklungsgeschichte der Rede. Stuttgart, Francksche Verlagsbuchhandlung. 1 B., geb. 2 B.
Mars, Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Herausgeber L. Thoma, D. Heise, A. Langen, K. Kram. Zweites Septemberheft. Preis 1,20 M. Verlag von Albert Langen in München.
Johannes Schlot. Unter weltweitem Schisma. Ein Wort zu der modernistischen Bewegung. 50 Bl. Verlag F. Schardt in Leipzig.
Moderne Literatur und Schule von Dr. Th. Gerold. 20 Bl. Verlag R. Döffe in Leipzig.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter **Karl Kühnel** am 17. September an Magenleiden gestorben ist. 122/5
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 21. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Niddorf, Hermannstraße, aus statt. Rege Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Am 16. d. Mts. verstarb nach kurzer Krankheit unser Mitglied, der Buchbinder **Artur Stolz** im 19. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 20. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes in Niddorf, Hermannstraße, aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschl.
Verwaltungsstelle Groß-Berlin.
Todes-Anzeige.
Durch ein schweres Unglück verstarb am 9. September das Mitglied **August Matzdorf.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 21. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedbergstraße aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. 146/1 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinensarbeiter **Ernst Schultze** am 17. September gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 21. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Niddorf, Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 90/16 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Freunden und Bekannten sowie den Stützkreuzen der Firma Knauer meinen besten Dank. 106/35
Georg Roskus u. Kinder.
Großer farbiger Glaçeleder-Abfall
wird zu kaufen gesucht, **Karl Haas, Wien, XVI. Bez., Richard Wagnerplatz 12**

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter **Emma Buczynski geb. Warneke** am Freitag, den 18. September, vormittags 8 Uhr, nach langem, schwerem Leiden im Alter von 33 Jahren sanft entschlafen ist. Um stilles Beileid bittet **J. Buczynski** Witte.
Die Beerdigung findet am Montag, den 21. September, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Waldmannslust, Waldmannstr. 1, aus statt. 1678b

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Emma Bussäus** sage ich allen Verwandten und Bekannten, den Bundesgenossen des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“, dem Sparverein „Konfordia“, dem Gesangverein „Solidarität“, den Kollegen meinen herzlichsten Dank. Der trauernde Witte **Hugo Bussäus.**

Allgemeine Orts-Krankenkasse Spandau.
Bekanntmachung.
Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. Juni 08 und Genehmigung des Bezirksausschusses zu Potsdam vom 1. August 08 276/20 lautet § 30 Biffer 1-4 Jordan: für die I. Klasse auf 36 Pf., II. „ „ 72 „ „ III. „ „ 48 „ „ IV. „ „ 24 „ „ Diese Beiträge treten mit dem 28. September 08 in Kraft. Der Vorstand. Wolf, Vorsitzender.

BUCHHANDLUNG VORWÄRTS
BERLIN SW. VI. LINGENSTR. 10
Vereinsgesetz
vom 19. April 1908
Mit Ausführungsbestimmungen für den praktischen Gebrauch, erläutert v. WOLFGANG HEINE Rechtsanwalt in Berlin u. Mitglied d. Deutschen Reichstags
Zweite Auflage: Preis 50 Pfennig

Weltmanns Trauermagazin
Gesamtgeschäft Berlin W., Mohrenstraße 37a, kein Eckhaus, und Berlin NO., Gr. Frankfurter Str. 115, kein Eckhaus, erledigt seine Vertikungsfähigkeit und seine billigen Preise durch Nummerparade u. geringe Spesen. Gewöhnliche Auswahl in fertiger Trauer- u. Garderobe für Damen und Mädchen.

Ehe Sie nicht gesehen haben, können Sie sich kein Urteil bilden!
Deshalb sehen Sie sich, bitte, zuerst die Ausstellungen in meinen Geschäftshäusern
Berlin W., Mohrenstraße 37. } kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemstraße, und
Berlin NO., Gr. Frankfurter Str. 115 } kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstraße
an! Sie kaufen bei mir die **neuesten Herbst- u. Winter-Original-Modelle**
Reisemuster und Kopien hocheleganter, gediegener und einfacher Ausführung in **Mänteln, Kostümen, Pelzkonfektion, Phantasiepiecen, Jacketts-, Abend- u. Theatermänteln, Plüsch- und Astrachan-Konfektion, Kleidern, Röcken, Blusen**
mit folgenden bereits über die Hälfte herabgesetzten Preisen:
Originalwert bis M. 22.— bis M. 30.— bis M. 45.— bis M. 60.— bis M. 120.—
jetzt nur M. 10 — nur M. 14 — nur M. 20 — nur M. 35 — nur M. 50 usw.
Imitierte Persianer-Jacketts M. 75.— p. Stück!
Prüfungs- und Einsegnungskleider außerordentlich billig!
Uebergangsmäntel neuester Mode schon zu M. 8.— zum Ausschauen!
Gratis bei Einkauf von nur M. 15.— an ein eleganter Bordürenrock oder eine Bluse!
Sonntag geöffnet 8-10, 12-2 Uhr.
Eleg. Trauer-Magazin
Besuch möglichst vormittags arbeiten, nachmittags ist der Andrang zu stark!

CREDIT AN ALLE
Möbel Misch
Bar- oder Teilzahlung
Möbel-Spezial-Geschäft
Wilhelm Misch, Sr. 45/46 L. u. II.

Reste!
Damentuche, schwarz und farbig. Costumes-Stoffe (neueste Muster, zu jeder Saison), Astrachan, Krimmer, Wellplüsch, Seidenplüsch, Velours du Nord, Sammet, Seide, Velvet etc. 4147L.
Atelier für künstlichen Zahnersatz
Zahnziehen — Plombieren.
Alfred Faustmann, Waldemar-Str. 49.

Confektion
Paletots, Jacketts, Costumes und Costumesröcke in großer Auswahl.
C. Pelz, Kottbuser 5.
Möbel
von **F. & L. Engelke**
Kastanien-Allee 93 u. 28.
Gediegene Arbeit. !! Außerst billige Preise!!
Teilszahlung gestattet.
Eigene Tischler- u. Tapezierer-Werkstätten.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Marktplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4.
Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 36462
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Die Harnleiden
Ihre Gefahren, Verhütung und Beseitigung von **Dr. med. Schaper, BERLIN** — Preis 1 Mark. 5000 Exemplare
Verlag Max Richter Frankfurt (Oder) Buchhandlung-Casseler

Anzüge u. Paletots nach Maß
aus Ia Stoffen. Monats- u. nicht abgeholtte Sachen haarend billig.
Maßschneiderei Voß, nur Brunnenstr. 3. I (Rosenthal Tor)

Arbeiterhäuser
für Hülfs- und Landarbeiter zu verkaufen und sofort zu beziehen. Geringe Anzahlung. Zuschriften an **Hm. 568. Daube & Co., Potsdamer Straße 3.** 187/6

Achtung!
Sumatra-Deckblatt
zweite Länge Vollblatt, lebhaftes Farben, schönes weißes Brand und gute Deckkraft.
verzollt per Fund 3.40
Typen versenden gerne gratis und franco. 175/2
Hamburger Robtabak-Haus
Filiale: **BERLIN N., Brunnenstr. 190.**

Von der Reise zurück **Dr. W. Pleßner, Adalbert-Str. 5.**
Von der Reise zurück: **Dr. med. Schaper**
homöop. Arzt, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, Königgrätzer Straße 27, I.

Tischler, 158/15
welche sich selbständig machen wollen, in Einzelunternehmungen oder Genossenschaft erhalten **Betriebskapital** bis zur Höhe ihrer eigenen Einlage. Offerten unter O. L. 570 Rudolf Mosse, Peterburger Str. 2.

Berliner Uk-Trio.
Felix Scheuer Sirensiederstr. 1.

Kassenbäder jeder Art **Augusta-Bad, Köpenickerstr. 69**

Wer — Stoff — hat, fertige Herrenanzug 20 M., feinste Zutaten, zwei Anproben, für guten Sitz belam goldene Weidalle. **Ludwig Engel, Prenzlauerstr. 23. II (Alexanderplatz).** Begründet 1892. — Reife zu Anzeigen (postbillig). Gelegenheitsverkauf von 5 M. pro Meter reine Wolle, neueste Muster. Spezial: Winterpaletot Napoleon nach Maß 30 M. Ein Besuch führt zu dauernder Kundshaft. Ohne Konkurrenz.
Empfehlen den Genossen unser Sargmagazin **Beerdigungsinstitut „Solidi“**
H. Fischer & Kreutzberger, Niddorf, Pfäfersstraße 70, Ecke Friedbergstr. Amt Niddorf (jetzt 498)

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Montag, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, im Deutschen Hof, Ludaner Straße 15: 66/3

Vortrag mit Lichtbildern

„Das Leben und die Kunst Giovanni Segantinis.“ Referent: Dr. Kern. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Branche der Vergolder.

Montag, 21. September cr., abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 68/59:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. „Vor dreißig Jahren.“ Vortrag des Genossen M. Schütte.
 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Branchenvorstandes. 4. Verschiedenes.
- Eintritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches. Zahlreiches Erscheinen dringend notwendig. 90/14 Der Branchenvorstand

Maschinenarbeiter.

Donnerstag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, in Soetere's Hof, Webersstr. 17:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Link über: „Arbeiterversicherung“.
 2. Diskussion. 3. Branchenanliegen. 4. Verschiedenes.
- Wichtiges Buch legitimiert! Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Die Branchenkommision.

Kisten- und Koffermacher.

Montag, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus Engelauer 15, Saal 1:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Wirtschaftskrise in unserer Branche. 2. Die bevorstehenden Gewerkschaftswahlen. 3. Das neue Statut. 4. Branchenanliegenheiten.

Bodenleger.

Mittwoch, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus Engelauer 15:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission. 2. Wahl der Kommission, des Obmannes und des Berichtsammlers. 3. Branchenanliegenheiten.

Kammacher.

Mittwoch, den 23. September 1908, abends 8 1/2 Uhr, in Soetere's Hof, Webersstr. 17:

Branchen-Versammlung der Kammacher und aller in der Zelluloid-Haarschmuck-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin Martha Jeeke über: „Der Kampf um eine kulturwürdige Menschheitszivilisation“.
 2. Diskussion. 3. Berichtsammler. 4. Verschiedenes.
- Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist es Ehrenpflicht eines jeden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen. Kollegen! Bringt Eure Frauen mit! Die Kommission.

Jalousie-Arbeiter.

Mittwoch, d. 23. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Anton Soetere, Webersstr. 17:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Obleute und der Vertrauensleute. 2. Diskussion. 3. Branchenanliegenheiten. 4. Verschiedenes.
- Die Kommissionsmitglieder müssen eine Stunde früher erscheinen. Die Kommission.

Bürsten- und Pinselmacher.

Mittwoch, den 23. September 1908, abends 8 1/2 Uhr, bei Vreuch, (Hilberlein-Ausschnitt), Holzmarktstr. 65:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Schönborg. 2. Diskussion. 3. Branchenanliegenheiten. 4. Verschiedenes.
- Die Branchenkommision.

Modell- und Fabriktschler sowie Modelldrechsler

Donnerstag, den 24. September, abends 8 Uhr, bei Schmidt, Gartenstr. 6:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die gegenwärtige Lage in unserer Branche. 2. Diskussion. 3. Branchenanliegenheiten.

Küchenmöbelbranche.

Donnerstag, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Leopold über: Die gegenwärtige Lage in der Holzindustrie. 2. Branchenanliegenheiten.
- Die Kollegen von Weissenoe und Bixdorf sind hierzu besonders eingeladen. Mitgliedsbuch legitimiert! Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Sonntag, 27. September 1908, im großen Saale des Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Vortrag des Herrn Otto Roth-Berlin über:

„Im Reiche der schwarzen Diamanten“ (mit zahlreichen Lichtbildern).

1. Die Entdeckung der Steinkohle (mit 14 Lichtbildern);
2. Das Leben und Treiben im Steinkohlenbergwerk (mit 31 Lichtbildern);
3. Übungen der Rettungsmannschaften (mit 4 Lichtbildern);
4. Die Arbeiterkolonien (mit 15 Lichtbildern);
5. In den Kohlenhöfen von Ruhrort (mit 9 Lichtbildern).

Eröffnung 7 Uhr. Beginn 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Garderobe (gegen Vorzeigen des Billets) frei.

Nach dem Vortrag:

Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Montag, den 21. September 1908, abends pünktlich 8 Uhr, in den Wäfflerfäden, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m:

Große öffentl. Versammlung

aller Wäschezusneider, Näherinnen, Plätterinnen, Wäscherinnen, Heimarbeiterinnen und aller in Wasch- u. Plättanstalten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung: 1. Welchen Wert haben Tarifverträge, insbesondere die neuen Tarifvereinbarungen in der Wäschebranche? Referent: Ad. Wuschel. 2. Freie Aussprache. 252/11

Kollegen und Kolleginnen! In dieser Versammlung laden wir alle in der Branche Beschäftigten ein, um jedem Gelegenheit zu geben, vor endgültigem Abschluss der neuen Tarifvereinbarungen sich zu informieren und seine Ansichten darüber zu äußern. Jedermann hat Zutritt. Mitglieder werden aufgenommen. Erscheint in Reihen! Die Ortsverwaltung Berlin III.

Verband der Schneider und Schneiderinnen. Filiale Berlin.

Knaben-Konfektion!

Montag, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Gracetz, Große Frankfurterstr. 30:

Versammlung

für alle in der Knabenkonfektion beschäftigten Werkst. u. Heimarbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung: Die Bedeutung der Gewerkschaften im öffentlichen Leben. Referent: Kollege Weicker-Beitzig. 163/19

Angesichts der schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Knabenkonfektion ist es Pflicht aller in dieser Branche Beschäftigten, diese Versammlung zu besuchen. Die Kommission.

Verband der Bureauangestellten

und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands Ortsgruppe Groß-Berlin.

Montag, 21. September, abds. präz. 8 Uhr, in den Wäfflerfäden, Kaiser-Wilhelm-Straße 18 m:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Johannes Sassenbach über: Gewerkschaftliche Literatur. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kleber! Achtung!

Mittwoch, den 23. September, abends 8 Uhr, bei Meyer, Cranienstraße 103:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Pönicks. 2. Bericht der Baukontrollen. 3. Verschiedenes. 177/20

Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Sektionsleitung.

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Brunnenstr. 185 Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergewerkschaft Berlins. Empfiehlt sich allen Arbeitern, Parteigenossen und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter Herren- u. Knabengarderobe

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.

Große Auswahl in Sommer-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fant.-Westen

in allen Größen und Preislagen sowie

Arbeiter-Berufskleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Betriebswerkstätten unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten der Konsum-Genossenschaft Berlins u. Umgegend, des Berliner und Charlottenburger Konsum-Vereins und des Arbeiter-Radfahrer-Bundes.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Schullokale: Grenadierstr. 37, Hof geradezu 1 Tr.

Zehrplan für das 4. Quartal 1908.

Montag: **Naturerkenntnis.** (Erster Teil.) Geschichte der Naturerkenntnis. Die Elemente. Auf dem Wege zur Urmaterie. Die unsichtbaren Strahlen, das Radium und die Elektronentheorie. Die Entwicklung des Weltalls. Unser Sonnensystem. Die Sternwelt. Die Erdzeitalter. Vortragender: Emanuel Wurm.

Dienstag: **Gesetzeskunde.** (Die Rechtsentwicklung im Deutschen Reich.)

1. Der Norddeutsche Bund. Die Reichsverfassung. Reichsgewalt und Einzelstaaten. 2. Der Klassencharakter des heutigen Staates: Monarchie und Bürokratie. Regierung und Selbstverwaltung. 3. Die Mitwirkung des Volkes. Reichstag und Landtage. Das Staatsbudget. Politische Freiheitsrechte: Vereinigungs-, Glaubens- und Redefreiheit. 4. Wirtschaftliche Freiheitsrechte: Freizügigkeit, Gewerbefreiheit und Koalitionsrecht. Neue und alte Gebundenheit. Innungswesen. Gesinde und Landarbeiter. 5. Das Privatrecht. Entstehung des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Soziale Ansätze und feudale Überreste. Handelsrecht. Genossenschaften. 6. Das Familienrecht. Die Stellung der Frau. Das Kind. 7. Gerichtsverfassung und Prozess. Juristen- und Laienrechtsprechung. Gewerbe- und Schiedsgerichte. 8. Das Strafrecht. Strafprozess. Strafvollzug. Reformbestrebungen. Ausnahmegesetze und Klassenjustiz. 9. Die Gemeindeverwaltung. Klassenherrschaft und Bevormundung. Polizei und Verwaltungsrecht. 10. Das Kirchenrecht. Die katholische und die evangelische Kirche. Der Kulturkampf. Kirche und Schule. Der christliche Staat. 11. Soziale Gesetzgebung. Arbeiterschutz. Arbeitsversicherung. Die Fragen der Arbeitervertretung und des Arbeiterrechts. 12. Rückblick und Ausblick: Die sozialen Faktoren der Rechtserzeugung. Die Mitwirkung der Arbeiterbewegung in Gesetzgebung und Verwaltung. Das Recht als Herrschaftsmittel und als notwendiges Ordnungselement. Sozialismus und Recht. Vortragender: Simon Katzenstein.

Mittwoch: **Gewerkschaftswesen.** (Geschichte, Theorie und Praxis der Gewerkschaften.)

Vorläufer der Gewerkschaftsbewegung. Die ersten gewerkschaftlichen Organisationen in Deutschland. Die Gesetzgebung im Kampf gegen die Gewerkschaften. Entwicklung der Gewerkschaften von 1800-1908. Zentralisationsbestrebungen. Partei und Gewerkschaften. Die gegnerischen Gewerkschaftsorganisationen in Deutschland. Die wichtigsten gewerkschaftlichen Strömungen des Auslandes. Taktik der freien Gewerkschaften in Deutschland. Die Weiterentwicklung der deutschen Gewerkschaften. Vortragender: Emil Dittmer.

Donnerstag: **Rednerschule.**

1. Die Bedeutung und Notwendigkeit der freien Rede. Die Grenzen der natürlichen Beredsamkeit. Die Redekunst. Die Rede nach Form und Inhalt. Dispositionslehre. 2. Technische Hilfsmittel: Die Registratur. Die Nachschlage-Bibliothek. Das Manuskript. 3. Praktische Übungen im Reden und Diskutieren. Vortragender: Max Grunwald.

Freitag: **Nationalökonomie.** (Einführung in die Nationalökonomie. Erster Teil.)

Begriff und Aufgabe der Nationalökonomie. Ihre Methode. Kauf und Verkauf. Ware, Preis und Geld. Der Wert, Gebrauchs- und Tauschwert. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage. Wert und Arbeit. Die gesellschaftlich notwendige Arbeit. Das Maß des Wertes. Die verschiedenen Intensität der Arbeit. Der Wert des Grund und Bodens sowie der ursprünglichen Rohstoffe. Woher kommt der Profit. Profit und Handel. Die Produktionskosten und der Wert. Der Arbeitslohn. Die Lehre vom Mehrwert. Vortragender: Julian Borchardt.

Sonabend: **Geschichte.** (Geschichte des Sozialismus. I. Teil.)

1. Die Kommunisten des klassischen Altertums. 2. Urechristentum und Kommunismus. 3. Der ketzerische Kommunismus im Mittelalter. 4. Die deutschen Kommunisten der Reformationszeit. 5. Thomas Morus und Campanella. 6. Der Sozialismus in der englischen Revolution. 7. Meillier und andere französische Sozialisten des 18. Jahrhunderts. 8. Morelly. 9. Der Sozialismus und die französische Revolution. 10. Die Verschwörung Babeufs. Vortragender: Dr. A. Conrady.

Fortschrittskursus.

Dienstag: **Historischer Materialismus.** Einführung in die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus. Vortragender: Dr. A. Conrady.

Rummelsburg.

Donnerstag: **Geschichte.** Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts. (Erster Teil.)

1. Die Situation beim Jahrhundertanfang. Die Palastrevolution in Rußland und die deutsche Fürstenrevolution von 1803. 2. Die napoleonische Zeit bis zum Zusammenbruch Preußens. 3. Die Kontinentalsperre und der Niedergang Napoleons. 4. Industrielle Revolution und politische Reaktion in England. 5. Deutschland im Zeitalter der heiligen Allianz. 6. Revolution in Spanien, Italien, Griechenland und Amerika. 7. Frankreich bis zur Julirevolution. Die Anfänge des Bourgeoisökonomismus. 8. Deutschland, die Schweiz, Italien und die Niederlande in der Zeit der Julirevolution. 9. Rußland und Polen. 10. England bis zur Reformbill. Vortragender: Dr. A. Conrady. Dieser Kursus findet im Lokal der Witwe Weigel, Türschmidstr. 45 statt und beginnt

Donnerstag, den 15. Oktober 1908.

Lichtenberg.

Nationalökonomie. Einführung in die theoretische Nationalökonomie. (Erster Teil.)

1. Die Nationalökonomie als selbständige Wissenschaft. Ihre Einteilung und ihr Objekt. 2. Die Entwicklung zur kapitalistischen Wirtschaft. Entstehung und Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. 3. Die Ware als Elementarform der kapitalistischen Produktionsweise. 4. Der Gebrauchswert und der Tauschwert der Waren. 5. Geld. 6. Die Verwandlung von Geld in Kapital. 7. Die Erscheinungsformen des Kapitals. Vortragender: Max Grunwald. (Das Lokal, in dem dieser Kursus stattfindet, wird noch später unter „Lichtenberg“ im „Vorwärts“ bekannt gegeben.) Beginn am Freitag, den

23. Oktober 1908.

In Berlin beginnt der Unterricht in **Naturerkenntnis:**

Montag, 12. Oktober; **Gesetzeskunde:** Dienstag, 13. Oktober; **Gewerkschaftswesen:** Mittwoch, 14. Oktober; **Rednerschule:** Donnerstag, 15. Oktober; **Nationalökonomie:** Freitag, 16. Oktober; **Geschichte:** Sonnabend, 17. Oktober.

Zum Fortschrittskursus werden nur zirka 20 Teilnehmer zugelassen, welche schon mindestens einen Kursus in Geschichte besucht haben müssen. Meldungen zu diesem Kursus sind bis zum 8. Oktober an den Vorsitzenden zu richten.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokale Grenadierstraße 37, Hof geradezu 1 Treppe, und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstr. 42; Vogel, Lortzingstr. 37; Fahren, Ravenstr. 6; Horsch, Engelauer 15.

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Otto Geithner, Berlin NO. 18, Friedenstraße 70 III, rechts, Geldsendungen an den Kassierer H. Königs, Berlin S. 59, Hasenheide 58, zu senden. Der Vorstand.

A. WERTHEIM

ROSENTHALER STRASSE.

ORANIEN STRASSE.

IN DIESER WOCHE:

BESONDERS BILLIGER VERKAUF PORZELLAN, GLAS, STEINGUT

Besonders hervorzuheben sind:

Weisses Porzellan

Feston-Form

Speiseteller <i>def und hoch</i> . . . 13 Pt.	Salat- u. Kompottschalen	10 bis 45 Pt.
Dessertteller 8 Pt.	Kaffeekannen 40 Pt.	
Kompotteller 5 Pt.	Teekannen 18, 38 Pt.	
Terrinen 75, 95 Pt.	Milchtöpfe 6, 10 Pt.	
Kartoffelschüsseln . . 57, 68 Pt.	Zuckerboxen 12 Pt.	
Saucieren 40 Pt.	Tassen 10 Pt.	
Bratenschüsseln <i>oval</i> 12 bis 90 Pt.		
Bratenschüsseln <i>rund</i> . . . 40 Pt.		

Drei Waggons feines Steingut

als: Durchbrochene u. geflochtene Körbchen, Schalen, Teller etc.

Ein grosser Posten Thüringer Porzellan-Figuren u. Nippes

Waschgarnituren

grosse neue Formen, elfenbeinfarbig od. mit modern. feiner Dekoration

2 teilig	3 teilig	5 teilig
3.75	4.25	6.75 Mk.

Dekoriert. Porzellan-Tafelgeschirr

„Blanca“

erstklassiges deutsches Fabrikat, moderne, glatte Form mit neuem, zartem Blumendekor

Speiseteller <i>def und hoch</i> . . . 60 Pt.	Saucieren 1.80, 1.90 Mk.
Dessertteller 35 Pt.	Salatieren . . . 75 Pt. bis 1.50 Mk.
Kompotteller 25 Pt.	Kartoffelschüsseln 2.85, 3.40 Mk.
Bratenplatten <i>oval</i> 1.50 bis 5.25 Mk.	Terrinen 4.80, 6.25 Mk.

Tafelservice, <small>daraus zusammen-</small> <small>gestellt:</small>	30 Teile für 6 Pers.	60 Teile für 12 Pers.	78 Teile für 12 Pers.
	26 Mk.	48.50	69 Mk.

Geschliffenes Glas

Bowlenkannen ^{3 Reihen Oliven} 50 Pt. u. 1.30	Käseglocken 45 Pt.
Kompottschalen ^{1 Reihe Oliven} 27 bis 95 Pt.	Butterdosen 85 Pt.
Kompotteller ^{1 Reihe Oliven} . 20 Pt.	Fruchtschalen 1.20
Sturzflaschen mit Glas 38 und 45 Pt.	Wasserflaschen . . . 35 und 45 Pt.

Ein Waggon Meissner Porzellan

Zwiebelmuster

Speiseteller 53 Pt.	Kaffeekannen . . 1.15 bis 1.70 Mk.
Suppenteller 57 Pt.	Bratenschüsseln 80 Pt. bis 6.50 Mk.
Tassen 68 Pt.	Salatieren . . . 45 Pt. bis 2.80 Mk.

Kaffee- und Teegeschirr

mit roter Bordüre und Goldverzierung

Kaffeekannen . 65 Pt. bis 1.25 Mk.	Milchtöpfe 24 bis 75 Pt.
Teekannen . . . 1.25, 1.75 Mk.	Tassen 35, 40 Pt.
Zuckerboxen . 65 Pt. bis 1.20 Mk.	Kuchenteller 20 Pt.

Kristall-Trinkgarnitur „Sappho“

mit neuer Bordüre

Rotweinkelche 38 Pt.	Likörschalen 42 Pt.
Weissweinkelche 38 Pt.	Selterbecher 25 Pt.
Madeirakelche 35 Pt.	Wasser- u. Bierbecher . 30 Pt.
Likörkelche 30 Pt.	Bowlenkelche 42 Pt.

Pressglasgarnitur „Nora“

Kompottschalen 10, 16, 28, 38 Pt.	Zuckerschalen 10, 15 Pt.
Kompotteller 7 Pt.	Honigdosen 18 Pt.
Kuchenteller 27, 35 Pt.	Käseglocken 42 Pt.

IM ALTEN LICHTHOF LEIPZIGER STRASSE:

AUSSTELLUNG

GEBRAUCHS- u. LUXUS-PORZELLAN

aus Deutschland, England, Frankreich, Österreich, Schweden. Wiener Malereien.

IN- u. AUSLÄNDISCHE TÖPFEREIEN

FAYENCE Deutsche, Dänische, Englische, Holländische,

Osterreichische, Schwedische, Ungarische Fabrikate.

KRISTALL Deutsche, Englische, Französische, Amerikanische, Schwedische Erzeugnisse.

Hand geschnitten geschliffen

Gerichts-Zeitung.

Der dolus eventualis gegen den „Vorwärts“.

Am Sonnabend hatte die neunite Strafkammer als Berufungsinstanz zu entscheiden über die Privatklage des livländischen Landrats v. Sievers auf Römerhof bei Riga gegen unseren verantwortlichen Redakteur Hans Weber. Es handelt sich um den schon öfter im „Vorwärts“ erwähnten Prozeß, der bereits seit länger als zwei Jahren vor Gericht schwebt. Den Anlaß zur Klage bot ein Artikel, welcher am 11. Februar 1906 im „Vorwärts“ veröffentlicht wurde. Es war zu jener Zeit, als der livländische Adel die Volkserhebung im Blute zu ersticken suchte, als die Junker furchtbare Gräueltaten gegen die russischen Revolutionäre verübten oder durch die ihnen dienstwilligen Edlergen des Jaren verrichten ließen. Die zarenfreundlichen Ordnungshüter, unter Führung des baltischen Adels, wüteten in den russischen Ostseeprovinzen mit Word und Brand und beamteten hinterher die Revolutionäre als Täter, um sie den Junkern des Jaren überantworten zu können. — Diese Gräueltaten schilderte der „Vorwärts“ in dem angegebenen Artikel. Es wurden auch einige Namen von Adligen genannt, deren Träger Brandstiftungen veranlaßt haben, um sich an den Besitzergeldern zu bereichern und die Revolutionäre als Brandstifter verfolgen zu können. Unter anderem war auch in dieser Hinsicht der Name v. Sievers (mit ie) genannt. Das bot dem Landrat v. Sievers (ohne e) auf Römerhof Anlaß zur Klage. Trotz der abweichenden Schreibweise des Namens und trotz des Umstandes, daß es in Livland eine größere Zahl von Junkern namens Sievers mit und ohne e gibt, bezog der Landrat v. Sievers auf Römerhof die Angaben unseres Artikels auf sich. Der Angeklagte Weber hat dagegen in allen gerichtlichen Verhandlungen behauptet, daß nicht der Kläger, sondern ein anderer Herr v. Sievers (mit e) gemeint sei. Im Sinne dieser Erklärung war Weber auch zu einem Vergleich bereit. Der Vertreter des Klägers aber wollte sich damit nicht begnügen. Er verlangte eine weitgehende Ehrenerklärung für seinen Mandanten, die Weber jedoch verweigerte mit der Begründung, wenn auch dem Kläger der Vorwurf, eine Brandstiftung aus Gewinnsucht veranlaßt zu haben, nicht gemacht werde, so könne ihm hinsichtlich seines Verhaltens gegen die Revolutionäre doch so viel vorgeworfen und nachgewiesen werden, daß ihm irgend eine Ehrenerklärung seitens des Angeklagten nicht gegeben werden könne.

Das Gerichtsverfahren ging seinen Gang. Es zog sich deshalb so in die Länge, weil die Zeugen, russische Mischlinge, die Weber für seine Angaben ins Feld führen konnte, teils schwer zu erreichen, teils wegen Befürchtung der Auslieferung an Rußland nicht nomhaft gemacht werden konnten. — Schließlich hat sich unter diesen Umständen die Verteidigung auf den Nachweis beschränkt, daß sich die Angaben des Artikels nicht auf den Kläger beziehen. Dieser Nachweis ist auch geliefert durch die eisdliche Aussage des Verfassers des Artikels, der in New York kommissarisch vernommen wurde. —

Trotz dieses Zeugnisses hat das Schöffengericht den Angeklagten zu 100 M. verurteilt, indem es annahm, daß die verschiedene Schreibweise des Namens v. Sievers unerschließlich sei und jeder in Livland anfassige Träger dieses Namens sich durch den Artikel beleidigt fühlen könne.

Gegen dieses Urteil haben beide Parteien Berufung eingelegt. Dem Vertreter des Klägers war die Strafe zu gering, Weber wollte freigesprochen werden. Während der erstere vor der Strafkammer ausführte, daß nur sein Mandant vom „Vorwärts“ gemeint sein könnte, wies der Verteidiger Weber, Rechtsanwalt Theodor Diebnecht nach, daß dies nicht der Fall, sondern durch die Aussage des Zeugen erwiesen sei, daß sich die Angaben des Artikels nicht auf den Kläger, sondern auf eine andere Person beziehen und Weber deshalb freigesprochen werden müsse.

Das Gericht verwarf die Berufung beider Parteien und bestätigte das Urteil der ersten Instanz mit der Begründung, das Gericht habe den Angaben des Zeugen, daß ein anderer Sievers als der Kläger gemeint sei, Glauben geschenkt. Wenn hiernach der Kläger nicht unmittelbar beleidigt worden sei, so könne doch der Leser des Artikels die Angaben desselben auf den Kläger beziehen. Da der in Frage kommende Herr v. Sievers im Artikel nicht genauer bezeichnet ist, so kann jeder andere Sievers in Livland die Behauptungen des Artikels auf sich beziehen. Diese Möglichkeit sei dem Angeklagten bewußt gewesen. Es sei also der dolus eventualis anzuwenden und der Angeklagte wegen Beleidigung zu verurteilen.

Versammlungen.

Der Zentralverband der Zimmerer veranstaltete am Donnerstag eine Mitgliederversammlung, wo Laue-Leipzig über die Tarifbewegung im Zimmerergewerbe sprach. Der Referent zeigte, wie früher die Lohnbewegungen geführt wurden und wie im Laufe der Jahre als Ergebnis der Lohnkämpfe eine Reihe von Tarifverträgen in verschiedenen Zahlstellen des Verbandes zustande kamen. Der Widerstand, den die Tarifbewegung anfangs in den Kreisen der Arbeiter fand, habe mehr und mehr nachgelassen. Auch die Unternehmerorganisation sei unter dem Zwang der Verhältnisse von ihrem früheren Standpunkt, nicht mit der Arbeiterorganisation zu verhandeln, zurückgekommen. Das Tarifwesen habe sich weiter entwickelt. An die Stelle der vielen Tarife mit den Zahlstellen seien solche für ganze Landesteile getreten. Jedenfalls werde man auch über kurz oder lang zu einem Reichstarif für das Zimmerergewerbe kommen, wenn auch noch nicht beim Ablauf der jetzigen Tarife im Jahre 1910. Es würde zu prüfen sein, ob der Verband einem solchen Tarif zustimmen könne. Es sei nicht zu verkennen, daß ein für das ganze Reich geltender Tarifvertrag den Arbeitern manche Vorteile biete. Ueberhaupt werde ja durch Tarifverträge eine gewisse Stabilität im Arbeitsverhältnis geschaffen und die Arbeiter der Unannehmlichkeit überhoben, in jedem einzelnen Falle mit dem Unternehmer um den Tarif feilschen zu müssen. Reizwegs würden aber durch Tarifverträge die wirtschaftlichen Kämpfe

ein für allemal beseitigt werden. Es müsse immer noch damit gerechnet werden, daß die Unternehmer den gleichzeitigen Ablauf aller Tarife unter Umständen dazu benutzen könnten, um eine große Aussperrung ins Werk zu setzen, wenn beim Abschluß neuer Tarife nicht die Forderungen der Unternehmer anerkannt werden. Für solche Fälle müsse der Verband gerüstet sein. Es gelte deshalb, die Organisation zu stärken, damit sie unter allen Umständen in der Lage sei, die Interessen der Arbeiter energisch wahrzunehmen.

Dem Vortrage folgte eine rege Diskussion. Die Tariffrage wurde nach verschiedenen Richtungen erörtert, doch machte niemand grundsätzliche Einwendungen gegen das Tarifverhältnis an sich.

Die Stukkateure hatten am Donnerstag eine Mitgliederversammlung nach den „Ruffersälen“ einberufen. Die Tagesordnung lautete: Stellung zu den Anträgen der H. S. L. Dresden, Leipzig, Frankfurt a. M. (Gültigkeit von Verbandsbeschlüssen). Vorsitzender Krebs eröffnete die Versammlung und teilte mit, daß der Vorstand vorschläge, die Organisation möge sich mit 3000 M. hypothetisch am Gewerkschaftshause beteiligen. Auf Antrag Hoffmanns wird die Summe auf 5000 M. erhöht. Die Versammlung ist damit einverstanden. Des Weiteren macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß der Inhaber der „Ruffersäle“ unorganisierte Kellner beschäftige, die Kollegen möchten sich danach richten. Sodann referiert Redner über die eigentliche Tagesordnung, indem er nachweist, daß der Protest der genannten Städte völlig haltlos und der Antrag auf Urabstimmung über die Arbeitslosenunterstützung statutenwidrig sei. Nachdem der Verbandstag gesprochen und für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung sich festgelegt habe, sei es sinnlos und auch undemokratisch, nachträglich die Beschlüsse durch eine Urabstimmung umzustößen. Dadurch werde der Verbandstag herabgewürdigt und die Delegierten als Dummköpfe hingestellt. Das Argument einzelner Opponenten, daß mit dieser Neueinrichtung nur die Anstellung neuer Beamter beabsichtigt sei, könne man unmöglich ernst nehmen. Beamte würden in der Arbeiterbewegung erst dann eingestellt, wenn die Entwicklung dazu dränge und es sich erweise, daß die Geschäftsführung im Nebenamt unzureichend ist. Auch daß die erhöhten Beiträge die Mitgliedschaft vermindere, werde durch die gesamten Gewerkschaftserfahrungen Lügen gestraft. In der nachfolgenden Diskussion, die sich bis 12 Uhr hinzog, kämpften Freunde und Gegner leidenschaftlich um ihre Ansichten, doch verschob sich nach und nach die Stimmung zugunsten der ersteren. Besonders warm trat Engels für die Ablehnung der Anträge auf Urabstimmung ein und verlas die Ausführungen des Genossen Kube von der Generalkommission auf dem Verbandstage, die äußerst günstig für die Frage der Arbeitslosenunterstützung im allgemeinen Gewerkschaftsleben lauteten. Zum Schluß wurde die Resolution des Vorstandes, die sich gegen die Urabstimmung wandte und für die Arbeitslosenunterstützung eintrat, mit 78 gegen 63 Stimmen angenommen. Danach tritt am 1. April 1909 die Erhöhung der Beiträge und am 1. April 1910 die Auszahlung der Unterstützung in Kraft.



Passage-Kaufhaus

Friedrich-Strasse 110-111-112.

BERLIN

Oranienburgerstr. 54-55-56-56a.

Vereinigung erstklassiger Spezialgeschäfte

Eröffnung

Montag, 28. September, Nachmittag 5 Uhr



Wirkliche Ersparnis in der Küche

erzielt jede Hausfrau

MAGGI'S Würze Schutzmarke Kreuzstern

— Probefläschchen 10 Pfg. —

Man verlange ausdrücklich MAGGI'S Würze, sie ist und bleibt die Beste!

Sehr ausgiebig, deshalb sparsam verwenden!

„MAGGI's gute, sparsame Küche“.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. (Siehe Wochen-Spielplan.) Sonntag, den 20. September. Freie Volkstheater. Nachmittags 3 Uhr: 4. Abteilung im Neuen Schauspielhaus: Die Kinder der Erzelenz. 8. Abteilung: nachmittags 3 Uhr im Kelling-Theater: Die verfunzene Glocke. Montag, den 21. September. 14. (III.) Abendabteilung: abends 7 Uhr im Neuen Schauspielhaus: Faust. Neue Freie Volkstheater. Nachmittags 2 1/2 Uhr im Deutschen Theater: Kettenglieder; in den Kammertheatern: Des Meeres und der Liebe Wellen; nachmittags 3 Uhr im Neuen Theater: Nachtmacht in Valeniz; im Neuen Operetten-Theater: Der Opernball; im Schiller-Theater O.: Stein unter Steinen; im Schiller-Theater Charlottenburg: Götter von Verdingungen; im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus: Die Abteilungen; im Hebbel-Theater: Oprienne; Die Stärkere; im Berliner Theater: Emilia Galotti.

Hebbel-Theater. Königsplatz Str. 57/58. Anf. 8 Uhr. Heute und folgende Tage: **Der Viehhaber.**

Berliner Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. **Der Traum ein Leben.**

Neues Theater. Abends 8 Uhr: **Außerhalb der Gesellschaft.**

Montag bis Mittwoch: Außerhalb der Gesellschaft. Donnerstag 1. Male: **Wahheit.**

Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 25. a. h. Lustspiel. Nachm. 3 Uhr: **Der Opernball.**

Abends 8 Uhr: **Die Dollarprinzessin.** Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Theater des Westens. Abends 8 Uhr: **Ein Walzertraum.** Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr, zu halben Preisen: **Die lustige Witwe.**

Lortzing-Theater Belle-Alliancestraße 7/8. Heute 8 Uhr: **Spiel Hedwig Lange.**

Zaza. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: **Madame Bonivard.**

Residenz-Theater. - Direktion: Richard Alexander. - Abends 8 Uhr:

Das Glück der andern. Lustspiel in 4 Akten von Francis de Croisset. Deutsch v. Franz Schreier. Georg Carlier: Richard Alexander. Morgen und folgende Tage: **Das Glück der andern.** Sonntag, 27. September, nachm. 3 Uhr: Haben Sie nichts zu verkaufen?

Luisen-Theater. Nachmittags 3 Uhr:

Ausgewiesen. Abends 8 Uhr: **Helga.**

Montag: Bachmann als Erzähler. Dienstag: Helga. Mittwoch: Bachmann als Erzähler. Donnerstag: Helga. Freitag: Helga.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Sonntag, 20. Sept., nachm. 3 Uhr: **Der gekrönte Siegfried.** Siegfrieds Tod. Abends 8 Uhr:

Im weißen Röhl. Montag: Egmont.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater. Vorverk. 8 Uhr. 11-2 Uhr. 57 Kommandantenstr. 57.

Das kommt davon! mit dem Vorspiel: **Es lebe das Nachtleben.** Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 49/50. Abends 8 Uhr: **Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.** Montag 8 Uhr: **Ueber den Brenner nach Venedig.**

ZOOLOGISCHER ZGARTEN Heute Sonntag: **50 Pf.** Eintritt: Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte. Ab nachmittags 4 Uhr: **Militär-Dopp.-Konzert** Morgen sowie täglich: **Gr. Militär-Konzert.**

Berliner Aquarium Unter den Linden 68a Eingang Schadow-Straße No. 14. Heute Sonntag Eintrittspreis **50 Pf.** Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Säugetieren, Reptilien etc.

Passage-Panoptikum. Ohne Extra-Entree. **Der Riese aller Riesen Pisjakoff** Eintritt 50 Pf. Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Theater. Heute zwei Vorstellungen. Nachm. 3-7 Uhr (kleine Preise). Abends 8-11 Uhr.

Na endlich! Pariser Extravaganza mit **Paulette van Roy** und das kolossale **Eröffnungsprogramm** 14 erstklassige Spezialitäten.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: **Die blaue Maus.**

WINTERGARTEN Eröffnungs-Programm. Von Publikum u. Presse glänzend beurteilt.

Apollo Theater Abends 8 Uhr: **Das bedeutende Attraktions-Programm.** 8 1/2:

Trilby und Svengali? Kunst und Mysterium.

9 1/2: **Vera Violetta.** 10 1/2:

Paul Spadoni der König der Krachjongleure.

BERNHARD ROSE THEATER Dr. Frankfurter Str. 132. **Der Theaterfussel.** Anfang 8 Uhr. Sonntagsspreise.

Rixdorfer Theater Bergstraße 147. Sonntag, den 20. September 1908: **Der Kaufmann von Venedig.** Schauspiel in 5 Akten v. Shakespeare. Anfang 7 1/2 Uhr.

Walhalla-Variete-Theater Weinbergsweg 19/20. Rosenth. Tor. Anfang 8 Uhr. **Das neue große 2-piembler-Programm.** - 12 glänzende Spezialitäten. Anfang des Konzerts 5 Uhr.

Schiller-Theater. O. (Ballner-Theater.) Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Stein unter Steinen.** Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann. Sonntag, abends 8 Uhr: **Das Stiftungsfest.** Schauspiel in 3 Akten von Gustav von Moser. Montag, abends 8 Uhr: **Der Richter von Zalamea.** Dienstag, abends 8 Uhr: **Das Opferlamm.** Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Götter von Verdingungen.** Schauspiel in 5 Aufzügen v. Johann Wolfgang v. Goethe. Sonntag, abends 8 Uhr: **Das Opferlamm.** Schauspiel in 3 Aufzügen von Oskar Wolff und Leo Stein. Montag, abends 8 Uhr: **Ein Teufelskerl.** Dienstag, abends 8 Uhr: **Ein Fallissement.**

Castan's Panoptikum Friedrichstraße 165. (Ecke Behrenstraße) Pschorrpalast. **Ohne Extra-Entree! Im Reiche der Zwerge!** (4 Damen, 4 Herren.) Vereinsbillets halbe Preise.

Zirkus Schumann. Heute Sonntag, den 20. d. M., nachm. 3 1/2, 11 u. abends 7 1/2, 11: **2 Große außerordentliche Gala-Vorstellungen 2** Nachmittags auf allen Bühnen ohne Ausnahme **2** Ein Kind frei. Jedes weitere Kind unter 10 Jahren halbe Preise (außer Galerien), abends jedoch volle Preise. **36 Original-Marokkaner. 36** In beiden Vorstellungen, nachmittags und abends: **36 Original-Marokkaner.** 9. Nigende Neuzug 9. - Riders-Reinold Luft-Vollgeuer. 8 Personen Rowlands-Truppe von Ringling brothers vom Amerika. **Leoparden-Gruppe.** Drehwunder Rikh Balleitas. **Madre Schindler.** **Altschische Bühnenkunst in Bronze.** **Altschische Maultiere.** **breffert von Herrn Bono.** **Das jugende Säugurub.** **Clown Verwandt** mit seinen dreifertigen Affen. **Direktor Alb. Schumanns neue und moderne Dressuren.** **Reiner famili. Spezialitäten, Clowns, Auguste, Akrobaten zu Pferde, musikalische Clowns uhm.**

Berliner Eis-Palast Luthertstr. 22/24. **Permanente Eisbahn.** Von morgens 10 Uhr bis 12 Uhr geöffnet. - Täglich von 12 Uhr ab: **Großes Konzert.** - Montag, den 21. September, ab 5 1/2 Uhr: **3. Elite-Abend.** **Verstärktes Orchester, Reigen- und Kunstläufer.** - Preise: Parterre 1 M., Balkon 2 M.

Brauerei Friedrichshain früher Lipps, am Königstor. Oekonom: **Ernst Liebig.**

Heute: **Bayerisches Keller-Fest** Fronten-Feuerwerk. Anfang 6 Uhr. Entree 25 Pf.

Etablissement Ballschmieder. Konzerthaus und Winter-Prachtsäle. Badstr. 15a/16. **Jeden Sonntag: Großes Künstler-Streich-Konzert** Im großen Prachtsaal: **Kavalier-Ball.** Schneidige Ballmusik. Anf. 5 Uhr. **Jeden Donnerstag: Ball tout chic.** Großes Ball-Orchester. **Großer bürgerlicher Mittagstisch** Täglich: **a Kuvert 75 Pf.** Elegante Säle für Festlichkeiten, Hochzeiten, Gesellschaften, Fabrikbesprechungen usw. - Anerkannt vorzügliche Küche.

Ausstellungshallen am Zoologischen Garten **Deutsche Schiffbau-Ausstellung** Berlin 1908 **Juni bis Oktober** Täglich von 10-10 Uhr geöffnet.

Kofjäger-Palast-Festsäle. Hasenheide 52/53. Fr. Gustavus. Fernspr. Amt IV, 1000. Empfehle meine Säle, 150-1500 Personen fassend, zu Vereinsfestlichkeiten und Versammlungen usw. 37653. **Für die Wintersaison sind noch Sonnabende und Sonntage zu vergeben.**

Schwarzer Adler Friedrichsberg Frankfurter Chaussee 5 (früher 120). Inh.: **Gebr. Arnold.** Fernsprecher Friedrichsberg No 8. **Jeden Sonntag:**

Große Tanz-Reunion. Achtung! **Mariendorf.** Achtung! **Hermann Reichardt's Restaurant, Chausseest. 27,** jetziger Inhaber **Georg Löwenhagen.** Bitte Parteigenossen, Freunde und Bekannte, das meinem Vorgänger gesandte Wohlwollen auch auf mich übertragen zu wollen. Gute Speisen und Getränke in bekannter Güte. **Georg Löwenhagen, früher Wilmstraße 4**

XIV. Saison. **Zirkus Busch** Sonntag, 20. September: **2 Große Gala-Vorstellungen 2** Nachm. 4 Uhr u. abds. 7 1/2, 11 Uhr. Um 4 Uhr spielen Kinder unter 10 Jahren auf allen Bühnen halbe Preise. (Galerien volle Preise.) **In beiden Vorstellungen: Mr. Houdini!!!** **In beiden Vorstellungen: Mlle. Mariska Recsey!** **In beiden Vorstellungen: Gebr. Saxon!** **In beiden Vorstellungen: Die Aerial Smiths!** **In beiden Vorstellungen: Sorföhren und Reiten der best dress. Schul-, Freifeld- und Springpferde.** **In beiden Vorstellungen: Auftreten sämtlicher Clowns mit den neuesten Witz- und Späßen.** Abends 7 1/2, 11 Uhr: **Barbarossa!** Große Origin.-Kunst-Vantomime des Zirkus Busch in 6 Bildern.

Metropol-Theater Zum 20. Male: **Donnerwetter** - tadellos! Große Jahresrevue in einem Vorspiel u. 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Richard Schultz. Die Tänze einstudiert v. Ballettmeister Louis Gundlach. **Massary - Perry** **Holden - Bender** **Giampietro - Kettner** **Pfann - Thielscher** Anf. 8 Uhr. - Rauchen gestattet.

Folies-Caprice Durchschlagender Erfolg! **Die lästige Witwe.** Die Brautschau. - Bunter Teil. Vorverkauf von 11-3 Uhr a. d. Theaterkasse. Anf. 8 Uhr.

Parodie-Theater Trebbener Straße 97. Heute: **Cavalleria-Rustikana** und die weltberühmte Burleske **„Berlin steht Kopf“.** Anfang Sonntag, 8. mocht. 8 1/2, 11 Uhr.

Casino-Theater Lohninger Str. 57. Täglich 8 Uhr **Familie August Knoche.** Berliner Gesangsposse in 3 Akten. August Knoche: Dir. Hans Berg. Vorher d. glänzende Eröffnungsprog. Sonntag 4 Uhr: **Der Brandstifter.** Hochzeitsspiel.

Palast-Theater Burgstr. 24. 2 Min. v. Hhl. Kirche. Heute 7 1/2 Uhr. Galerie 50 Pf. Der **glänzende September-Spielplan!!** u. a.: **The 5 Rahnes** Schleuderer-Altrobaten. **Les Myosotis** Prima Ballerinas. **Alcide u. Alberti** Luft-Alt. **Der Seefadett.** Einzelspiel in 2 Akten.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6. Direktion Wilhelm Reimer. Montag, Donnerstag und Sonntag: **Hoffmanns Nord-Sänger** und Tanztränzchen. Einakter, Ensembleszenen. Morgen: **Elite-Soiree.** Tanz. Nächsten Dienstag: **Eröffnung der Theater-Sälen: Witterregen.**

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47-49. Sonntag, den 20. September: **Wohltäter der Menschheit.** Schauspiel in 3 Aufzügen von Felix Philipp. 18996. **Bühnenöffnung 6, Vorstellung 7 Uhr.**

Restaurant Gewerkschafts-haus. Engellufer 15. **Menu 75 Pf.** Heute Sonntag: **Spargelsuppe.** **Jander in Butter oder Kottsohl mit Schmelz.** **Bratbraten oder Rostbeef englisch.** **Kompott oder Salat.** **X Reichhaltige Abendkarte. X** **Wochentäglich: Großer bürgerlicher Mittagstisch covv. 60 Pf.** 2 franz. Billards. **2 Regelbahnen** Neu eingeführt: **Weißbier-Anschauung,** **R. Augustin.**

Reichshallen-Theater Täglich: **Stettiner Sänger** **Meynal, Britton, Seidel, Horst, Schröder, Ebersberger, Bühlingen, Otto Schröder u. R. Schröder.** **Uml. wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.** **Reichshallen-Garten und Restaurant: Militär-Konzert.**

Brunnen-Theater Badstraße 58. Direktion: **Willy Voigt.** Montag, den 21. September 1908: **Schützenliedl.** **Hoffe mit Gesang in 4 Akten von Leon v. Treptow. Musik v. G. Steffens.** **Raffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.**

W. Noacks Theater Direktion: **Rob. Dill.** **Oranienstr. 10.** **Kommaß,** oder: **Der Fisch des alten Geigerd.** **Original-Charaktergemälde v. Gallert.** Anf. d. Konz. 6. der Post. 7 Uhr. **Entree 40 Pf.** **Nach der Vorstellung: Tanz.** **Sonabend, 23. September, zum erstenmal: Die alte Geschichte.**

Volksgarten-Theater - am Bahnhof Gesundbrunnen - Heute **Sonntag, den 20. September 1908:** **Großes Ernte-Dank-Fest** mit Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung u. Brillant-Feuerwerk zum Gedenke für **Tag e i t t e h,** genannt **Dank Belle.** **Ernte-Festzug. X X X Großer Ball.**

Gustav Behrens-Theater. Goltzstr. 9. **Feine Sache! Ausgezeichnet!** **Große Aufführungsoberette.** **Neu! La belle Rose, Prima-Ballerina.** **Neu! Georg Thierry** gen. **Silvester-Schaffer II.** **10 Spezialitäten 10.** **Anfang 8 Uhr. Sonntags 8 1/2, 11 Uhr.**

Germania-Prachtsäle. Cari Richter. Chausseest. 110. Chausseest. 110. **Jeden Sonntag:** **Paul Mantheys lustige Sänger** (ehem. D. Steidl's Qand. Sänger) **Neu neues Programm.** **Anfang 8 1/2, 11 Uhr. Eintritt 50 Pf.** **mit anschließendem Familienkonzert** **Von 5 Uhr ab im weißen Saale** **Großer Ball.** **Jeden Mittwoch:** **Paul Mantheys lustige Sänger** und **Frei-Tanz.** **Vorgangarten gelten.**

Café Meyer, Dresdener Str. 128/129. **Kaffee 10 u. 15; Bier, heil und dunkel 10 Pf. - ca. 50 Zeitungen.** **2 Billards, Std. 40 Pf.** **Zahlstelle d. Freien Volksbühne.**

Alhambra **Wagner-Theaterstraße 15.** **Jeden Sonntag: Großer Ball** **Großes Orchester. Anfang Sonntags 5 Uhr.** **A. Zambal.**

Die größte Sensation und größte Anziehungskraft von Berlin bildet noch immer die **Hagenbeck-Schau.** Wiederauftreten des Direktors **Willi Hagenbeck**, welcher von einem Eisbär sehr schwer verletzt wurde. **Java?** und die übrigen Schlager des Programms. **Tgl. abends 8 Uhr: Gr. Vorstellung.** Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend: **2 gr. Vorstellungen**, nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr. Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12 $\frac{1}{2}$ Uhr: **Besichtigung u. Fütterung d. Raubtiere.** Jeden Wochentag ab 10 Uhr vorm. bis 12 $\frac{1}{2}$ Uhr mittags: **Hochinteressante Raubtier-Dressur-Proben.** Besichtigung und Fütterung der Raubtiere gegen ein Entree von **50 Pf.** für Erwachsene und **25 Pf.** für Kinder.

Karlsgraben Rixdorf.
Karlsgraben-Straße 10-11.
Sommer-Spielplan.
Jeden Montag: **Apollo-Sänger.**
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag:
Spezialitäten und Theater.
Vorher: **Garten-Konzert.**

Markgrafen-Säle
Markgrafendamm 34. Amt VII 4277
Inb. **Hermann Scholtz.**
Heute: **Gr. Ball.**
Säle von 100-1000 Personen zu
Festlichkeiten und Versammlungen.
2 Kegelbahnen.

Elysium
Landsberger Allee 40/41.
Jeden Sonntag:
Großer Ball.
Zwei Ballsapfen.
Anfang 4 $\frac{1}{2}$ Uhr. Entree frei.
Montags und Donnerstags:
Kinematograph und Hall.

City-Hotel
52/53. Dresdener Straße 52/53.
Für die bevorstehende Winter-Saison
finden unsere Festsäle für Vereins-
festlichkeiten, Hochzeiten usw. unter
konstanten Bedingungen zu vergeben.

Dräsel's Festsäle
C., Neue Friedrich-Str. 35.
Inhaber: **Ad. Kochmann.**
Mein großer Saal (600 Personen
fassend) ist am **Teich-Sonntag**
noch zu vergeben.
Empfehle den Gewerkschaften usw.
mein **Sokal** zu **Werkstatt-**
Abungen. Zimmer für 36 bis 70
Personen. Hallstelle des Deutschen
Metallarbeiter-Verbandes, der
Schneider-Strantenliste. 35192*

Witwe Kürbis,
Luisenstr. 26.

Thiems Festsäle
Blücherstr. 61.
Bereitsgemietet für 20 Personen
Säle einige Sonntage noch frei.

Möbel-Storeh
Berlin SO. 36
Erfolger Straße 98
Liefert Einrichtungen zu bedeutend
billigen Preisen bei tadelloser Aus-
führung. Wohlbelannte Firma. 17105

Heinrich Franck
Berlin, Brunnenstr. 155
Sumatra-Decke Nr. 1401
ganz hell, Vollblatt
unter 1 $\frac{1}{2}$ Pfd. hoch, flatter
schneeweißes Brand
nur **2,90 verz.**
Geschäftsschluss 7 Uhr.

Billige Rohabake.
Max Jacoby, Strellitzerstr. 52

W. Hermann Müller,
Berlin, Magazinstr. 14.
Samatra Decke Nr. 6198
a 1,70 M. versollt.
Java-Sumatra Nr. 6195
a 2,50 M. versollt. 80272*
Sollblätter mit guten Farben und
feinem Brande.

Möbel
auf Kredit.
Stube und Küche
Auszahlung von 15,00 an.
Einzeln Möbelstücke
Auszahlung 3,00 an.
Eckentrate 1,00.
Teppiche, Gardinen, Portieren,
Steppdecken, Bett- und Leib-
wäsche, Herren- und Damen-
Garderoben, Sport- und Kinder-
wagen, Gas- und Petroleum-
Kronen, Bilder, Spiegel, Uhren
Wochenrate 50 Pf.

Waren-Kredithaus
Wedding.
Reinickendorferstr. 113, 1
am Stadtbahnhof Wedding.

Etablissement Pharus-Säle.
Inhaber **Julius Wernau.** — Müllerstraße 142.
Täglich: Erstklassiges Künstler-Freikonzert (Gebr. Piarr)
(Berühmt und beliebt). — Anfang Sonntags 4 Uhr, wochentags 7-1 Uhr.
Jeden Mittwoch: **Original Harburger Sänger** Direkt. Herr **Frick.**
Sonnabend und Sonntag: **Verein-Variété-Theater** und **Ball.**
„**Wilhelm Busch-Restaurant**“ (Lebenswert). Gr. Speisekammer.
„Auf Pharus-Kegelbahnen.“

„Prachtsäle des Ostens.“
Inhaber **Oscar Cranz,** Frankfurter Allee 151-152.
Den geehrten Gewerkschaften, Vereinen und Klubs des 4. Wahl-
kreises sowie der betr. Vereine empfehle meine neu er-
bauten **Fest-Säle**, 50-1500 Personen fassend, mit allem
Komfort der Neuzeit entsprechend eingerichtet, zur
Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art zu
den kulantesten Bedingungen. 42081*
Sonnabende im **September, Oktober, November** und
Dezember sind noch frei!
Um recht regen Zuspruch bittet **Oscar Cranz,** Gastwirt.

Gottfried Schäfers Restaurant
Lichtenberg, Gubraustraße. Am Zentral-Friedhof.
Großes Preiskegeln!
Mittwoch, den 23., bis Montag, den 28. September, nachmittags
von 2 bis 10 Uhr. — à Lon 50 Pf.
Ausgeschoben werden: 1 Schwein, 3 Hammel, 6 Gänse,
6 Enten, 1 Hahn und 10 andere Vögel.
Alle Bekannte und Freunde des Kegelsports laden dazu freundlich ein
Gottfried Schäfer, Gastwirt.

Prachtsäle Alt-Berlin
Blumenstraße 10. Neben dem Residenz-Theater.
Hiermit erlaube ich mir höflich anzuzeigen, daß ich am 1. Oktober
obenbenanntes Etablissement eröffne. 43544*
Ich gestalte mir gleichzeitig, die 7 Festsäle in jeder Größe, bis
500 Personen fassend, mit Theater- und Konzertbühne (heute
Kunst) zu Festlichkeiten, Kommerzen, Versammlungen etc. bestens
zu empfehlen. Ferner erlaube ich mir noch auf die drei mit allem
Komfort ausgestatteten und den Bestimmungen des Verbandes ent-
sprechenden Kegelbahnen aufmerksam zu machen.
Zur eventuellen Rücksprache sowie Entgegennahme von Aufträgen
stehe ich täglich von 10-12 und 3-7 Uhr in meinem **Kontor,**
Blumenstraße 10 sehr gern zur Verfügung und wird es mein
eifrigstes Bestreben sein, mir die Günst der geehrten Gäste im höchsten
Maße zu erlangen. Hochachtungsvoll
Fritz Schmidt.

Wo amüsieren wir uns?
Im Krug zum grünen Kranze,
Ober-Schöneweide, Waldstr. 74.
Küche und Keller vorzüglich.
Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. **Ernst Höflich.**

Lammers Festsäle
Neues Klubhaus
Kommandantenstr. 72 40250*
Jedw. Amt Ia Nr. 6806. Besprechungsamt Ia Nr. 6806
Für die bevorstehende Saison empfehle meine vier glänzend reno-
vierten Säle, 150-400 Pers. fassend. **Alfred Lammers.**

H. Grupe's Festsäle
40062* Annonenstr. 10.
Säle zu allen Festlichkeiten,
Große Vereinszimmer,
Vorzügl. Küche. Solide Preise.
Mittagstisch täglich 3 Gerichte,
50 und 60 Pf.

Frauenhände brauchen nicht mehr zu waschen
Dr. Lehmann's Chemische Seife
„Fix und Fertig“
wäscht selber fix und fertig.
Ohne Keilen, ohne Chlor, ohne Einweichen, ohne Zusatz
von Seife, nur durch einmaliges Kochen schneeweiß.
Garantiert chlorfrei und vollkommen unschädlich
Obst-, Weig-, Blutflecke etc. verschwinden,
wenn man sie vor dem Kochen mit „Fix und Fertig“ einseift.
Überall zu haben, sonst Frankozusendung von
Höppener & Co., G. m. b. H., Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 159.

Homokord
PLATTEN
= Mark 3.-
Doppelseit. bespielt
Pass. f. jed. Platten-
Sprechmaschine.
Größtes Repertoire
Überall erhältlich
Kataloge
gratis u. franko.
Bezugsquellen
weist nach
die
Fabrik
Homophon Company, G. m. b. H. Berlin C. 48
Klosterstraße 5-6.

Wann haben Sie wieder Waschtage?
Probieren Sie dann ohne Kaufzwang meine
Dampf-Schnell-Waschmaschine „**Meteor**“.
Prospekt No. 43 grat. u. franko. Tel. VI 7659.
Berlin
Fritz Knoch, SW. 45, Puttkamerstraße 19.

Cinzano

echter Torino-Vermouth-Wein
als magenstärkendes Getränk zu jeder
Zeit für Jedermann nützlich u. stärkend.

Cinzano wird ärztlich empfohlen als tägliches
Frühstücksgetränk allen schwächlichen
blutarmen magenleidenden Personen.
Cinzano vor Tisch wirkt appetitanregend und
kräftigend.
Cinzano vor kaltem Bier erwärmt und schützt
vor Erkältung des Magens.
Cinzano mit Mineral- oder Selterwasser ist
das beste Erfrischungsgetränk.
Cinzano wird erzeugt aus reinem Naturwein
unter Zusatz von ausgewählten heil-
kräftigen Kräutern.
Cinzano ist auf der ganzen Welt bekannt und
eingeführt.

Wer Cinzano trinkt hat das Richtige gewählt.
Zu haben in besseren Geschäften und Lokalen.



Das Geheimnis, allen Metallen blendenden Glanz zu geben, heisst Blendol
In Glasfl. zu 10 und 25 Pf., Blechfl. zu 20, 30 und 50 Pf.
überall erhältlich.
Fabrik: **Urban & Lemm, Charlottenburg.**

Teilzahlung
monatlich 10 M. Kleiner Herren-Gar-
derobe nach Maß (billigste Preise).
J. Tomporowski, Lindenstr. 110,
2. Etage.
Rübe Bellevueplatz.
Kasse 10% billiger.

Heber 100 Morgen
neu aufgestoffenes Gelände,
5 Minuten vom Bahnhof
Kaulsdorf
20 Pfennig-Tour
Wunderb. Natur-Ansichtung,
billige Wohnungen, bester
tehmig. Gastrob., Gas- u.
Wasserleit., gütig. Zahlungs-
beding., langjähr. doppelt.
Best noch
RM. von 10 M. an.
Wohnort auf unser Terrain
an d. Danowerstraße u. im
Bahnhofstr. Bobey, Del.
Nieschalke & Nitsche
Berlin, Neue Königstr. 16

Postkarte
Ich biete Ihnen Gelegenheit
sich neue
Möbel
auch auf Teilzahlung bei gerin-
ger Anzahlung anzuschaffen.
Anzahlungsbetrag nur 6 Prozent.
Hochachtungsvoll
Siegmund Misch
Dresdenerstr. 16.
Handsam!

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Montag
Dienstag
Mittwoch



Moderner Filzhut mit voller rüschenartiger Jupon-Garnitur und Flügeln 10.50 | **Moderne grosse Form** aus geripptem Seidenstoff, mit voller Crêpe-Chiffon-Lage und weisser Rose garniert 14.75 | **Grosse Capeline-Form** mit imit. Marabout-Bandeau, Pelzgarnitur und reicher Seidenlage 13.50

Schwarzer Sammethut mit weisser Rosengarnitur 14.75 | **Taffet-Band** reine Seide, in allen Modefarben ca. 16 cm breit Meter 58 Pf.

Grosse Hutrosen Mull oder Batist 65, 95 Pf. | **Hutflügel** grosse, mod. Fassung neueste Farben 75, 95, 1.45 | **Taffet-Band** reine Seide, in viel. Farben, ca. 11 cm breit Meter 25 Pf.

Fantasie-Federn geschweift, in modernen Farben 45, 85 Pf. | **Modern gerippt. Garnierstoff** für Hutgarnierungen, ca. 46 cm breit, in viel. Farben, Mtr. 1.25 | **Franz. Crepp-Chiffon** beliebte Hutgarnitur, ca. 105 cm breit Meter 2.25

5000 Chiffon Lavalliers elegant bedruckt, in vornehmsten Farben Wert bis Stück 3.00, Stück 48, 95 Pf.

Zum Umzug

bringen wir grosse Posten Gardinen, Portieren, Teppiche, Tischdecken, Divandecken zu enorm billigen Preisen.

Portieren Filztuch reich bekurbelt, 2 Schals, 1 Querbehang 2.85, 3.95, 5.75 | **Portieren Plüsch** elegant bekurbelt, 2 Schals, 1 Querbehang 6.95, 8.75, 10.50

Portieren Filztuch mit reicher Kurbel, 2 Schals, 1 Querbehang .. 7.25, 9.75, 12.75 | **Woll-Portieren** mit Blumen-Kante in vielen Farben.... Schal 2.65, 3.25, 4.75

Tischdecken Plüsch, elegant bekurbelt . 5.75, 7.50 | **Stepp-Decken** Spezial-Qualität 6.75, 7.85, 9.75

5000 Divan-Decken Fantasie-gewebe Stück 3.95, 5.75 | Doppelseitiges Fantasiegewebe, schwere Qualität, sonstiger Preis 12.75 jetzt Stück 6.95

3000 Tisch-Decken Filztuch, reich bekurbelt....Stück 1.45, 1.95 | mit Schnur, und Quasten, sonst. Preis bis 5.75, jetzt Stück 1.95, 2.75

15000 Fenster Gardinen Fenster 2.25, 3.75, 4.75, 5.25, 6.75

5000 Erbstüll-Stores reich mit Band besetzt Stück 3.75, 5.75, 7.75

20000 Meter Gardinen weiss oder crèmeMeter 38, 53, 68 Pf.

Tüll-Stores weiss oder crème 2.35, 2.75, 3.85 | **Mull-Gardinen** mit Volant, für Schlafzimmer 2 Schals, 1 Querbehang 9.75, 12.50

Tüll-Stores extra schöne Ausführung... 5.25, 6.85, 7.75 | **Tüll-Bettdecken** für 1 Bett weiss oder crème 1.75, 2.50, 3.95

Tüll-Scheibenschleier mit Stange und Zubehör Stück 38, 45, 65 Pf. | **Tüll-Bettdecken** für 2 Betten, weiss oder crème 4.75, 5.75, 6.50

8000 Erbstüll-Bettdecken mit Volant, reich mit Band besetzt, für 1 Bett 7.75, 9.50 | für 2 Betten .. 10.75, 13.75

Ein grosser **Ziegenfelle** mit Futter, grau oder weiss ca. 70/170 cm Stück 4.85

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Die Adresse des Lokalkommissionsmitglied...

Pantow. Am Dienstag, den 22. September, 1/2 Uhr abends...

Treptow-Baumfischweg. Heute früh 8 1/2 Uhr, findet von den...

Friedenau. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet...

Ziegel. Dienstag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr pünktlich...

Weißensee-Heinersdorf. Heute Sonntag, den 20. September...

Stralau. Dienstag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr...

Groß-Lichterfelde. Am Dienstag, den 22. September, findet im...

Friedrichshagen. Am Mittwoch, den 23. September, abends...

Marientorf. Die am Orte befindliche Zeitungspedition ist zum...

Königs-Wusterhausen und Umgegend. Mittwoch, 23. September...

Berliner Nachrichten.

Die Lehrer wollen „mittaten“, aber auch „mitraten“. Das Vorrecht, an die Gemeinde keine Steuern...

nicht zurückgewiesen. Aber sie wollen ihr Vorrecht nicht umsonst...

Im Rathaus ist einmal von einem Freisinnführer, der den...

Die Gemeindefullehrer Berlins wollen also nichts dagegen einwenden, wenn man künftig auch sie zur Zahlung...

Die Diskussion über das Referat ergab über die Forderungen...

einzelnen Gemeinden nur dann zustimmen, wenn sie unbeschadet...

Die Arbeitslosenversicherung in einer gemischten Deputation...

Pflegerkreis in der Irrenanstalt Such. Unter den Mängeln...

Die Motive zu obigem Vorfalle dürften aus folgender Zuschrift...

Es ist ein Skandal für die städtische Verwaltung, daß die...

Die Schulbildung der Schifferkinder. Ueber den Schulbesuch...

Kleines Feuilleton.

Wie Beethoven taub wurde. In London erscheint soeben eine...

Theater.

Schiller-Theater (Charlottenburg): Ein Teufels-Fabiorum...

patriotischen Legende verherrlichten Führer werden so ganz...

Das Schiller-Theater den schwierigen Aufgaben dieser...

Humor und Satire.

- Siehe mit Liebe. Die Kopenhagener Justizhaus-

- Feuerbestattung verboten. In Berlin am Branden-

- Gräber-Import nach Berlin. Geheimrat Bode...

Notizen.

- Die Luftschiffahrt auf dem diesjährigen...

Der Königlichen Regierung in Potsdam eine bemerkenswerte Verfügung erlassen, die am 1. Januar in Kraft tritt. Schiffer, heißt es darin, die schulpflichtigen Kinder mitführen, haben diese vor der Fahrt aus der Ortschule ab- und nach der Rückfahrt anzumelden. Schiffer mit schulpflichtigen Kindern müssen, wenn sie anlegen und ihre Aufenthalt vorübergehend länger als 3 Tage oder 72 Stunden dauert, ihre Kinder in die Volksschule schicken, die am besten zu erreichen ist. Der Schulverband ist zur Aufnahme der Kinder verpflichtet. Ueber diesen Schulbesuch ist von dem ersten Lehrer eine Bescheinigung zu erteilen. Es muß daraus zu ersehen sein, an welchen Tagen die Kinder die Schule besucht haben. Wenn die Schifferkinder die erforderliche Schulleistung nicht erlangen, so ist, wie sonst, die Verlängerung des Schulbesuches anzuordnen. Den Vorschriften unterliegen wie die Schiffer auch Mütter oder gesetzliche Vertreter von schulpflichtigen Schifferkindern.

Berlin und die Vororte in Sachen der Schulkassen.

Durch Urteil des Bezirksauschusses zu Potsdam ist Berlin vor einiger Zeit zur Zahlung von 1400 M. Zuschuß zu den Volksschulkassen an die Gemeinde Trieg verurteilt worden. Trieg hatte für 1900 nicht weniger als 5400 M. Zuschuß verlangt. Mit der Mehrforderung ist indes Trieg abgemessen worden. In Betracht kamen nur 49 Kinder von Eltern, die in Berlin beschäftigt waren. Nach dem famosen Gesetz, das seiner Zeit mit Rücksicht auf Berlin gemacht worden ist, aber vielleicht eine ganz andere Wirkung haben wird als die Gesetzgeber annahmen, kann der Zuschuß nur bei einer erheblichen Mehrbelastung verlangt werden. Ob nun bereits 49 Kinder für eine Gemeinde wie Trieg eine erhebliche Mehrbelastung bedeuten, erscheint vielen fraglich. Der Bezirksauschuss hat indes die Mehrbelastung anerkannt. Von einer Verurteilung hat Berlin Abstand genommen, weil für 1900 die erforderlichen Unterlagen nicht mehr zu beschaffen sind.

Sozialdemokratisch oder Nichtsozialdemokratisch?

Für das Statistische Jahrbuch deutscher Städte Material zu sammeln, sandte der Berliner Magistrat Fragebogen aus. Unter anderem suchte er auch mancherlei in Erfahrung zu bringen über die Fürsorge für weibliche Diensthöten in der Stadt Berlin. Vereine und Körperschaften, bei denen man ein Interesse für diese Angelegenheit voraussetzen konnte, erhielten die Fragebogen zugesandt. Die Fragen sind im allgemeinen nicht sehr geschickt abgefaßt, sonderbar aber mutet die Frage 9 an, die da lautet: „Besteht eine Organisation der weiblichen Diensthöten? — a) in konfessionellen Diensthötenvereinen? — b) in anderen nicht sozialdemokratischen Diensthötenvereinen? — c) in sozialdemokratischen Diensthötenvereinen? —“ Es wird nicht danach gefragt, ob die Liberalen, die Konservativen oder das Zentrum Diensthötenvereine gegründet haben; es handelt sich ausgerechnet um sozialdemokratische oder nichtsozialdemokratische Vereine, alle anderen Parteienbestrebungen sind Nebensache. Diese Unterscheidung ist freilich sehr berechtigt, wenn man wissen will, ob eine Organisation zur Förderung der Interessen der Diensthöten besteht oder nicht! Da unterschiedet man am einfachsten mit „sozialdemokratisch“ oder „nichtsozialdemokratisch“. Wundert man sich immerhin, daß auch der Magistrat sich diese Unterscheidung zu eigen macht, die er für das Statistische Jahrbuch deutscher Städte, XVI. Jahrgang, Abschnitt XIX, betreffend die Fürsorge für weibliche Diensthöten in der Stadt Berlin, verwenden will.

Gegen die geplante Tarifserhöhung der Großen Berliner Beschlossen die Haus- und Grundbesitzervereine in Marienfelde schon jetzt Maßnahmen zu ergreifen. Falls die Straßenbahndirektion auf der Erhöhung der Fahrpreise beharrt, sollen die Gemeindebehörden veranlaßt werden, aus eigenen Mitteln Straßenbahnlinien oder zumindest Omnibusse zur Verbindung mit Berlin und den benachbarten Vororten einzurichten. Die Verkehrskommission soll nachgeprüft werden, ob auch mit anderen Verkehrsvereinigungen in Verbindung treten.

Eine Gasvergiftung hat sich vorgestern der Arbeiter Paul Reher im Betriebe der Schraubenfabrik Buske, Brandenburgstraße 75 zugezogen. Reher war mit mehreren anderen Arbeitern beschäftigt, den Kessel einer Sänggasanlage zu reinigen. In diesem Zwecke betrat er den Kessel und wurde nach kurzer Zeit durch die austretenden Gase betäubt. Reher stürzte von dem Kessel herab und fiel in ein Wasserreservoir. Einem herbeigeholten Arzt gelang es, den Verletzten ins Leben zurückzurufen. Der Verunglückte wurde später nach seiner Wohnung geschafft.

Nicht sonderbar berührt hat es die im Betriebe beschäftigten Arbeiter, daß der hinzukommende Unternehmer den Verunglückten auf den Steinfließen der Treppe liegen ließ, anstatt ihn in die Kontorräume tragen zu lassen. Lebhaft bedauert wurde, daß man einer Anordnung des Arztes, den Verunglückten zu waschen, nicht nachkommen; denn ein zu diesem Zwecke zur Verfügung stehender überhöhter Eimer schien dazu wenig geeignet. Nach den verschriebenen und vorgetragenen Beschwerden scheint der Betrieb eine gründliche Revision durch die Gewerbeinspektion sehr gut zu können.

Ein poetischer Selbstmörder. In dem Gerücht von einem Morde gab ein Leichenfund Veranlassung, der gestern im Tegeler See gemacht wurde. Gegen 12 Uhr mittags wurde in der Nähe des Stollenhofens der südlichen Gaswerks die Leiche eines Mannes angetroffen, dessen Hände auf dem Rücken mit einem Taschentuch zusammengebunden waren. An dem bereits stark in Verwesung übergegangenen Körper wurden jedoch Spuren äußerer Verletzungen nicht entdeckt und die Art der Fesselung ergab, daß der Mann sich die Hände wahrscheinlich selbst gebunden hat, denn die Schlinge, in welcher sich die Handgelenke befanden, war nur locker geknotet. In der Brusttasche des Toten wurde ein Zettel vorgefunden mit folgendem Inhalt: „Für gest. Beachtung! Zum Sorgen halt ich niemand an, ich borge, wenn ich es nur kann. Ich hab' geborgt schon lange Zeit und wenn ich's fordr'e, verdrick's die Leu!“. Drum seid mir von dem Sorgen still, es mag verdrücken, wen es will. Es ist nicht möglich, aufzuschreiben, wie wollen gute Freunde bleiben. Meine Kollegen bitte ich, zahl mir die zehn Pfennig.“ Der Verstorbenen war etwa 30 Jahre alt, 1,72 bis 1,75 Meter groß und bekleidet mit blauem kariertem Jackett, grauem Zylinderhut, weißem Hemd, Stiefeln, braunen Strümpfen und schwarzen Schnürschuhen. Jegendwelche Briefchen oder Papiere, die über die Persönlichkeit des Mannes Auskunft geben können, wurden bei dem Ertrunkenen nicht vorgefunden.

Ein junger Leutenich hat gestern nachmittag gegen 4 Uhr dem etwa zwölfsährigen Knaben Richard Weigel, Nixdorf, Kaiser Friedrichstraße 21 wohnhaft, der Arbeit abgeliefert hatte, an der Ecke der Stallstraße und Kommandantenstraße das Portemonnaie aus der Hand gerissen und damit die Flucht ergriffen. Unterwegs schüttete der etwa dreizehnährige Räuber den Inhalt des Portemonnaies, 37 M., aus und warf das leere Portemonnaie auf die Straße. Der noch schulpflichtige Bengel konnte nicht festgenommen werden, da sich der Vorgang höchst schnell abspielte.

Ein studierter Einbrecher, der aussehend der Leiter einer größeren Diebstahlbande war, ist durch die Mariendorfer Kriminalpolizei in der Person des ehemaligen Apothekers R. festgenommen worden. Seit längerer Zeit wurden in den südlichen Vororten sonderbare Einbruchdiebstähle verübt, deren Gleichartigkeit in der Ausführung darauf hindeutete, daß es sich in allen Fällen um dieselben Täter handelte. Nach einem Einbruchdiebstahl bei einem Gastwirt in Mariendorf gelang es dem Kriminalkommissar Holz, den oben erwähnten R. festzunehmen, der aus einer gut situierten und sich des besten Ansiehens erfreuenden Berliner Familie stammt. Der Verhaftete, der das Apothekergewerbe gemacht hat, war in schlechte Gesellschaft geraten und, nachdem sich seine Angehörigen von ihm losgesagt hatten, vollständig gefunten. Im Verborgenen fand er ein, bei zwölf schweren Einbruchdiebstählen in Tempelhofer und Mariendorf, Lichtentode, Groß-Lichterfelde, Südenbe, Steglitz,

Friedrichsfelde und Panitzsch beteiligt gewesen zu sein. Bei den verschiedenen Einbrüchen seien ihm Geld- und Wertgegenstände im Werte von 200 bis 300 Mark zugefallen. R. behauptete zunächst, die Diebstähle allein verübt zu haben, legte jedoch später ein dahingehendes Geständnis ab, daß er noch einen Komplizen gehabt hätte. Dieser wurde inzwischen in der Person eines gewerkschaftlichen Einbrechers ermittelt und die Nachforschungen der hiesigen Kriminalpolizei, an welche R. gestern ausgeliefert wurde, führten zu der Feststellung, daß der ehemalige Apotheker vermutlich der Leiter einer größeren Diebstahlbande gewesen sein dürfte, welche planmäßig Einbrüche in den südlichen und westlichen Vororten vollführte.

Schreckensstat einer Geistesgekränkten. In einem Anfall von Syphilis vergiftete gestern Abend die 30 Jahre alte Frau des Federarbeiters Offenga in der Hochmeisterstr. 13 ihre drei Kinder und schlachtete. Das jüngste Kind ist an der Vergiftung gestorben, die beiden älteren Kinder konnten gerettet werden. Wie erhalten über den Vorfall folgenden Bericht:

Im Hause Hochmeisterstr. 13 wohnt mit Frau und drei Kindern der 30 Jahre alte Federarbeiter Eduard Offenga, der seit dem 1. Mai auch die Hausreinigung besorgt. Das Ehepaar ist seit acht Jahren verheiratet. Die beiden ältesten Kinder, die Söhne Eric und Paul zählen sechs und drei Jahre, das jüngste, ein Töchterchen Margarete war erst nahezu ein Jahr alt. Frau Offenga ist schwer hysterisch. Vorgestern hatte sie mit ihrem Mann einen Streit. Als Offenga gestern Abend um 9 1/2 Uhr nach Hause kam, fand er die Wohnungstür verschlossen. Er öffnete sie mit Gewalt und trat auch die Müllentür, die ebenfalls verschlossen war, ein. In der Küche lagen alle drei Kinder auf dem Pflaster. Das kleine Mädchen regte sich nicht mehr. Die Knaben dagegen, die stark gebraten hatten, gaben noch Lebenszeichen von sich. Auf dem Tische stand eine Flasche mit Milch, daneben ein Weinglas, das ebenfalls noch etwas Milch enthielt. Die Kinder waren, wie der herbeigerufene Arzt Dr. Wödtel feststellte, wahrscheinlich mit Kalkmilch vergiftet worden. Die Knaben kamen mit Hilfe des Arztes bald wieder zu sich. Bei dem kleinen Mädchen hatte das Gift bereits den Tod herbeigeführt und alle Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Frau Offenga ist verwundet. Nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei hatte sie die Kinder um 5 Uhr vom Hofe in die Wohnung hinaufgeholt. Um 8 Uhr saßen die Kinder am offenen Fenster. Dann schloß sie das Fenster und verließ die Wohnung. Frau Offenga hat fälschlich versucht, ihrem Leben ein Ende zu machen, indem sie sich die Pulsadern öffnete, sie konnte aber noch gerettet werden. Es ist wahrscheinlich, daß sie sich in der Umgebung Berlins das Leben genommen hat oder daß sie umberirrt. Die Leiche des kleinen Mädchens wurde beiseitegenommen und nach dem Schauhaufe gebracht.

Mit Lysol vergiftet. Aus noch nicht festgestellten Gründen unternahm in der gestrigen Nacht im Hause Kurfürstendam 67 die bei dem Rechtsanwalt Ludwig Steiner bediensteten Stubenmädchen Paula Hoffmann und Anna Tallig einen Doppelselbstmordversuch. Sie tranken Lysol und wurden gestern früh leblos in ihren Betten vorgefunden. Zwei schnell herbeigerufene Ärzte stellten sofort Wiederbelebungsversuche an, die auch von Erfolg gekrönt waren. Beide Mädchen erlangten das Bewußtsein wieder und wurden nach dem Besten in der Krankenhause geschafft. Hier verschlimmerte sich aber der Zustand bei der Paula Hoffmann wieder, so daß sie zwei Stunden nach der Entlieferung starb. Das andere Mädchen hoffen die Ärzte am Leben erhalten zu können.

Ueber die Ursachen zu diesem Schritt sind zwei Versionen im Umlauf. Nach der einen sollen die beiden Mädchen ein und demselben Manne ihre Liebe zugewandt haben, keine wollte der anderen den Geliebten überlassen. Nach der anderen Version waren die Mädchen sich in uniger Freundschaft zueinander. Welches der wahre Grund zu der schlimmen Tat war, wird vielleicht kaum festzustellen sein.

Von einer Autodrosche totgefahren. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern mittag in der Wallstraße. Dort wurde das dreijährige Söhnchen Otto des Museumsdieners Rippeit aus der Splittgerber Gasse 1/3 beim Ueberfahren des Hochdammes von einer Autodrosche erfasst und überfahren. Mit einer schweren Schädelverletzung blieb der Kleine liegen. Trotzdem man ihn schnellst nach der nahen Unfallstation in der Brüderstraße schaffte, verstarb er doch unter den Händen des behandelnden Arztes.

Bermüht wird seit Sonnabend, den 12. d. M., die Frau des Werkmeisters M. Siebel, Kanteuffelstr. 120 wohnhaft. Dieselbe war in Keltow beim Bäckermeister Siebel zum Besuch und ging am genannten Tage mittags von dort fort, unter der Angabe, eine Besorgung machen zu wollen, und ist seitdem verschwunden. Es wird vermutet, daß derselben ein Unglück zugefallen ist. Personen, welche über deren Verbleib Auskunft geben können, werden gebeten, sich an die nächste Polizeibehörde oder an die Angehörigen zu wenden. Die Frau Siebel ist von mittlerer Statur, hat braunes Haar und trägt an der rechten Hand einen Trauring. Bekleidet war dieselbe mit dunkelgrünem Rock, grauem Regenmantel mit schwarzem Besatz, hellgrünem Hut mit schwarzem Band und ebensolcher Feder und schwarzen Zuefteln. Am Arm trug dieselbe bei ihrem Fortgang eine braune Kindeberttasche ohne Bügel.

In der Poliklinik, Karlstr. 20a, werden nach den Ferien wieder unentgeltlich Magen- und Darmkrankheiten unentgeltlich spezialärztlich behandelt.

Anlässlich des 8. Stiftungsfestes am Sonnabend, den 12. September, der Schwarzpflöschigen Groschenkasse (Reinickendorf) ist von der Samariterstraße-Bahnhof Frankfurter Allee bis Bahnhof Wedding und bis zu den Pflanzsäulen (Müllerstraße) eine Brosche mit Herrenphotographie verloren worden. Abzugeben bei Baumgarten, Samariterstr. 3.

Arbeiter-Samariter-Kassone. Montag Abend 8 1/2 Uhr bei Dase, Brunnenstr. 164, ordentliche Mitgliederversammlung. Vortrag und Geschäftsliches. — Heute nachmittag letzter Ausflug nach Friedrichsfelde. Treffpunkt 3 Uhr im Lindenpark.

Luisen-Theater. Theater, dreifache Komödie von Ernst Mautner. Es wird da wieder einmal eine „Prinzipienfrage“ in dialogischer Form auf die Bretter gebracht, eine Prinzipienfrage allerdings nur, die im Dunstkreis bürgerlicher Vorforgänge als „weiße Dame“ umgeht. Der Autor reitet vor: einen Zeitungsleger, einen Theaterkritiker, einen Staatsanwalt, Schauspielervinnen usw. Der Zeitungsbesitzer ist einer von der auch in Berlin nicht ganz unbekanntem Couleur. Er macht in unfauberen Geschäften mancherlei Art. Als kapitalistischer Teilhaber eines Theaters hat er hinter den Kulissen die Hand im Spiele. Die Redakteure werden himangezwungen, wenn sie ihm nicht zu Willen sind. Auch dies ist ja im Lager bürgerlicher Zeitungsunternehmungen nichts Neues. Die „Helden von der Bühne“ sind hier doch nichts weiter als Rintulus. Der Kunstkritiker hat eine Schauspielerei zur Frau. Das kommt sehr häufig vor. Manchmal geschieht's auch in der Provinz, daß so ein Theaterreporter in die Hallstraße einer Theaterdame gerät, die mit ihm ein intimes Verhältnis einget: — ein günstige Kritiken zu ergattern, und damit den Liebhaber laufen läßt. Mautners Kunstkritiker ist aber von anderer Art; er empfindet es als unseliges Verhängnis, daß seine Frau öffentlich, wenn auch unter pseudonymem Namen auftritt. Ihr Debüt erweist sich auch insofern als verfehlt, als die Kritiken der anderen Blätter nur von ihrer schönen Erscheinung, nicht von ihrer schauspielerischen Leistung sprechen. Diefür hat nämlich der Zeitungsbesitzer gesorgt. Er möchte die Frau dem Staatsanwalt verstopfen. Natürlich ist ein preukischer Staatsanwalt immer ein Gentleman, weshalb er seinerseits den Zeitungsbesitzer unschuldig macht, schließlich sogar selbst eine Theaterprinzessin ehelicht, um die Theorie des Kunstkritikers ad

absurdum zu führen. Nun hierüber dürfen ja diese Herren Staatsbeamten, die in Preußen meist das Portefeuille eines zukünftigen Justizministers im Tornister tragen, aus „moralischen“ Gründen doch recht verschiedener Ansicht sein. Die im übrigen nicht ungeschickt gemachte Komödie wurde flott heruntergespielt.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania gelangt in dieser Woche der mit zahlreichen Wandepanoramen ausgeschattete Vortrag „Eine Küstfahrt bis zum zweiten Naturall“ am Sonntag und Mittwoch zur Darstellung. Am Montag und Donnerstag finden Wiederholungen des Vortrages „Ueber den Brenner nach Benedig“ statt, während am Dienstag der Vortrag „Von der Jagdpige zum Wagnmann“ gehalten werden wird. Am Freitag und Sonnabend finden die ersten Aufführungen des neuen von Herrn Dr. Mühlhölzer aus Leipzig verfassten Vortrages „Der Montblanc“, welcher Tal- und Höhenwanderungen im Gebiet des Königs der Alpen an der Hand zahlreicher eigener Aufnahmen schildert, statt. Außerdem findet in dieser Woche am Sonnabend eine Nachmittagsvorstellung zu kleinen Preisen statt und zwar wird der Vortrag „Von der Jagdpige zum Wagnmann“ gehalten werden.

Der nördliche Fahrweg des Grünen Weges von der Krautstraße bis zur Parlißstraße wird behufs Begung einer Gasrohrleitung vom 1. d. M. ab bis auf weiteres für Fahrwerk und Reiter gesperrt.

Vorort-Nachrichten.

Die Sitzung der Gemeindevertretung von Nieder-Schönhausen hat der Druckfehlerentwurf in der gestrigen Nummer unseres Blattes nach Nieder-Schöneweide verlegt. Das können wir aber nicht ungerügt lassen, und so stellen wir heute fest, daß die Gemeindevertretung von Nieder-Schönhausen ihr Domizil nicht gewechselt hat.

Charlottenburg.

„Die Weber“ in der „Freien Volksbühne Charlottenburg“. Als nächste Vorstellung bringt der Verein Verh. Hauptmanns „Weber“ zur Aufführung, und zwar ist zu diesem Zweck das Berliner Festspieltheater gewonnen worden. Die Vorstellung findet am Sonntag, den 4. Oktober, 3 Uhr nachmittags statt; die auf den 27. September angelegte Vorstellung fällt dafür aus, so daß die Weberaufführung als Septembervorstellung zu betrachten ist. Die Septembervorstellung muß spätestens am Tage vor der Vorstellung, also am 3. Oktober, gefeiert sein. Neuaufnahmen nur noch im Laufe dieser Woche in den bekannten Zahlstellen.

Rixdorf.

Eine ungewöhnliche Verkehrsstörung im Straßenbahnbetriebe entstand gestern an der Ecke der Hermann- und Thomassstraße in Rixdorf. Dort fuhr ein Arbeitswagen, der mit Stabellen beladen war. Beim Umbiegen an der Ecke geriet eine weithinausragende Stange in die Speichen des linken Hinterrades eines Straßenbahnwagens der Linie 94 und die Stange verlor sich dort, daß sich das Eisenstück um die Achse schlang. Um die beiden Gefährte voneinander zu trennen, mußte die Stange durchgehauen werden. Der Straßenbahnwagen wurde aus dem Betrieb gezogen.

Eine zweite größere Verkehrsstörung wurde ebenfalls in Rixdorf durch einen Habelbeset am gestrigen Morgen herbeigeführt. Durch den Defekt wurde ein Spielzeugkromlos, wodurch eine Störung des Betriebes in dem Bezirke der Knefede-, Gerthstraße und Trieg entstand.

Rummelsburg.

Aus der Gemeindevertretung. Zum ersten Male nach halbjähriger Krankheit leitete der Bürgermeister Dr. Jahn die Sitzung wieder selbst. Die Tagesordnung betraf zuerst eine Abänderung der Freibahnordnung in formeller Beziehung, welche ohne Debatte einstimmig genehmigt wurde.

Die Neuwahl von vier Schiedsmännern nebst Stellvertretern wurde dahin erledigt, daß man dieselben, mit Ausnahme des Lehrers Hagen, welcher eine Wiederwahl ablehnte, auf weitere drei Jahre wiederwählte. Für Herrn Hagen findet in der nächsten Sitzung eine Neuwahl statt. — Die von den Gemeindefassenbeamten beantragte Aufhebung ihrer Kautionspflicht wird von der Gemeindevertretung einstimmig gutgeheißen. Eine längere Debatte zeitigte die beantragte Gründung einer besonderen Turnlehrerklasse am Realprogrammum. Unsere Vertreter vertreten hierbei den Standpunkt, daß dieselbe Notwendigkeit, die sich beim Realprogrammum für besondere Lehrkräfte für das Turnfach herausgestellt hat — auch bei den Volksschulen vorhanden ist — und machten ihre Zustimmung davon abhängig, daß vom 1. April 1900 ab eine entsprechende Anzahl Turnlehrerstellen auch bei den Volksschulen eingeführt werden. Im allgemeinen stand man auch bürgerlicherseits der Anregung unserer Genossen nicht abgeneigt gegenüber. Dagegen wurde nur angeführt, daß wahrscheinlich die Schulaufsichtsbehörde nicht ohne weiteres ihre Zustimmung hierzu erteilen wird; begründet wurde diese Ansicht damit, daß bereits der Kreisschulinspektor gegen die Einführung von Spezialturnlehrern bei den Volksschulen seine Bedenken ausgesprochen haben soll. Die Gründung der Turnlehrerklasse am Gymnasium wird hierauf unter der von unseren Vertretern gestellten Bedingung einstimmig genehmigt. In der nicht öffentlichen Sitzung wird der Gemeindevertretung von einem Architekten das Bauprojekt des Erweiterungsbau des Kaiserin-Auguste-Viktoria-Krankenhaus eingehend erläutert. Nach den Darlegungen ist zu erwarten, daß das zukünftige Krankenhaus allen Erfordernissen auf diesem Gebiete entsprechen wird. — Die Fertigstellung ist für Juli 1910 in Aussicht genommen. Der Preis für die neuen Gebäude nebst der inneren Ausstattung soll die Summe von 800 000 M. nicht überschreiten.

Reinickendorf.

Das Postamt Reinickendorf-West ist aus dem Hause Scharnweberstraße 134 nach den neuen Diensträumen im Hause Scharnweberstraße 25/26 verlegt worden.

Königs-Wusterhausen.

Beim Mittagessen erkrankt. Einen jähen Tod hat das 64jährige Töchterchen des Kaufmanns Peterdors in Königs-Wusterhausen gefunden. Der Kleine war während des Mittagessens ein Fremdländer in die Luftöhre geraten und bevor ein Arzt zur Stelle sein konnte, war der Erstickungstod bereits eingetreten.

Kalkberge-Rüderdorf.

Unter den Hädern einer Kanone den Tod gefunden. Einen schrecklichen Tod fand gestern der 13jährige Sohn des Schmiedemeisters Blasse aus Kalkberge-Rüderdorf. Der Knabe hatte dem Vorbeimarsh des 18. Feldartillerie-Regiments, das aus dem Ränder zurückkehrte, auf der Landstraße zugehört. Er wagte sich dann zwischen zwei Weidhagen hindurch und wurde von einer der Kanonen gestreift, niedergebissen und überfahren. Die Häder des schweren Geschüßes gingen dem Knaben über die Brust hinweg. Wenige Minuten später war der Verunglückte den schweren Verletzungen, die er davongetragen hatte, erlegen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metalarbeiter. (S. 2.) Illiale Berlin 6: Heute nachmittags 7/10 Uhr bei Scharn. Nachr. 19: Mitgliederversammlung (mit Frauen). Nebenische Kranken- und Sterbefälle (S. 5, gest. 1795): Heute Nachr. und Aufnahme neuer Mitglieder von 2-7 Uhr. Elisabethstr. 14.

Alltlicher Marktbericht der südlichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr in Hühnern wohl über Bedarf, sonst genügend, Geschäft schlappend, Preise naheher. Fisch: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich reg, Preise wenig verändert, große Krebse kaum absetzbar. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft reg, Preise teilweise verändert.



Königsstrasse 40.
Bitte genau auf Hausnummer 40 zu achten, da häufig Verwechslungen vorkommen.
In 30 m langer Auslage finden die Tausende Schmuckgegenstände mit deutlicher Preisnotierung ausgestellt.

Einsegnungs-Geschenke in grösster Auswahl.
Belmonte & Co., Fabrikation En gros Export

Kollern mit modernen Anhängern, mit Edelsteinen gefasst
von **20 M. an**
In Gold plattiert von **7-15 Mark**
Kettenschnürer in echt Silber von M. 1.50-2.00, auch mit reiß. Anhängern in Gold plattiert, von M. 3-15.
Gold, Glieder- u. Kettenschnürer, mit Edelsteinen verziert, in allen Probalagen.
Gold, Krawatten-Nadeln in verschied. Mustern von M. 4,- an.
Seidene Manschettenknöpfe von **2.50-18 M.**

Ein Meisterwerk vollendeter Uhrenfabrikation!
Patent-Anker-Remontoir-Kavalier-Stahl-Uhr



Nr. 1808, Modell 1808 10 M., mit verstellbarem Zifferblatt 12 M.
Eine gleiche Uhr kostet im Silbergehäuse, Bassin-form, 800-1000 Reichstempel M. 20
 Insgl. mit Sprungdeckel M. 28
 in Tale-Silber M. 38
 in Gold M. 45

Broschen u. Ohrringe, reizende Garaturen, in großer Auswahl.



Gold-Broschen in diversen Mustern von M. 4- an.
In der Mitte 1 echter Baphir oder Rubin, an d. Seite je 1 echter Diamant M. 12.
Mattgoldener Ring, gest. gestempelt.

3jährige schriftliche Garantie.
Gold- und silb. Damen- und Herren-Uhren in allen Probalagen und grösster Auswahl.



Leipziger Strasse 85
In 5 großen Schaufenstern, in 7 Schaufenstern sowie in 14 Fenstern erster Klasse finden die Tausende Schmuckgegenstände mit deutlicher Preisnotierung ausgestellt. Lagerbesuch ohne Kaufzwang gern gestattet.

Reste
Damenschuhe, schwarz u. farbige, Kostüm-Stoffe, neuartige Plüsch, Seide, Sammet, Besätze, Futterstoffe, Chavril-Kammgarne zu Strassen-Anzügen.
Konfektion:
Paletots, Jacketts, Staubmäntel, Kostüme, Kostümstücke,
Stets Gelegenheitsstücke!
Paul Karle,
Waldauerstr. 18.



Gegr. 1852.
Sonntags bis 2 Uhr geöffnet.

Möbel
August Schultze,
Invalidenstr. 145
an der Bergstraße.
Wohnungs-Einrichtungen
von 300 Mark an.
Bequeme Zahlungsweise.

Billig und gut
kaufen Sie nur im grössten
Spezial-Geschäft für moderne
Herren-Bekleidung
fertig und nach Mass
gegen Bar und auf Teilzahlung
Wochenrate von **1 Mark an**
J. Kurzberg
Rosenthalerstr. 40 | A. d. Jannowitzbrücke |
direkt a. Hackeb. Markt | direkt am Bahnhof

Stolas,
Kollern, Krawatten, Muffen, Herren- u. Kinder-Garnituren, Pelzjackets, Pelze, garnierte Pelzhüte, Barrets, Pelzdecken, nur eigenes Fabrikat, in grösster Auswahl, aus bestem Material. Kein Zwischenhändler, daher Fabrikpreise.
Verk. bis 9 abends
Sonntags geöffnet.
F. Kalman, Kürschnermstr.
Kommandantenstr. 15, Tel. I, 3917, gegenüber Beuthstr., vorn 1 Tr.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Wegen vollständiger Auflösung
meines Geschäfts veranstalte ich einen
Total-Ausverkauf.
Laden p. 1. 1. 09 zu vermieten, elegante Einrichtung zu verkaufen.
Herren- und Knaben-Konfektion
10 Hauptstraße 10 Schöneberg 10 Hauptstraße 10

Herren-Anzug, früher 11.75 M., jetzt 8.75 M.	Herren-Paletots, früher 13.50 M., jetzt 9.50 M.
Herren-Anzug, früher 15.75 M., jetzt 11.50 M.	Herren-Paletots, früher 17.50 M., jetzt 12.50 M.
Herren-Anzug, früher 22.00 M., jetzt 15.00 M.	Herren-Paletots, früher 25.00 M., jetzt 17.50 M.
Herren-Anzug, früher 28.00 M., jetzt 19.50 M.	Herren-Paletots, früher 32.00 M., jetzt 21.00 M.
Herren-Anzug, früher 32.00 M., jetzt 22.00 M.	Herren-Paletots, früher 38.00 M., jetzt 25.00 M.
Herren-Anzug, früher 38.00 M., jetzt 25.00 M.	Herren-Paletots, früher 42.00 M., jetzt 29.00 M.
Herren-Anzug, früher 42.00 M., jetzt 29.00 M.	Herren-Paletots, früher 50.00 M., jetzt 34.00 M.

Knaben-Anzüge, alle Fassons, Farben und Qualitäten, von **1.85 M. an**
Herren-Hosen, unglaublich billig von **1.85 M. an**
Kinder-Hosen von **48 Pf. an** Burschen-Anzüge von **3.50 M. an**
Seltene Gelegenheit! Einzig dastehend! Nie wiederkehrend!
Besichtigung ohne Kaufzwang! Riesige Auswahl!
Die gesamte, beim Spediteur von mir gekaufte, für mich lagernde Pfandware, bestehend in Herren-Anzügen und Paletots, kommt bis zu **50%** unter Preis zum Verkauf.
10 Hauptstraße 10 Schöneberg 10 Hauptstraße 10

Ben Schira
Cigaretten sind die besten.
Marke A. 2 Pfg. Ultra 3 Pfg.
Käuflich in allen Cigaretten-Geschäften.

Anerkannt sehr leistungsfähig ist die Weltfirma
Gebrüder Rauh Gräfrath bei Solingen.
:: Stahlwaren-Fabrik und Versandhaus I. Ranges ::
Versand direkt an Private.
Alleinige Fabrikanten der berühmten Solinger Stahlwaren Marke „Brillant“
30 Tage zur Probe!
No. 1908. Vexier-**„Corona“**
::Nickermesser::
Neu! Gesetlich geschützt! Neu!
Noch nie dagewesen!
Bei keiner Konkurrenz, in keinem Laden, nur bei uns zu haben!
Hochfein und dauerhaft gearbeitetes Taschen-Messer mit zwei aus prima Stahl geschmiedeten Klingen und Korkeisler, scharfes Hirschhornheft mit Neusilber-Beschlägen, unter Garantie zum Preise von **nur 1.50 M. franko.**
Die große Klinge wird geöffnet wie jede andere Taschenmesser Klinge, steht dann fest und kann nur von Eingeweihten wieder geschlossen werden. Genaue Gebrauchsanweisung wird jedem Messer beigelegt.
Für nur **15 Pf.** erhält jeder seinen eigenen Namen in hochfein verzierter Goldschrift in die Klinge graviert.
Versand : unter Nachnahme ; oder gegen Vorauszahlung des Betrages



Garantie-Schein.
Nichtgefällende Ware tauschen wir bereitwilligst um oder zahlen Betrag zurück.

Möbel
kaufen Sie am billigsten und besten beim Fabrikanten
Emil Ruflar
Lücher-Quarungmeister
BERLIN S. (am Moritzplatz)
Prinzenstr. 34
Langjährige Garantie!
Teilzahlung.
Gegründ. 1883. Tel. IV. 473.

Stegdecken
größte Auswahl, sehr verbleicht, direkt in d. Fabrik Bernhard Strohmänder,
Berlin S. 14, 72 Wallstraße 72
u. W. 15, Joachimsthaler Straße 25/26.
Alle Stegdecken werden aufgearbeitet.

41541.
Eine Partie
im. Perser
Teppiche

getreue echter Perser
Kopien von wunderbarer Farbenpracht auf beiden Seiten benutzbar.
Ungefähre Größe
90x180 cm M. 3.75 (bish. 6.00)
130x200 " " 5.50 (" 8.25)
160x230 " " 6.75 (" 12.75)
200x300 " " 12.75 (" 18.00)
250x350 " " 21.50 (" 28.50)
300x400 " " 25.50 (" 39.00)
Passende Bett- u. Pult-Teppiche Stück 75 Pf., 1.00 und 1.50 M.
Nach auswärts per Nachnahme.

Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882:
nur Oranienstr. 158.
Habe nirgends Filialen!
Pracht-Katalog mit ca. 600 Illustrat. gratis und franko.

Ein riesiger Posten
Pfundwaren kommt in dem bekannten 187/15
Konfektionshaus „Blitz“
bis zu 50 Prozent unter Preis zum Verkauf.
Herren-Anzüge von **7.65 M. an** Herren-Paletots von **6.65 M. an**
Burschen-Anzüge . . . von **4.20 M. an** Burschen-Paletots . . . von **4.10 M. an**
Herren-Hosen von **1.85 M. an** Kinder-Anzüge von **1. M. an**
9 Rosenthaler Straße 9 137 Gr. Frankfurter Str. 137
85 Chaussee-Straße 85 24 Kottbuser Damm 24

Umsonst und portofrei ohne Kaufzwang, versenden wir auf Wunsch an jedermann unseren großen illustrierten Pracht-Katalog ca. 8000 Gegenstände enthaltend, und zwar: Beste Solinger Stahlwaren aller Art, Rasiermaschinen, Haarscheren, Haus- und Küchengeräte, Gartengeräte, Werkzeuge aller Art, Waffen und Jagdartikel, Fahrräder, Fahrradanhänger und Sportartikel, optische Waren, Luxus- und Geschenkartikel, Uhren, Gold- und Silberwaren, Uhren, Portemonnaies und andere Lederwaren, Bürstenwaren, Haarschmuck, Seifen u. Parfüms, nützliche Bücher, Pfeifen, Zigarren, Musikinstrumente, Kinderspielwaren aller Art und viele andere Artikel in grösster Auswahl.
Der Welt Ruf unserer Firma bürgt dafür, daß nur elegante, gediegene u. preiswürdige Ware zum Versand kommt.
Über 3000 lobende Anerkennungs schreiben bestätigen die Güte und Qualität unserer Waren.
Bei Sammel-Aufträgen Extra-Vergünstigungen.

Herbst-Neuheiten

Morgenröcke

aus Barchent, Velours, Flauchflanel, Seide, l. geschmackv. Formen

Unterröcke

aus Moirette, Tuch, Velours, Seide in allen Farben.

Blusen

aus deutschen und engl. Flanellen, Tuch, Seide usw.

Blusenflanelle

deutsche und englische Fabrikate, reiche Musterwahl.

Handarbeiten

In Leinen, Phantasie- u. Javastoffen aufgezeichnet und angefangen.

Unterzeuge

für Damen, Herren und Kinder in sehr reicher Auswahl.

Gardinen

in Tüll . . . von M. 2,75 bis 28,00
in Spachtel von M. 11,75 bis 63,00
in Erbstüll . . von M. 12,00 bis 260,00

Stores

In allen Ausführungen das Stück . . von M. 2,35 bis 98,00

Vorhangstoffe

In allen Breiten u. vielen Stoffarten.

Mit Ausgabe der soeben erschienenen Hauptliste des 47. Jahrganges sind Neuheiten in reichster Auswahl in allen Abteilungen vorhanden.

Aeltere Muster u. Restbestände zu ermässigten Preisen

Berlin W,
Leipziger Str. 20/21

F. V. Grünfeld

Landeshuter Leinen- und Gebild-Weberei

Bitte die neu erschienene Hauptpreisliste Nr. 132 zu verlangen.

Versand von 20 Mark an kostenfrei.

Proben von Stoffen zu Diensten.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage, dicht an der Potsdamer Straße, 8857L*
gegründet 1898

gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen **monatliche Teilzahlung** unter sehr kulantem Bedingungen. Große Auswahl in einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei **langjähriger Garantie** für gute Haltbarkeit. **Billigste Preise.** Ueberteuerung ausgeschlossen, da **an jedem Stück der Preis in Zahlen** deutlich vermerkt ist. — Anzahlung bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 40—60 Mark. Monatliche Zahlung 10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet.

Kein Abzahlungs-Geschäft.

Ausverkauf.

Wegen **Total-Aufgabe** eines hiesigen grossen Teppich-Geschäfts haben wir die gesamten Bestände angekauft, und sind die Preise

33¹/₃ bis 50% herabgesetzt.

Sollten günstiger Gelegenheitskauf für die **neue Wohnung.**

Teppichhaus Adler

Königstr. 20-21, an der Jüdenstraße.

Goldisanschmuck

besten Ersatz für echten Goldschmuck, weil 10-jährige unbedingte Garantie für Haltbarkeit u. gutes Tragen, sonst verbürgter Umtausch. Elegante Original-Modelle. Billigste Preise. — Erhältlich in Goldwarenhandlungen.

Spart Zeit, Arbeit, Geld!

Das **Waschmittel** der **Zukunft!** Erzeugt dauernd blendend weiße Wasche!

Persil

Garantiert sauber und unschädlich. Alleine Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf**

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte:

Joh. Schmalor, Berlin N., Tieckstr. 11.

Lank-Berliner Lotterie.

Ziehung 6. Oktbr. 1908.
485 Gewinne i. W. v. zus. Mark

10 000

1 Hauptgewinn i. W. v. Mark

5 000

und 484 Gew. i. W. v. zus.

5 000

Kleinster Gewinn i. W. v. 5 Mk.

Loose à 50 Pf., 11 Loose nur 5 Mk. (Porto u. Gewinnliste 20 Pf. extra) sind in allen Lotteriegeschäften u. den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen zu haben sowie beim Generals-Debit

Paul Steinberg & Co.
G. m. b. H., Bankgeschäft
Berlin C. 54, Rosenthalerstr. 11-15.

J. Baer

Baumstr. 28, Ecke Prinz-Allee

Herrn- und Knaben-Moden, Berufskleidung, El. Einsegnungsanzüge

Großes Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung nach Maß.

Allerbilligste, streng feste Preise.

S. Gottlieb

Rosenthaler Straße 54 I.

Möbel

Spiegel

Polsterwaren

Abzahlung

Vertrags-Lieferant des Berliner Bankbeamten-Vereins.

Kronleuchter-Fabrik.

Größte Auswahl, 400 Kronen von 10—700 N.

Verkauf zu billigsten Fabrikpreisen an Privats.

— Musterbuch — n. Außerhalb franko. Auf Wunsch kulant Zahlungsbedingungen ohne Preiserhöhung.

Siegel & Co.

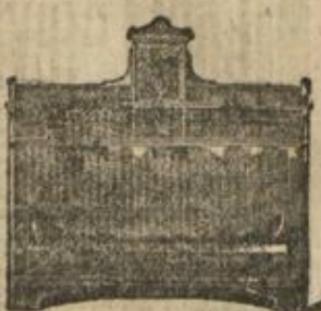
Prinzenstraße 33.

Th. Fork, Kretzschmar & Co.

Vereinigte Tischler- und Tapezierermeister

Berlin, An der Jannowitzbrücke 3/4, Eingang direkt am Stadtbahnhof Jannowitzbrücke. Spezialität: Wohnungseinrichtungen in allen Preislagen.

Lieferung und Aufstellung für Berlin und Vororte kostenlos.



Modernes Wohnzimmer mit reicher Bildhauerarbeit, echt Nussbaum.



Langjährige Garantie. Weitgehendstes Entgegenkommen.



Wir bitten, unser grosses **Musterbuch** zu verlangen. Dasselbe versenden wir frei und umsonst. Gleichzeitig bitten wir um Berücksichtigung unserer Möbel. Kaufzwang ausgeschlossen!

Soziales.

Ein Fall krasser Ausbeutung eines Greises

Beschäftigte gestern die erste Kammer des Kaufmannsgerichts. Als Kläger erschien Karl R., ein weißhaariger Mann von 70 Jahren, um einen Restprovisionsanspruch gegen die Nähmaschinenfirma Bernstein u. Co. (Inhaber J. Moses - Villenkolonie Grunewald) geltend zu machen.

Die zweite Kammer hatte in einem ganz ähnlich gelegenen Fall den Vertrag, weil gegen die guten Sitten verstoßend, für nichtig erklärt. Die erste Kammer tat dies leider nicht, hielt den Vertrag zu Recht bestehend und erklärte, Kläger müsse sich mit seinen Restansprüchen bis zum Eingang der Beträge gedulden.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Sardanapal. (Anfang 8 Uhr.) Montag: Lobengrin. (Anfang 7 Uhr.) Dienstag: Nabane Butterfly. Mittwoch: Sardanapal. (Anfang 8 Uhr.) Donnerstag: Gigaros Hochzeit. Freitag: Siegfried. (Anfang 7 Uhr.) Sonnabend: Sardanapal. (Anfang 8 Uhr.) Sonntag: Manon. Montag: Sardanapal.

Deutsches Theater (Kammerspiele). Sonntag: Terakona. Mittwoch: Ophé und sein Ring. Donnerstag: Sozialaristokraten. Mittwoch: Kystrata. Donnerstag: Terakona. Mittwoch: Frühlings Erwachen. Sonnabend: Sozialaristokraten. Sonntag: Terakona. Mittwoch: Ophé und sein Ring.

Deutsches Theater (Kammerspiele). Sonntag: Terakona. Mittwoch: Ophé und sein Ring. Donnerstag: Sozialaristokraten. Mittwoch: Kystrata. Donnerstag: Terakona. Mittwoch: Frühlings Erwachen. Sonnabend: Sozialaristokraten. Sonntag: Terakona. Mittwoch: Ophé und sein Ring.

Folies Caprice. Täglich: Die Brantfäule. Die lästige Witwe. Casino-Theater. Abends: Familie August Knoch. Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Der Brandstifter.

Witterungsübersicht vom 19. September 1908, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer stand mm, Windrichtung, Windstärke. Rows include Eutin, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien.

Wetterprognose für Sonntag, den 20. September 1908. Trocken und vorwiegend heiter, um mittag warm bei mäßigen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 18. 9., 17. 9., 16. 9., seit. Rows include Memel, Lüft, Pregel, Weichsel, Oder, Elbe, Havel, Spree, Saale, Rhein, Moselle, Rur.



Herbst - Ulster und Paletots

Hochmoderne prächtige Ausmusterungen vornehmster Fassons u. schönster Farben

Viele Tausende Exemplare bestsitzender Paßformen 50.- 40.- 36.- 30.- 15 Mk. 27.- 24.- 21.- 18.-

Wasserdichte Regen - Paletots

In neuesten Stoff-Moden 36.- 30.- 24.- 21.- 18 Mk.

Loden - Pelerinen

mit Kapuze, wetterfest 21.- 18.- 15.- 13.- 9 Mk.

Die letzten Neuheiten in Herbst- u. Winter-Stoffen für unsere feine Maß-Anfertigung sind eingetroffen. Mäßige Preise - Tadellose Arbeit

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes Chausseestraße 29-30 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurter Straße 20 Der Haupt-Katalog No. 34 auf Wunsch kostenlos und portofrei.

Advertisement for Raucht Réunion-Cigaretten. Features images of 'HARMONIE' and 'VINETA' cigarette packs. Text: 'Genau nach Cairo Art'.

Advertisement for Graetzin-Licht. Features an image of a lamp. Text: 'Das echte Graetzin-Licht pr. Lampe 4.50 Mk. Einzig existierender billiger Preis! Kolossale Auswahl in Gaskronen etc. Verkauf, auch an Private, zu Engrospreisen. Zur billigen Lichtquelle Neanderstr. 4. Möbel Wilh. Lambrecht, Berlin SW., Simeonstr. 19.

Advertisement for Pelzwaren-Fabrik S. Schlesinger. Features an image of a fur hat. Text: 'Gegründet 1864 Pelzwaren-Fabrik S. Schlesinger, Neue Königstr. 21 II (Ordonnanzhause) Kein Laden! Einzelverkauf wie alljährlich nach beendetem Engros-Saison. Pelz-Stolas Muffen zu feinsten billigen Preisen. Repar. sauber u. billig.

N. JSRAEL

26-32 Spandauerstr. BERLIN C. Ecke Königstr. 11-14
GEGRÜNDET 1815

Wäsche-Ausstattungen

Die Anfertigung erfolgt
in eigenen Arbeitsstätten



Wohnungs-Einrichtungen

:: Ständige Ausstellung ::
fertig eingerichteter Zimmer

Von Montag, den 21. ds. Mts.,
im Lichthof

Herbst-Ausstellung:

Konfektion u. Hüte

Die neuesten Modelle
aus den hervorragendsten

Pariser und Wiener Ateliers
sowie in eigenen Ateliers angefertigte,
sehr aparte Modelle in allen Preislagen

Der neu erschienene, reich illustrierte
Hauptkatalog für Herbst und Winter
wird auf Wunsch kostenfrei versandt

A. Schäfer's Möbeltischlerei

Berlin S.O., Oranienstr. 39
am Oranienplatz.

Spezialgeschäft
für bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen.

Kataloge gratis und franko.

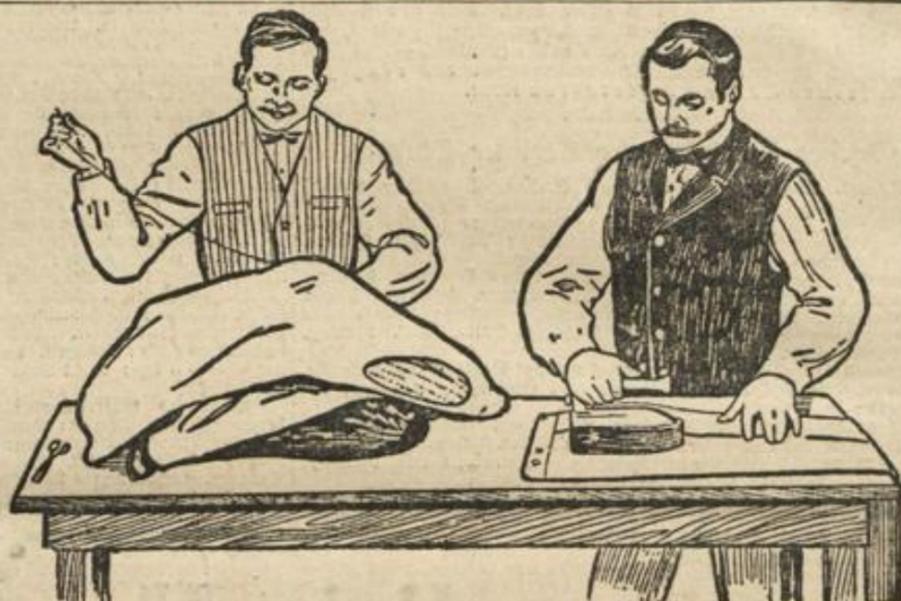
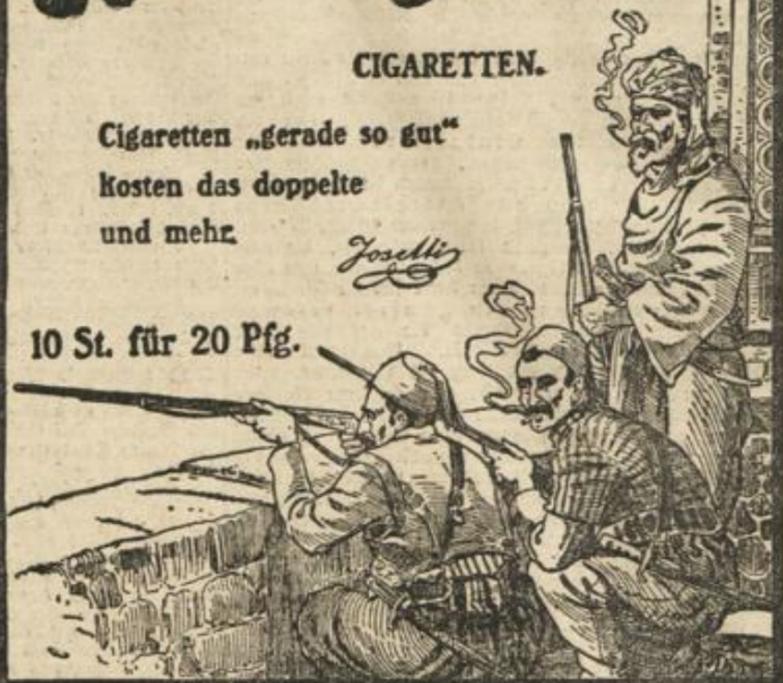
JOSETTI JUNO

CIGARETTEN.

Cigaretten „gerade so gut“
kosten das doppelte
und mehr.

Josetti

10 St. für 20 Pfg.



D. Perleberg

Spezialhaus für Herren- und Knabenbekleidung
Chausseestr. 63 * Ecke Liesenstr.

In meiner Abteilung

Herren-Mass-Schneiderei

sind bereits sämtliche
Neuheiten in engl. und deutschen Stoffen
für Herbst und Winter
in unübertroffener Auswahl eingetroffen.

Größte Leistungsfähigkeit.

Weitgehendste Garantie.

Unerreicht billige Preise.

Graumann's Festsäle und Garten.

27 Naunynstr. 27.

Bühne. 3 Kegelbahnen.
Sonnabende im Oktober, November, Dezember etc. noch frei.



◆ Großer Frühstück-, Mittag- und Abendtisch. ◆
Mittag mit Bier 60 Pf., abends à la carte in reichster
Küche zu fol. Preisen. Gr. Fremdenlogis a Bett 40 Pf.
2 Vereinszimmer (20 u. 60 Pers.) Teleph. Amt IV 2306.

H. Stramm Ritterstraße
Nr. 123.



Auf Teilzahlg. wöchentl. nur 1 Mk.
Gramophone, Phonographen, echte Menzen-
hauer-Zithern, Konzert-Zithern, Geigen,
Mandolinen, Handharmonikas ufm.
Gr. Lager in Zenophon-Platt, Edison-Walz. ufm.
Eigene Reparatur-Werkstatt.
Jahre's Musik-Spezial-Geschäfte
Berlin N., Brunnenstr. 117 born I,
SO, Brüderstr. 10, am Rotbuser Tor,
NW, Holsteinstr. 22, am Bahnhof Beuelitz



Gegründet 1889.

Möbel-Fabrik

Robert Balau

BERLIN, Brunnen-Straße 22.

Komplette
Wohnungs-Einrichtungen.

Moderne Musterzimmer von den einfachsten bis zu
den elegantesten stehen zur Ansicht vorn i Treppe
und im 6 Etagen-Fabrikgebäude.
Billige Preise. Teilzahlung gestattet.
5 Minuten vom Stettiner Bahnhof.

Telephon Amt III, 5256.

Ruhigster Schlaf auf
neuesten, absolut geräuschlosen
Patent-Matratzen
von Westphahl & Reinhold, Berlin,
Charlottenstr. 29/30. Beachte Stempel! Überall erhältlich.
Metallbettstellen in jeder Preislage.

Rauchen Sie
Phänomen
Cigaretten!

Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

